

18 septembre 2023 (FAZ)

[Asylrecht: Kleine Ursache, große Wirkung \(faz.net\)](#)

ASYLRECHT:

## Kleine Ursache, große Wirkung

VON HEINRICH AUGUST WINKLER

-AKTUALISIERT AM 23.08.2023-13:54



Vor 75 Jahren wurden in Bonn die Weichen für das heutige Asylrecht gestellt.

Am 23. September 2023 jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem im Parlamentarischen Rat in [Bonn](#) eine bis heute nachwirkende verfassungspolitische Entscheidung fiel: Der Ausschuss für Grundsatzfragen beschloss die Fassung des Asylrechts, die als **Artikel 16, Absatz 2, Satz 2** in das Bonner Grundgesetz von 1949 einging: „**Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.**“

Dass das Grundgesetz zum Thema Asylrecht nicht schweigen konnte, verstand sich nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur für die Ausschussmitglieder von selbst. Das Redaktionskomitee hatte zunächst die vom Ausschussvorsitzenden, dem Kieler Staats- und Völkerrechtler Hermann von Mangoldt ([CDU](#)), befürwortete Formulierung vorgeschlagen: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts.“ Dabei wäre es wohl auch geblieben, wenn nicht der Sozialdemokrat Carlo Schmid, Professor für Öffentliches Recht in Tübingen, den Verzicht auf die Worte „im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“ empfohlen hätte.

### Allgemeine Grundsätze des Völkerrechts

Zur Begründung führte Schmid aus, die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sollten ja an anderer Stelle des Grundgesetzes, dem späteren Artikel 25, zum Bundesrecht erklärt werden, und das genüge. Schmid's Kollegen folgten diesem formaljuristischen (und nicht etwa humanitären) Argument. So wenig wie der Antragsteller wollten die anderen Mitglieder des Ausschusses durch die Straffung des Wortlauts den Asylrechtsartikel materiell ändern. Sie interpretierten die Worte „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ weiterhin „im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“, und das bedeutete: Für politisch Verfolgte gilt das Prinzip des „non-refoulement“. Sie dürfen also nicht durch Zurück- oder Ausweisung der Gefahr erneuter Verfolgung ausgesetzt werden.

Über den Rahmen des allgemeinen Völkerrechts hinauszugehen war 1948/49 nicht die Absicht des Verfassungsgesetzgebers. Aber ebendiese Auslegung hat die Streichung der Worte „im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“ bewirkt. Der Artikel 16 des Grundgesetzes in der Fassung von 1949 wird als Begründung eines von den Verfassungen und der Staatspraxis der anderen westlichen Demokratien abweichenden subjektiven individuellen Grundrechts auf [Asyl](#), ja als Recht auf Zutritt zum Gebiet der

Bundesrepublik und damit als deutsche Besonderheit interpretiert. Die Frage, ob die Bundesrepublik damit nicht falsche Erwartungen weckte, ob sie, anders gewendet, nicht mehr versprach, als sie im Ernstfall würde halten können, stellte sich in der Frühphase des jungen Staates offenbar kaum jemand. Doch die Asylbewerber, die man damals vor Augen hatte, kamen nicht aus anderen Erdteilen, sondern aus kommunistischen Staaten jenseits des Eisernen Vorhangs.

## Änderungen des Asylrechts

Als die Magnetwirkung des „alten“ Artikels 16 in Gestalt steigender Zahlen von Asylbewerbern in den 80er-Jahren und verstärkt in den 90er-Jahren unübersehbar wurde, setzte eine öffentliche Debatte über die Änderung, wenn nicht gar Abschaffung des bundesdeutschen Asylrechts ein. Besonders alarmierend wirkten die zum Teil spektakulären Erfolge, die die nationalistische Partei „Die Republikaner“ mit ihrer fremdenfeindlichen Agitation seit 1989 bei mehreren Landtagswahlen erzielte. Ein Vorstoß der bayerischen Staatsregierung von 1990, der die Abschaffung des Asylrechts bezweckte, wurde von SPD und FDP abgelehnt. Die weiter wachsenden Zahlen von Asylbewerbern, vor allem aus Rumänien und dem von einem Bürgerkrieg zerrissenen Libanon, bald darauf auch aus Ex-Jugoslawien, brachte seit 1990 aber auch sozialdemokratische Ministerpräsidenten wie [Oskar Lafontaine](#) (Saarland) und Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen) dazu, eine Einschränkung des subjektiven Asylrechts zu verlangen.

Das Ergebnis zähen Ringens zwischen den Parteien war die Änderung des Asylrechts im Jahr 1993. Aus Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 wurde ein Teil des Artikels 16a. Dem Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (Absatz 1) folgen gravierende Einschränkungen im Sinne des 1990 unterzeichneten und 1997 in Kraft getretenen Dublin-Abkommens der EU-Staaten – Einschränkungen, die den Charakter von Ausführungsbestimmungen haben und eben deshalb innerhalb einer Verfassung wie ein Fremdkörper wirken. Eine andere Lösung des Problems wurde offenbar nicht erwogen: die Rückkehr zur „Urfassung“ des Artikels 16, wie sie am 23. September 1948 dem Ausschuss für Grundsatzfragen des Parlamentarischen Rats vorgelegen hatte („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“), ergänzt um den Zusatz: „Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Die unmittelbaren Wirkungen der hoch umstrittenen, vom Bundesverfassungsgericht 1996 aber bestätigten Asylrechtsreform von 1993 waren die erhofften: Die Zahl der Asylbewerber ging drastisch zurück und im Gefolge davon auch die Zahl der Deutschen, die der Rechts-außen-Partei der „Republikaner“ zuströmten. Die Entwicklung seit der Migrationskrise von 2015 hat 75 Jahre nach der Bonner Weichenstellung vom 23. September 1948 eine neue Asylrechtsdebatte ausgelöst. Zu einer abermaligen Grundgesetzänderung wird es aber kaum kommen: Die dafür erforderliche Mehrheit ist nicht in Sicht.

Lernen lässt sich aus der jüngeren deutschen Verfassungsgeschichte wieder einmal, dass kleine Ursachen große Wirkungen haben können. Die Worte „im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts“ waren nicht, wie Carlo Schmid meinte, überflüssig. Ihre Streichung hat nicht zu einer Klärung geführt, sondern eine Verwirrung gestiftet, die bis heute andauert.

Die Auslegungsgeschichte des „alten“ Asylartikels wirft aber noch andere Lehren ab: **Eine Rechtsinterpretation, die nicht nach ihren möglichen Folgen fragt, widerspricht den Geboten verantwortungsethischen Denkens und Handelns.** Setzen sich politische Akteure dem Verdacht der **moralischen Selbstüberhebung** aus, trägt das zur Politik- und Demokratieverdrossenheit bei. Denn wenn wachsende Teile einer Gesellschaft den Eindruck gewinnen, die „politische Klasse“ gehe über die tatsächlichen Bedürfnisse und Nöte des Alltags hinweg, gibt das erfahrungsgemäß nationalpopulistischen oder rechtsradikalen Kräften Auftrieb. Die „Republikaner“ sind denn auch nicht die letzte Rechtspartei geblieben, die einer unrealistischen Einschätzung der deutschen Möglichkeiten in Sachen Asyl und Migration einen großen Teil ihres Erfolgs verdankt.

***Professor i. R. Dr. Heinrich August Winkler lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.***

18 septembre 2023 (FAZ)

[Body Positivity: Dick ist das neue Normal \(faz.net\)](#)

BODY-POSITIVITY-BEWEGUNG:

## Dick ist das neue Normal

VON [LAURA GABLER](#) UND [LUCIA SCHMIDT](#)

-AKTUALISIERT AM 17.09.2023-12:21



Jedes Jahr sterben mehr Menschen in Europa an den Folgen von Übergewicht als an Corona. Und doch sagen Aktivisten: alles kein Problem.

In diesem Sommer konnte man es im Freibad und an den Stränden sehen: Die Deutschen sind nicht schlank. Das ist für sich genommen noch kein Problem. Sehr viele sind allerdings nach medizinischen Richtwerten nicht einmal mehr normalgewichtig. Rund sechzig Prozent der Männer und fast die Hälfte der Frauen hierzulande gelten als übergewichtig. Ein Fünftel der Erwachsenen ist sogar adipös und leidet damit laut der [Weltgesundheitsorganisation](#) an einer „abnormen oder übermäßigen Fettansammlung, die ein Gesundheitsrisiko darstellt“.

In Europa sind Übergewicht und Fettleibigkeit so stark verbreitet, dass die [WHO](#) von einem „epidemischen Ausmaß“ spricht. Jährlich sind rund 1,2 Millionen und damit 13 Prozent aller Todesfälle in Europa auf Übergewicht oder Adipositas zurückzuführen. Zum Vergleich: Die WHO zählte vor einem Jahr zwei Millionen Tote am Coronavirus in Europa insgesamt, und da hatte die Pandemie ihre Hochphase. Besserung ist bei der Fettleibigkeit nicht in Sicht. Keinem europäischen Land gelingt es im Moment, ihren Anstieg zu stoppen.

Bei Kindern und Jugendlichen ist das Problem sogar noch größer als bei Erwachsenen. Im Jahr 2035 könnte es zwei Millionen übergewichtige und adipöse Jungen geben, ein Anstieg um hundert Prozent. Bei den Mädchen ist es noch schlimmer. Seit der [Corona-Pandemie](#) sind viel mehr Jugendliche übergewichtig. Die Menschen werden also immer dicker.

### Die Body-Positivity-Bewegung verschärft das Problem

Gleichzeitig aber passiert etwas Paradoxes: Sie schätzen ihr Gewicht immer niedriger ein. Eine Studie der Universität Luxemburg ergab, dass es viel mehr Jugendliche als früher gibt, die ihr Gewicht geringer einschätzen, als es die Waage anzeigt. Forscher warnen vor dieser verzerrten Wahrnehmung. Die Jugendlichen könnten glauben, dass sie gar nicht erst abnehmen müssten. So leben sie weiter wie bisher, trinken Cola, essen Süßkram und futtern Chips und nehmen noch mehr zu. Selbst Erwachsene unterschätzen ihre Körperfülle. Eine Auswertung der Gesundheitsdaten von 23.000 Frauen und Männern aus England hat ergeben: Zwischen 1997 und 2015 sind die Befragten übergewichtiger geworden. Im Jahr 2015 schätzten aber viel mehr von ihnen ihr Gewicht falsch ein.

So sieht die Lage aus. Nun kommt noch etwas hinzu, das sie verschärft: die Body-Positivity-Bewegung. Ihre Anhänger finden es übergriffig und unverschämt, überhaupt von jemandem zu fordern, dass er abnehmen müsse. Sie wollen, dass dicke Menschen nicht mehr stigmatisiert werden, dass jeder so füllig sein darf, wie er will. Es geht um Selbstliebe, Akzeptanz und den Grundsatz: Jeder ist schön, so wie er ist. Adipositas soll etwas ganz Normales sein. Manche Forscher warnen davor. Wenn großes Übergewicht so wahrgenommen werde, sagen sie, dann nimmt das Problembewusstsein ab. Es geht hier immerhin um die eigene Gesundheit. Die Body-Positivity-Bewegung führt dann in eine Falle. Sie will, dass Dicke nicht mehr diskriminiert werden, gefährdet aber so ihre Gesundheit.

Melodie Michelberger ist in der Bewegung engagiert. Auf ihrer Instagramseite postet sie Bilder in Unterwäsche. Auf einem lächelt sie im roten Bikini in die Kamera. Die Speckröllchen präsentiert sie offensiv. Damit verbindet sie den Aufruf: „Lasst uns alle zusammen diese Hashtags mit unretouchierten Fotos unserer Körper fluten und so allen, die sich durch die Bilder klicken, signalisieren, dass sie so, wie sie sind, genau richtig und wunderbar sind.“

Die Body-Positivity-Bewegung ging aus dem Fat Acceptance Movement hervor, auf Deutsch Fett-Akzeptanz-Bewegung, die sich in den Sechziger- und Siebzigerjahren in den USA entwickelte. Schon damals forderten feministische und afroamerikanische Bürgerrechtsbewegungen ein Ende des „Fat-Shaming“, Dicke sollten nicht mehr diskriminiert werden. Aber erst die sozialen Medien haben die Body-Positivity-Bewegung zu einem weltweiten Phänomen gemacht. Allein auf Instagram finden sich Millionen Beiträge.

## Patienten, die die gesundheitlichen Folgen des hohen Gewichts spüren

Weniger positiv eingestellt zum eigenen Körper sind Menschen, die bei Professor Harald Schneider im Wartezimmer sitzen. Er ist Endokrinologe mit Praxen in München und Landshut. Schneider behandelt Patienten, die die gesundheitlichen Folgen ihres hohen Gewichts spüren. Sie haben Bluthochdruck oder Diabetes. Sie schlafen schlecht, haben Probleme mit dem Herzen, mit Wassereinlagerungen, dem Luftholen oder der Leber. Schneider findet vieles an der Body-Positivity-Bewegung „absolut begrüßenswert“. Eine positive Einstellung zum eigenen Körper zu haben, sich selbst zu mögen sei sehr wichtig. Das dürfe aber nicht dazu führen, „deshalb die gesundheitlichen Probleme auszublenden“. Die Zahl, die auf der Waage angezeigt wird, sagt zwar noch nichts über die Gesundheit aus. Auch nicht der sogenannte Body-Mass-Index, nach dem Menschen in der Medizin in Gewichtsklassen eingeteilt werden. Nicht alle mit zu vielen Kilogramm sind per se unfit, aber sehr viele werden es irgendwann. „Man muss den Patienten individuell anschauen, beraten und therapieren“, sagt Schneider.

Doch das war lange nicht so einfach für Ärzte. Erst im Jahr 2020 hat der Deutsche Bundestag Adipositas als chronische Erkrankung anerkannt. Das ist so entscheidend, weil Krankenkassen hierzulande in der Regel nur zahlen, wenn es eine abrechenbare Diagnose gibt. In den Jahren vor 2020 mussten Ärzte, wenn Sie dicke Menschen beim Abnehmen begleiten wollten, immer eine andere Diagnose finden, Bluthochdruck oder Herzprobleme etwa. Sonst hätten sie für ihre Therapie keinerlei Geld bekommen. Das führte dazu, dass übergewichtige Menschen seltener behandelt wurden.

Michael Wirtz aus dem Vorstand der Adipositas Hilfe Deutschland glaubt, dass diese fehlende Versorgung unter anderem dazu geführt hat, dass die Body-Positivity-Bewegung so populär geworden ist. Wer keine guten Therapieangebote finde, der denke sich irgendwann: „Dann bleibe ich eben, wie ich bin, ist doch gar nicht so schlimm.“ Wirtz, der selbst deutlich abgenommen hat, weiß aus seiner Zeit als Übergewichtiger, dass man sich Dinge schönredet. Wenn Treppenlaufen nicht mehr geht, macht man es eben nicht mehr. Wer nie versucht, U-Bahn zu fahren, der merkt nicht, dass er kaum noch auf die Plätze passt.

Wirtz will nicht falsch verstanden werden, er kämpft seit Jahren gegen die Stigmatisierung von Dicken. Trotzdem sieht er die Gefahren des Körperaktivismus: Wer sich in der Body-Positivity-Bewegung engagiert, ist oft jung und spüre noch keine Folgen des hohen Gewichts, repräsentiere also gar nicht die Sorgen und das Leid vieler Adipöser.

## Betroffene müssen sich selbst um die Kostenübernahme kümmern

Friedrich Schorb ist Gesundheitssoziologe an der Universität Bochum und sieht die Dinge etwas anders als Wirtz: Für Menschen, die sich in der Body-Positivity-Bewegung engagierten, spiele Gesundheit schon eine Rolle, sagt er, aber gesundheitliche Aufklärung sei nicht ihre Aufgabe. „Sie wollen ein Gegengewicht zu dem Trend setzen, dass wir immer noch glauben, man muss fit und schlank sein. Aktivisten aus der Fitnessszene vermitteln auch nicht immer ein realistisches Bild von Gesundheit“, sagt Schorb. „Dicke Menschen müssen repräsentiert werden in der Gesellschaft, auch beim Gewicht sind wir divers.“ Übergewichtige gehören für Schorb zur gesellschaftlichen Realität, er sieht in ihnen nicht nur ein medizinisches Problem.

Mit dem medizinischen Problem beschäftigt sich aktuell der Gemeinsame Bundesausschuss, das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Psychotherapeuten, Krankenhäusern und Krankenkassen. Die Bundesregierung hat den Ausschuss beauftragt, ein „Disease-Management-Programm“ für Adipositas zu entwickeln. Solche Programme sollen Behandlungen strukturieren, die für chronische Erkrankungen angeboten werden. Das soll die Therapiemöglichkeiten verbessern. Wer seine Adipositas behandeln lässt, muss sich im Moment selbst darum kümmern, dass die Krankenkasse die Kosten übernimmt. Ob und welche eine Krankenkasse zum Beispiel für eine Ernährungsberatung übernimmt, entscheidet sie selbst.

Der Bundestagsabgeordnete Johannes Wagner von den Grünen ist Mitglied im Gesundheitsausschuss. Er fordert, dass das Programm genügend Mittel bekommt, denn „mit Absichtserklärungen können wir uns im jetzigen Stadium nicht mehr zufriedengeben“. Es müsse beispielsweise möglich sein, für adipöse Menschen Weiterbildungskurse über mehrere Wochen hinweg zu finanzieren. „Wir haben in Deutschland ein Problem mit der Adipositas bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen“, sagt Wagner. Die Body-Positivity-Bewegung will er dafür nicht verantwortlich machen. „Es gibt in unserer Gesellschaft immer noch ein großes Stigma gegen Menschen mit Übergewicht. Ich glaube nicht, dass die Bewegung schon ein solches Maß erreicht hat, dass sie sich in die falsche Richtung bewegen würde.“

## Menschen müssen sich immer weniger bewegen

Beim Kampf gegen das Übergewicht gibt es ein oft verschwiegenes Problem: Die Menschen müssen sich im Alltag immer weniger bewegen. Lieferdienste jeder Art vermehren sich. Bankgeschäfte kann man von zu Hause erledigen, Briefmarken am Rechner kaufen. Kein Neubau kommt heute mehr ohne Tiefgarage und Aufzug aus. Diese Bequemlichkeiten laufen dem menschlichen Organismus zuwider, der noch immer darauf getrimmt ist, Energie für magere Zeiten zu sparen. Der Alltag des modernen Menschen sieht komplett anders aus als der des Steinzeitmenschen. Der Körper aber hat sich darauf noch nicht eingestellt. Das muss man bei der Lebensgestaltung beachten, sonst wird die Zahl adipöser Menschen weiterhin so schnell steigen wie bisher.

Vor allem in den ärmeren Bevölkerungsschichten. Ob ein Mensch übergewichtig ist, hängt auch vom Bildungsstand ab. 2019 waren 53 Prozent der Frauen mit niedrigem Bildungsstand übergewichtig. Bei Akademikerinnen lag der Anteil mit 35 Prozent deutlich niedriger. Bei Adipösen ist der Unterschied noch größer. 25,8 Prozent der Frauen mit niedrigem Bildungsstand sind davon betroffen, aber nur 11,2 Prozent der Akademikerinnen.

Angesichts dieser Fakten muss man fragen: Soll das Körpergewicht wirklich nicht bewertet werden? Nach Informationen der Universität Hamburg belaufen sich die gesamtgesellschaftlichen Kosten der Adipositas in Deutschland auf etwa 63 Milliarden Euro, jedes Jahr. Im Gesundheitssystem fehlt schon jetzt Geld, immer mehr Ältere und Kranke müssen versorgt werden. Die Menschen müssen also auch selbst Verantwortung für ihr Gewicht übernehmen. Krankheiten sind Schicksal, genetische Dispositionen oder Behinderungen auch. Das gilt aber längst nicht für alle Übergewichtige. Um Abhilfe zu schaffen, fordern Betroffene wie Wirtz mehr Unterstützung von der Politik. „Erst wenn Gesundheit nicht mehr da ist“, sagt er, „weiß man sie zu schätzen.“



18 septembre 2023 (FAZ)

[Heinrich August Winkler und das Asylrecht \(faz.net\)](#)

WINKLER UND DAS GRUNDGESETZ:

## Vom Asyl überfordert

VON KLAUS FERDINAND GÄRDITZ

-AKTUALISIERT AM 18.09.2023-07:33



Für Heinrich August Winkler spiegelt die Geschichte des Asylgrundrechts eine unrealistische Einschätzung der deutschen Möglichkeiten in Sachen Migration. Der Historiker verkennt das Zusammenspiel von Verfassungsrecht und Völkerrecht.

Der Historiker Heinrich August Winkler hat [auf der Seite „Staat und Recht“ der F.A.Z. am 24. August 2023](#) aus scheinbar kalendarischem Anlass an die wechselvolle [Historie](#) des deutschen Asylgrundrechts erinnert und diese als Narrativ der „unrealistischen Einschätzung der deutschen Möglichkeiten in Sachen Asyl und Migration“ präsentiert. Dabei sind ihm zahlreiche Ungenauigkeiten unterlaufen.

Im Parlamentarischen Rat hatte man 1948/49, als Artikel 16 des Grundgesetzes entstand, keine konkreten Vorstellungen davon, was ein Grundrecht auf [Asyl](#) garantieren soll. Dass man Lehren aus der Verfolgung unter NS-Gewaltherrschaft ziehen wollte, ist eine naheliegende Vorstellung, die sich aus den Quellen allerdings nicht belastbar belegen lässt.

Die Geschichte des Grundrechts war bunt und kannte verschrobene Arabesken, so den Vorschlag, Asyl nur Deutschen zu gewähren oder das Eintreten „für Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit oder Weltfrieden“ zu prämiieren. Vor allem gab es 1948 – anders als es Winkler suggeriert – keine allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts zum Asyl. Der Parlamentarische Rat bezog zwar Position im internationalen Konzert der Nachkriegsordnung, schuf aber mit einem Grundrecht auf Asyl etwas völlig Neues.

### Nur ein Recht auf Annahme von Asyl

Vage wahrgenommen wurden die Debatten um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom Dezember 1948. Diese war aber als Resolution der UN-Vollversammlung kein bindendes Völkerrecht. Und sie enthielt in ihrer Endfassung gerade kein Recht auf Asyl, sondern nur ein Recht, freiwillig angebotenes Asyl annehmen zu dürfen. Asylgewährung war also keine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Heimatstaats mehr. Diese Frage hat, wenn man auf die wachsende Aggression autoritärer Staaten wie Russland, Vietnam, Iran oder China gegenüber Exilanten blickt, wieder traurige Aktualität.

Das Prinzip des „non refoulement“ (das Verbot, Verfolgte an der Grenze zurückzuschieben), das Winkler als vermeintlich völkerrechtliche Referenz anführt, tauchte erstmals in der Genfer Flüchtlingskonvention

vom Juli 1951 auf, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes. Gewiss standen im Mittelpunkt der Zielgruppe des Asylgrundrechts Flüchtlinge aus dem Ostblock.

Gleichwohl spielten im Parlamentarischen Rat auch andere Szenarien eine Rolle. So gab es etwa eine Debatte, ob man bei einer unkonditionierten Asylgewährung künftig Legionen italienischer Faschisten aufnehmen müsse. Die Idee, Asyl nur politisch Erwünschten zu gewähren, wurde mit der heute verträumt wirkenden Begründung abgelehnt, dass solche Prüfungen die Grenzpolizei überforderten.

Die Rechtsprechung tastete sich an das neue Grundrecht heran, dessen quantitative Bedeutung zunahm. Maßgeblich das Bundesverwaltungsgericht richtete den Begriff der politischen Verfolgung seit 1957 am Flüchtlingsvölkerrecht aus und sorgte so für eine inhaltliche Konkordanz. Mehr als das Völkerrecht hat es also im Kern nie gegeben. Die einzig relevante Abweichung war die Anerkennung gruppenbezogener Verfolgung iranischer Homosexueller durch das Gericht 1988.

## Vom Unionsrecht abgelöst

Die umstrittene Asylreform von 1993, die den heutigen Artikel 16a des Grundgesetzes schuf, hat das Asylrecht im Prinzip auf diejenigen begrenzt, die auf dem Luftweg einreisen. Das Völkerrecht hatte man auch damals im Blick. Zum einen gab es im Flüchtlingsvölkerrecht bereits vergleichbare – nur weniger strenge – Argumente wie die heutige Drittstaatsregelung. Zum anderen stellte man das Recht in Absatz 5 ausdrücklich unter den Vorbehalt völkerrechtlicher Vereinbarungen.

Das deutsche Asylgrundrecht wurde seit der Jahrtausendwende sukzessive vom Recht der Europäischen Union abgelöst, die über ein eigenes Asylgrundrecht sowie ein elaboriertes Regelungswerk (von der Qualifikations- und der Verfahrensrichtlinie bis zum missglückten Mechanismus der Dublin-Verordnung) verfügt. Die Voraussetzungen des europäischen Flüchtlingsschutzes folgen jedoch akzessorisch dem Flüchtlingsvölkerrecht. Der Europäische Gerichtshof hat wiederum den Mitgliedstaaten weitgehend die Option genommen, nach nationalem Recht großzügigere Asyläquivalente zu schaffen.

Wenn Winkler jetzt über einen Zusammenhang von „Flüchtlingskrise“ und Asylgrundrecht spekuliert sowie als Remedur eine Verfassungsänderung ins Spiel bringt, bespielt er populistische Debatten, welche die Rechtswirklichkeit grundlegend verfehlen. Das Bundesamt für [Migration](#) und Flüchtlinge stützte von den Asylentscheidungen 2016 und 2017 grob 0,5 Prozent auf das deutsche Asylgrundrecht, alle anderen auf das im Asylgesetz umgesetzte Unions- und Völkerrecht. Würde man das deutsche Asylgrundrecht komplett streichen, würde kein Fall anders entschieden.

Das Asylgrundrecht ist so vor allem ein Referenzfall für die vielschichtigen Verflechtungen des deutschen Verfassungsrechts in internationale sowie europäische Regelungsprozesse, die mitunter schwerfällig sind und auch Reibungen kennen. Wer Handlungsoptionen realistisch bewerten will, statt Mythen und Ressentiments zu pflegen, braucht Wissen.



18 septembre 2023 (Le Figaro)

[Nicolas Sarkozy - Sylvain Tesson: le pouvoir, la littérature, la Russie, l'amour et Dieu \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Nicolas Sarkozy - Sylvain Tesson: le pouvoir, la littérature, la Russie, l'amour et Dieu

Par **Vincent Trémolet de Villers** et **Martin Bernier**

Publié hier à 11:00, mis à jour il y a 1 minute



Nicolas Sarkozy et Sylvain Tesson. *Francois BOUCHON/François Bouchon / Le Figaro*

**EXCLUSIF - Dans un entretien croisé au *Figaro*, nous avons réuni Nicolas Sarkozy, à l'occasion de la publication du *Temps des combats* (Fayard), le troisième volume des Mémoires de l'ancien président de la République, et Sylvain Tesson dans le salon Renaudot chez Drouant, là même où Tesson - le jeune - fut couronné pour *La Panthère des neiges* (Gallimard).**

L'un a escaladé jusqu'au sommet du pouvoir, l'autre veut conquérir, à mains nues, les plus hautes cimes. Nicolas Sarkozy fut président de la République, Sylvain Tesson est écrivain, buissonnier de la chose publique. L'homme politique s'est engagé sans retenue dans le mouvement des ambitions, l'homme de plume aime prendre la poudre d'escampette, à pied, à cheval, en side-car ou en bateau. Nicolas Sarkozy déploie son énergie à agir sur les choses, Sylvain Tesson utilise la sienne pour les contempler sur tous les balcons du monde. Les deux ont en partage la passion de la littérature, le goût du dépassement, l'art de la conversation. Leurs regards croisés sur le pouvoir, le roman, l'éloquence, la Russie, l'amour, les enfants, Dieu forment un moment passionnant, d'une rare densité. L'un et l'autre ne manquent pas d'évoquer la figure de Philippe Tesson. Dans les coulisses, l'homme de théâtre qui nous a quittés le 1er février dernier n'a certainement rien perdu de cet échange en haute altitude.

**LE FIGARO. - Nicolas Sarkozy, le dernier volume de vos Mémoires, *Le Temps des combats*, fait mesurer au lecteur ce qu'est la vie ardente d'un chef d'État. N'avez-vous jamais été tenté par la fuite et la solitude telles que les pratique Sylvain Tesson?**

**Nicolas SARKOZY. -** Le pouvoir isole aussi car il modifie profondément les rapports que vous avez avec les gens. Un très bon ami m'a dit après l'élection: «Dorénavant, je vais te vouvoyer.» Je lui ai répondu: «Mais es-tu devenu fou?» C'est d'ailleurs pour ça que j'ai voulu mettre une limite dans l'exercice du pouvoir à dix ans consécutifs. Le pouvoir est dangereux. Il altère le rapport que vous avez avec les autres, et il altère sans doute aussi la perception que vous avez de vous-même.

**Sylvain Tesson, quel regard portez-vous sur les hommes politiques?**

**Sylvain TESSON. -** J'ai voué ma vie à préférer l'aventure individuelle au destin collectif. L'homme politique est du côté de la proposition, tandis que l'artiste est du côté de la position. Vous, vous

proposez ; moi, je dispose de moi. Vous avez commencé, monsieur le président, en disant que vous aimiez les autres. C'est peut-être la clé de cette question: savoir si on a un rapport d'amour avec ses semblables. Quand on a un regard réservé sur eux, et sur soi-même, on préfère la position de la rétractation, de la solitude, de la tour d'ivoire, de la cabane en Sibérie.

Si je récusé le terme de mépris, je suis dubitatif face à l'exercice politique. Cela tient au gouffre abyssal entre l'attente et la capacité opérative du chef d'État. On attend une œuvre de messie, et on a des gestionnaires entravés. C'est une disproportion presque structurelle. J'ai donc choisi non pas la politique sur les autres mais l'empire sur soi. C'est la théorie antique formulée par Xénophon dans *L'Économique*. Il y enjoint à l'empereur de commencer par être le chef d'une exploitation agricole en lui disant: d'abord, aie la modestie de tes ambitions, fragmente tes volontés, apprends à conduire tes bêtes, tes hommes, et ensuite peut-être pourras-tu gouverner. J'aime ces trois vers d'Aragon: «*Et je ressemble à ce monarque/ Plus malheureux que le malheur/ Qui restait roi de ses douleurs.*» Je ne suis pas président de la République, mais je suis roi de mes douleurs.

**La vie n'est qu'une suite de désillusions; ce n'est pas réservé à la politique. J'ai marié des gens pendant vingt ans : chacun attend le prince charmant, et vous pensez qu'il n'y a pas de déception ?**

*Nicolas Sarkozy*

**N. S.** - Non seulement j'aime être avec les autres, mais j'ai eu l'ambition folle d'être aimé des autres! On franchit sans doute un degré de plus dans la différence. Nous subissons notre naissance, nous subissons la date de notre mort, je ne voulais pas subir ma vie! Ce que dit Sylvain Tesson sur la déception est très intéressant aussi. Mais la vie n'est qu'une longue suite de désillusions ; ce n'est pas réservé à la politique. J'ai marié des gens pendant vingt ans: chacun attend le prince charmant, et vous pensez qu'il n'y a pas de déception? La beauté de l'espérance, c'est qu'elle n'est satisfaite que très rarement. Mais ce n'est pas parce que la déception est certainement au bout du chemin politique qu'il ne faut pas s'engager. C'est au contraire parce que c'est furtif qu'il faut s'engager.

Je voudrais revenir sur la «*modestie des ambitions*»: la phrase est belle, elle sonne bien, mais elle est fausse. Il ne peut pas y avoir d'ambitions modestes, ou alors ce ne sont pas des ambitions. Je suis né au bord d'une toute petite rivière, avec une toute petite canne à pêche, où il y avait de tout petits poissons. Ma mère était tellement angoissée que, quand je suis passé sur un affluent un peu plus grand, elle m'a dit: «Tu vas être tranquille, là, c'est bon.» Elle n'avait pas compris que l'ambition est un mouvement, et non pas une fin. L'ambition ne peut pas être bornée, comme le rêve n'a pas de limite. Et celui qui, comme Sylvain Tesson, parle de «*modestie de l'ambition*» est le même qui a l'ambition de grimper toutes les montagnes, d'escalader tous les sommets! Naturellement que l'ambition est folle, puisque nos vies durent le temps d'un demi-timbre-poste et que, malgré tout, le matin, on se lève pour gravir l'Himalaya. C'est dérisoire, cela pourrait même être ridicule, et pourtant, c'est admirable, car c'est justement cette brièveté et ce décalage entre l'importance de l'ambition et la brièveté de nos vies qui fait que l'homme est digne.

**Diriez-vous l'un et l'autre que la politique, c'est la transparence imposée et que l'écriture protège le clair-obscur?**

**S. T.** - Le mot «clair-obscur» est une vertu immense ; il ne ressemble pas à l'époque qui veut trancher définitivement. C'est là toute la supériorité de la littérature sur les autres formes de tentative de compréhension du monde: c'est une pharmacopée qui offre une possibilité de nuances, de temps long et de complexité. Soit exactement le contraire de la proposition binaire auxquelles nous invite l'immense matrice techno-médiatico-globalo-administrative. La littérature est un contrepoison extraordinaire, et sans doute protège-t-elle l'écrivain.

Si je ne crois pas que l'écrivain puisse apporter la moindre chose au chef d'État, je pense que la littérature peut tout lui apporter, et notamment les vertus que je viens de nommer. La littérature est le chemin qui mène de l'idéologie à la réalité. Le chef d'État qui ouvre des livres est une personne beaucoup plus rassurante que celui qui n'en ouvre pas. Pour dire combien la littérature est le chemin qui vous éloigne de la pensée tranchée, facile, idéologique, et des oppositions binaires, je citerai Novalis: «*Nous cherchons partout l'absolu, nous ne trouvons que des choses.*»

**N. S.** - Pour moi, rien n'est au-dessus du roman ; le roman est éternel, il tutoie la vérité, il l'approche, il ne se démode pas. La civilisation a changé le jour où le roman a été inventé. À ce moment-là, on a compris que la vérité n'était pas dans l'analyse des textes mais dans l'observation des sentiments. Dans les métiers où l'on parle autant, où l'on doit tout donner, la littérature est indispensable. Pendant quarante ans, je n'ai cessé de parler, de m'enivrer de mots de discours. Un jour, alors que j'allais à Bercy, où se trouvaient 18.000 personnes, j'avais tellement prononcé de discours que je n'avais même plus envie de faire ce discours-là. Ce jour-là, je me suis dit que je ne pouvais pas jouer avec cela ; autrement, il n'y a plus de sincérité. J'ai compris que, dans les fonctions où l'on donnait tellement, la lecture, la fréquentation des chefs-d'œuvre, était la seule façon de retrouver de la fraîcheur et de ne pas finir asséché comme le désert de Gobi. La littérature n'est pas un passe-temps, ni une consolation ; c'est plus essentiel. Elle est la seule façon de préserver la fraîcheur de l'enfance, la naïveté de la découverte, la passion de l'ambition.

## **Sylvain Tesson, croyez-vous que l'écrivain puisse réellement influencer l'homme de pouvoir?**

**S. T.** - Il n'y a qu'un seul Hugo par siècle. La littérature, elle, est inépuisable. Elle mène à comprendre que le monde est plus ambigu que l'idéologie voudrait qu'il soit. Beaucoup d'écrivains traversent votre livre, monsieur le président, et j'ai été très sensible au fait que vous accordiez place à Lévi-Strauss. Vous avez eu la chance de le rencontrer pour ses 100 ans, et je vous jalouse beaucoup, car il est pour moi un maître absolu. Il invitait à changer de point de vue, à ne plus croire que le méridien d'explication du monde passait par Clochemerle ; il a montré qu'il y avait des tribus partout.

### **Si j'étais un jeune président en exercice, je voudrais passer à l'Histoire, et on passe à l'Histoire par des discours**

*Sylvain Tesson*

Votre rapport au discours m'intéresse: vous distinguez le brouhaha permanent auquel vous êtes parfois obligé de participer et le discours. Or le moment où l'on voit que le chef d'État a une dette ou pas avec la littérature, c'est dans le discours. L'amour de la langue s'y manifeste. Il y a un pouvoir politique indéniable dans la harangue. Le littéraire descend dans le politique. On ne peut faire vibrer un peuple qu'avec un discours. Celui qui l'a le mieux mis en mots, c'est Homère dans L'Iliade. Quand l'armée grecque est harassée, il suffit qu'un héros monte sur la barricade, fasse un discours, et les hommes repartent. C'est superbe. Je pense au vers d'Aragon «*Je vous salue ma France aux yeux de tourterelles*», à Péguy qui décrit la France comme un «*peuple jardinier*» dans *Le Mystère des saints Innocents*. On ne va pas commencer à citer vos successeurs, car on est charitables, mais quand je me souviens de «*la France, elle va mieux*»... Avec redondance du sujet: j'avais appris que c'était interdit en CE1! Il y a un mépris fait au peuple en croyant qu'il faut parler mal pour faire semblant de parler «peuple». Si j'étais un jeune président en exercice, je voudrais passer à l'Histoire, et on passe à l'Histoire par des discours. On va à la frontière du Haut-Karabakh et on fait un discours sur le génocide, l'agressivité des peuples, la méchanceté des satrapes, et sur la grande sphère chrétienne. Là, on passe à l'Histoire. Si on se contente de réformes des annuités de retraites, on passe à la trappe.

## **Nicolas Sarkozy, l'orateur politique puise-t-il aussi à cette source pour y trouver des formules?**

**N. S.** - Schopenhauer a tranché le sujet: «*La meilleure façon d'avoir du style, c'est d'avoir quelque chose à dire.*» Que voulez-vous ajouter après cela? Françoise Sagan, qui pour moi est un modèle, était lumineuse lorsqu'elle parlait, et pourtant elle avait la mèche sur l'œil, un peu de strabisme, une cigarette à la bouche, une petite voix fluette, mais vous étiez subjugué par ce qu'elle disait. Vous entendez parler Houellebecq aujourd'hui avec son mégot, ses phrases saccadées... C'est passionnant! Je ne peux pas croire qu'il est possible de faire un beau discours sans contenu fort. Et je pense qu'il est impossible de faire un mauvais discours quand il y a un contenu fort.

## **Nicolas Sarkozy, votre vision de la guerre en Ukraine vous a valu un grand nombre de critiques. Sylvain Tesson, votre passion pour le monde slave vous a valu aussi un soupçon de poutinophilie...**

**S. T.** - Ma légitimité sur le sujet est assez faible, c'est la légitimité du voyageur. Je suis allé voir les Russes de la Gloubinka, de la profondeur, de la forêt, des steppes ; ils sont plus proches des Russes de Pouchkine que de Prigojine. Dieu sait que nous avons été éduqués moralement à ne pas pratiquer l'amalgame, mais là, tout le monde s'autorise à le faire: la babouchka et Wagner, c'est pareil! C'est insupportable, d'autant que je sens naître une petite voix qui laisse croire qu'il y a un mal intrinsèque dans la russitude. On a déplacé un sujet de géopolitique sur le terrain de la métaphysique, et, par un effet de renversement absurde, on a l'impression d'être dans un roman de Dostoïevski avec le grand inquisiteur: c'est le mal contre le bien, le diable contre le bon Dieu, Moscou contre Kiev. Je voudrais dire quelque chose sur les pages 55 et 56 du livre de Nicolas Sarkozy - je dis le numéro des pages car c'était la date du XX<sup>e</sup> congrès de Khrouchtchev quand il a déstalinisé. Vous avez fait une analyse sémantique des expressions toutes faites qui servent aujourd'hui d'analyses géopolitiques, notamment celle de «*la guerre coûte que coûte*». La guerre jusqu'au bout, c'est merveilleux quand on est au XVII<sup>e</sup> siècle avec des fleurets mouchetés, c'est esthétique. Mais utiliser ces expressions avec une puissance nucléaire, c'est de la légèreté. Il y a une honte profonde à avouer le désir de résolution diplomatique en vue d'essayer d'arriver à la paix. Je parlerai de syndrome Chamberlain: personne n'a envie d'être le Daladier de son époque. Et on est tellement effaré par cette idée-là que personne n'ose même prononcer le mot de «*négociation*».

**Si on pense que Poutine, c'est Hitler, alors il ne faudrait pas se contenter du Donbass; il faudrait aller à Moscou !**

*Nicolas Sarkozy*

**N. S.** - C'est une erreur historique fondamentale et courante que de confondre un pays et ceux qui le dirigent. A-t-on oublié les donneurs de leçons qui détestaient l'Amérique quand elle était dirigée par Bush, et qui l'idolâtraient quand elle avait à sa tête Obama? Tout d'un coup, aux yeux de ces si faibles penseurs, 330 millions d'Américains disparaissaient derrière W. Bush, et 330 millions d'Américains renaissaient derrière Obama. Confondre un pays et son dirigeant, ramener la Russie à Poutine, c'est oublier Tolstoï et Dostoïevski. Je vois à longueur d'émissions parler avec autorité des gens qui n'ont jamais rencontré Poutine pour dire ce qu'il a dans la tête. J'ai eu des dizaines d'entretiens avec Poutine, dont certains d'une grande violence, tant nos désaccords étaient profonds. Mais cette parole-là ne pèse rien dans un débat médiatique où seule compte l'expertise de ceux qui n'en ont aucune et l'émotion de l'instant. Je remarque aussi la difficulté de nombre d'observateurs à se placer dans une dimension historique. La comparaison avec Munich ne tient pas: si on pense que Poutine, c'est Hitler, alors il ne faudrait pas se contenter du Donbass ; il faudrait aller à Moscou! S'il n'est pas Hitler, alors il faut utiliser tous les chemins de la diplomatie pour trouver la voie vers une paix digne et durable.

## **Vous avez le goût du dépassement physique en partage. Diriez-vous qu'il faut souffrir pour être heureux?**

**S. T.** - Je ne veux pas faire une apologie du dolorisme, mais nous avons peut-être un point commun dans ce grand appétit, quasiment dévoratoire, de la vie. Vous vous souvenez de ce vers de Mallarmé que je déteste: «*La chair est triste, hélas, et j'ai lu tous les livres.*» Moi, je crois que la chair n'est pas du tout triste et je n'ai pas lu tous les livres! Et pourtant, «*fuir, là-bas fuir*», dit-il. Je crois profondément au mouvement et à l'énergie. C'est un mot qui revient souvent chez vous. Le même mot qui vous a valu admiration et critique. On a fait la comparaison entre vous et la figure de *L'Homme pressé* de Paul Morand. Chez Morand, ce n'était pas une critique: l'homme pressé correspondait à une époque, les années 1920, où le futurisme avait fait de la vitesse une esthétique et un instrument tactique, opératoire, politique. Dans l'évolution biologique, la vitesse a sauvé beaucoup d'animaux, et dans le sport qui est constitutif de ma vie, l'alpinisme, la vitesse est essentielle à la sécurité et à la survie. Vous parlez, monsieur le président, d'inégalité énergétique entre les êtres. Vous avez tout à fait raison: l'énergie est ce qui est le plus injustement réparti. C'est comme les hydrocarbures: il y a des péninsules désertiques qui en ont davantage que d'autres.

Je crois en cette expression de «grande santé» nietzschéenne. Dans *Le Crépuscule des idoles*, Nietzsche dit que seules les pensées qui nous viennent en marchant ont une valeur. En cela, la mise en branle de soi-même et le sport créent un exercice de la pensée. C'est comme la thermodynamique: s'il y a un mouvement, il y a plus de chaleur, et s'il y a plus d'énergie, il y a plus d'idées. Ça ne me paraît pas incongru, le chef d'État qui fait du sport. Mais, au-delà du sport et de l'énergie, ce qui compte dans l'exercice du pouvoir, c'est l'incarnation physique. Dans le champ politique, comme dans le champ existentiel, il faut qu'il y ait des corps. Quel peuple veut être gouverné par un spectre ectoplasmique avec un teint de rutabaga?

**N. S.** - J'ai toujours été persuadé que le temps nous était compté, je n'ai jamais prétendu être maître du temps, et j'ai souvent voulu le devancer de peur qu'il ne me rattrape. Le bonheur est dans l'épreuve surmontée, jamais dans l'épreuve évitée. La vie est une suite ininterrompue de combats plein de passions, de souffrances, de joies, et je pense qu'il n'y a pas de bonheur sans effort. Le sport est un merveilleux chemin pour illustrer cet axiome. Et puis, quand on fait un métier public comme président de la République, il faut se surveiller et donner une image digne de son apparence, et il faut refuser le laisser-aller. J'ai pensé, quand j'étais président de la République, que c'était même un devoir. Si je n'étais pas capable de me contrôler moi-même, comment allais-je être en mesure d'incarner le pays et de le représenter?

**Nicolas Sarkozy, votre épouse, Carla Bruni, est très présente dans votre livre. Vous avez exposé publiquement votre amour lorsque vous étiez président. Pourquoi un tel choix?**

**N. S.** - J'ai été ministre de François Mitterrand au moment de la cohabitation: j'ai vu un monarque de grande dimension mais de cire, où plus rien ne donnait le sentiment de bouger. J'ai vu avec Chirac un président sympathique mais parfois mécanique. Et je m'étais dit: quand je serai président, je veux être un président humain, incarné, qui ne cache pas ses sentiments. Ce n'est pas une faiblesse, de montrer ses émotions, quand on est heureux ou quand on ne l'est pas. Quand on aime quelqu'un, on le protège. Le président ne peut pas installer celle qu'il aime à l'Élysée sans lui donner une place, un statut. C'est pourquoi j'ai affirmé tout de suite après avoir rencontré Carla que nous allions nous marier et qu'il n'y aurait pas de photos volées, ni dans une rue proche de l'Élysée ni ailleurs. C'était donc un choix de respect pour ma femme comme pour les Français. En la matière, la recherche du secret serait de toute façon vouée à l'échec.

**On fait de la littérature avec la nostalgie; on ne fait pas de la politique avec la nostalgie. (...) Je préfère le souvenir du père que je n'ai plus à la promesse des enfants que je n'aurai pas.**

*Sylvain Tesson*

**Sylvain Tesson, vous parlez peu d'amour dans vos livres...**

**S. T.** - Je parle peu de l'amour d'une femme parce que je verse mon énergie d'écriture vers le non-humain, la géographie, les arbres, les bêtes, les grands invariants qui ne sont pas des hommes. En réalité, cela vient d'une pudeur familiale: dans ma famille, et chez mon père, notamment, nous sommes des faux expansifs: nous bavardons beaucoup mais nous disons très peu de nous. C'est la différence qu'il y a entre la coulisse et la scène dans un théâtre. On fait semblant d'être sur scène, mais les choses se passent dans la coulisse. Et on ne met pas l'une dans l'autre.

**Je rappelle votre phrase, Sylvain Tesson, dans *Le Point* : «J'ai trouvé l'amour, mais je refuse la conséquence tragique de la nuit d'amour», c'est-à-dire l'enfant.**

**S. T.** - Pour l'instant, mes enfants sont mes livres, ils sont rangés sur mes étagères, ils font leurs nuits, ils me dérangent moins et ils ne me reprocheront rien quand ils seront grands!

Après la dialectique entre l'homme qui préfère la géographie et celui qui préfère l'histoire, celui qui se préfère soi-même à la société, celui qui préfère l'état du monde à ses états d'âme personnels, je crois qu'on rejoint là une autre dialectique, entre les hommes de l'avenir et ceux du passé. On fait de la littérature avec la nostalgie ; on ne fait pas de la politique avec la nostalgie. Comme je nostalgise

beaucoup et que je suis un mélancolique temporel, je préfère les sources aux deltas, je préfère me retourner que regarder avec mon télescope, et donc je préfère l'ascendance à la descendance. Je préfère le souvenir du père que je n'ai plus à la promesse des enfants que je n'aurai pas.

**N. S.** - Intellectuellement, c'est parfaitement cohérent. Mais s'il y a un domaine où la cohérence ne joue aucun rôle, c'est bien celui de l'amour. Je n'ai pas l'habitude de citer Sartre, mais, dans *Les Mots*, il dit: «*L'amour, c'est le hasard.*» Laissons le hasard provoquer une déflagration du raisonnement de Sylvain Tesson, qui par ailleurs regarde le monde avec les yeux d'un enfant. Il refuse obstinément d'être adulte parce qu'il pense que son talent et son inspiration viennent de ce caractère enfantin et naïf qu'il a magnifiquement su conserver. Je me suis toujours méfié de la nostalgie: l'avenir n'existe pas car trop incertain, et le passé n'existe plus puisqu'il n'est vu qu'avec les yeux du présent. D'ailleurs, dans la fascination de Sylvain Tesson pour les animaux, il devrait songer que ceux-ci ne sont que dans l'instant présent. Ils n'ont pas tous ces problèmes métaphysiques dont nous nous encombrons. Cela doit être mon côté animal, je suis dans le présent.

Les enfants sont une raison de vivre. On n'est pas que du sang de ses parents: on est de sa terre, de sa région, de son pays, et même de son continent. On est aussi de l'espèce humaine, et on a donc un devoir de considérer que l'on est de passage, que la question de la transmission est fondamentale. De surcroît, j'ai observé que ce n'est pas nous qui éduquons nos enfants ; ce sont les enfants qui nous éduquent. Ils m'ont appris l'humilité. L'amour des enfants a cela d'important qu'il décale un regard trop exclusivement porté sur soi-même vers d'autres. Dans les définitions de l'amour données par Milan Kundera dans *L'Insoutenable Légèreté de l'être*, l'amour le moins dangereux est celui qui reste bloqué sur le premier amour, l'amour idéalisé. Parce que l'amour idéalisé ne peut pas partir. Et j'ai compris dans ce que dit Sylvain Tesson un besoin d'amour, une capacité à donner de l'amour et une crainte sur la durabilité de l'amour. Cela me touche, car la peur d'être abandonné est importante ; je l'ai ressenti moi-même lorsque nous étions seuls avec notre mère. J'ai transcendé cela par un surcroît d'engagement, alors que Sylvain le traduit par un retrait affiché, mais, au fond, la source est la même, c'est le besoin d'être aimé. Enfin, pardon pour cette analyse, monsieur Tesson, vous pouvez vous relever du canapé... (*Rires.*)

**L'amour a besoin d'une reconnaissance sociale. C'est pourquoi je suis favorable au mariage homosexuel, car l'amour transcende le fait d'être hétéro ou homo**

*Nicolas Sarkozy*

**S. T.** - Je partage votre idée de la beauté de l'amour idéalisé, mais c'est vrai qu'on ne couche pas avec les abstractions, encore heureux!

**N. S.** - C'est la différence entre le désir et l'amour. Il y a naturellement du désir dans l'amour, mais il peut y avoir du désir sans amour. Et la grande différence, c'est que le désir n'a besoin d'être connu que par l'être désiré, alors que l'amour, et Tolstoï l'a montré avec Anna Karénine, n'existe pas sans reconnaissance sociale.

**Sylvain Tesson, vous préférez soustraire l'amour aux regards...**

**S. T.** - Vous ne croyez pas du tout à la patrie secrète de l'amour, à la cloison, au paravent, à la nécessité de protéger dans son palais de cristal l'histoire que l'on vit avec une femme que l'on veut soustraire, précisément parce qu'on l'aime, au regard des autres?

**N. S.** - Vronski n'a pas le courage d'imposer à la société russe Anna Karénine, leur amour se délite. L'amour a besoin d'une reconnaissance sociale. C'est pourquoi je suis favorable au mariage homosexuel, car l'amour transcende le fait d'être hétéro ou homo. Je pense que l'amour est tellement fort qu'il ne peut rester secret. Il a besoin d'une reconnaissance.

**S. T.** - Mythologiquement, dans les contes, il y a un moment où le prince et la bergère se cachent. Je crois que le secret est la patrie de l'amour. Cette dialectique ne nous oppose pas mais constitue notre différence. Vous êtes l'homme de l'histoire, vous allez vers les autres et voulez donner une forme au monde ; moi, je veux m'échapper dans le monde et ne donner de forme à personne sinon à ma propre

trajectoire. C'est normal que je choisisse la cabane au fond des bois pour vivre mon amour et que vous vouliez publier les bans.

**N. S.** - Mais l'amour, ce n'est pas que des bons moments. Il y a aussi des épreuves, où l'autre est malade, met un genou à terre, où il faut être à côté, à l'hôpital avec lui, où il faut surmonter les douleurs ensemble. Comment fait-on cela avec le secret? Si on ne partage que les bons moments, cela veut dire qu'on ne partage rien. «*Amour et vérité se rencontrent*», dit avec une grande sagesse le Psalmiste.

## **La question de Dieu et celle de la vie après la mort sont-elles pour vous des questions réglées?**

**S. T.** - La question de Dieu m'intéresse davantage que la réponse. Je crois au mouvement de l'homme qui lève les yeux vers le ciel. Je crois qu'il faut vivre debout et à genoux. Je n'aime pas la position assise, qui est celle du milieu - je n'aime pas les intermédiaires, de toute façon. Pas même les corps intermédiaires. Être à genoux et être debout sont deux manières d'être en mouvement. Ensuite, bien sûr que non, la question n'est pas réglée. Chez qui est-elle réglée? Même le Christ doute, même lui n'a pas résolu la question de Dieu, rendez-vous compte, le fils de Dieu dit: «*Pourquoi m'as-tu abandonné?*»

Dans ma petite ratatouille de confusion intérieure, j'ai forgé une sorte de trépied expérimental qui me permet de m'y retrouver. On y retrouve le Christ, totalement, avec le message de rupture révolutionnaire et l'injection de l'amour dans la loi. Je suis en revanche très loin du christianisme, parce que le tripatouillage politique de la parole prophético-poétique ne m'intéresse pas. Qu'est-ce que les conciles et les conclaves? Des universités d'été de partis où l'on prépare la synthèse. Enfin, j'adhère parfaitement à la chrétienté comme structuration géographique et civilisationnelle. Avec le Christ, loin du christianisme, dans la chrétienté: c'est comme ça que je définis ma question de Dieu. Pour les hommes, la moins mauvaise nouvelle aujourd'hui en 2023 est de naître dans cet espace-là. Si on fait un triangle des Bermudes de cet espace géospirituel, ce sont les bulbes d'or à l'est, les chapelles celtiques au nord-ouest et les églises grecques au sud, qui voisinent avec Athéna. Voilà mon triangle, la chrétienté, et je suis prêt à me battre pour elle. J'aime aussi la chrétienté pour une dernière raison: c'est la religion qui a inventé la liberté individuelle, ou en tout cas qui l'a permise après moult tâtonnements. Elle a préparé le terreau, y compris pour sa propre critique. Et c'est ce que je reproche aux laïcards ardents, qui ne comprennent pas que, s'ils peuvent cracher sur le Christ, c'est parce que la parole du Christ autorise le glaviot.

**J'adhère à la chrétienté comme structuration géographique et civilisationnelle. Avec le Christ, loin du christianisme, dans la chrétienté : c'est comme ça que je définis ma question de Dieu**

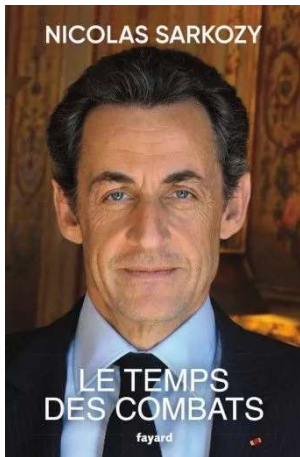
*Sylvain Tesson*

**N. S.** - Dieu n'a pas besoin de réponse. Il est bien au-delà du questionnement. Poser la question, c'est déjà faire preuve d'une espérance très forte. Régler la question, bien sûr que non. Mais je reconnais être fasciné par la figure de Jésus, qui a eu trois ans de vie publique et qui, vingt et un siècles après, irradie encore plusieurs milliards d'individus. Je ne pratique pas la même distance vis-à-vis de l'Église, car le mystère de Dieu nous dépasse tous et je comprends les religions et l'Église comme un manuel de l'espérance devant tant de questions sans réponse. Par ailleurs, je sais gré à l'Église de son rapport à la culture et à l'art. Culte et culture vont de pair. C'est un monde qui m'intéresse. Je n'ai pas la foi d'un Jean-Paul II, mais je suis culturellement attaché à nos racines judéo-chrétiennes. Je trouve accablantes les certitudes athées. J'aime à l'inverse le doute de la foi. Sans le doute, il n'y aurait pas de foi ; il y aurait simplement une croyance. J'ai eu une conversation avec Benoît XVI, que j'aimais beaucoup. Il a conclu notre long échange en disant: «Vous voyez, la foi est un choix raisonnable.» Je ne crois pas qu'il y ait une définition plus intelligente de cette question essentielle.

Enfin, je déplore que le beau, le sacré, l'âme aient disparu du vocabulaire politique et même public. Au motif que le beau est subjectif, on n'en parle plus, il est délaissé au profit du réglementaire. Au motif d'une république laïque, le sacré disparaît lui aussi. Et au motif de la proximité, l'âme, qui était omniprésente dans le discours politique quand il y avait des intellectuels chrétiens, est un mot qu'on n'emploie plus. Alors que, s'il y a bien une spécificité de l'être humain, c'est celle de l'âme. Ceux qui l'ont

fait disparaître se rendent-ils compte qu'en agissant ainsi on prend le risque d'occulter la spécificité première de l'homme?

---



Le Temps des combats, de Nicolas Sarkozy, Fayard, 560 p., 28 €..

*Fayard*



Blanc, de Sylvain Tesson, Gallimard, 240 p., 20 €. *Gallimard*



18 septembre 2023 (Le Figaro)

[«Les PowerPoint et les tableaux Excel croisés, c'est fini»: comment l'IA bouleverse le métier de consultant \(lefigaro.fr\)](#)

## «Les PowerPoint et les tableaux Excel croisés, c'est fini»: comment l'IA bouleverse le métier de consultant

Par [Claudia Cohen](#)

**ENQUÊTE - Dans les grands cabinets, les dirigeants s'attendent à une montée en gamme du consulting. Ce qui pourrait accélérer la concentration du secteur.**

*«On m'a dit, pour résumer, que ChatGPT pouvait faire mon travail, en moins bien certes mais à moindre coût. Et puis, j'ai été gentiment remerciée»,* raconte au *Figaro* Laura, une jeune consultante. En cette rentrée 2023, la mission de cette diplômée de l'Edhec au sein du siège social d'une grande banque française n'a finalement pas été renouvelée, faute de valeur ajoutée...

---

Face à la révolution de l'intelligence artificielle (IA) générative, un profond sentiment d'inquiétude et d'angoisse a commencé à s'installer dans les couloirs de son cabinet de conseil parisien où deux autres collaborateurs ont vu leur mission dans l'univers de la finance et de l'assurance brusquement arrêtées. Car, au fil du développement de ces outils technologiques accessibles depuis quelques mois aux entreprises et au grand public, la recherche comme la synthèse d'informations devient une commodité, promettant alors de bouleverser l'avenir de l'industrie du conseil. Et de terrasser, sur leur passage, quelques-uns de ces *«intermédiaires du savoir»*...

### Un modèle pyramidal

*«Les PowerPoint, les tableaux Excel croisés, les benchmarks primaires (analyses comparatives) et les comptes rendus de réunion, c'est fini!»,* martèle Paul, manager chez KPMG. *«L'IA sonne la disparition du "lounge" consulting: ces petites immersions de court terme chez un client pour facturer des prestations, finalement peu intellectuelles»,* abonde le trentenaire, qui a gravi les échelons au fil des années au sein de la prestigieuse structure. Dans l'Hexagone, les cabinets de conseil en stratégie constituent depuis des décennies l'une des voies d'entrée royales dans la vie active. Leur renom continue chaque année d'attirer les diplômés de grandes écoles de commerce et les ingénieurs, qui souhaitent jouir d'une forte employabilité à leur sortie. Dans ce modèle de carrière très pyramidale, les juniors savent qu'ils doivent passer les premiers mois par des tâches très répétitives et des horaires exorbitants afin d'espérer prendre un jour la place de leurs aînés.

**Une partie importante du travail qui est fait aujourd'hui par des juniors va être automatisée**

*Gianmarco Monsellato, président de Deloitte France*

*«Une partie importante du travail qui est fait aujourd'hui par des juniors va être automatisée»,* anticipe Gianmarco Monsellato, président de Deloitte France. Les algorithmes d'IA étant capables de traiter et d'analyser de grandes quantités de données de manière rapide, afin de modéliser les étapes de déduction d'un raisonnement. *«Nos jeunes équipes apprendront moins les bases du métier sur le terrain. Il faudra repenser en ce sens tous nos modèles de formation»,* estime ainsi le dirigeant. Ces dernières semaines, une partie des membres des Big Four (PwC, Deloitte, EY et KPMG), au même titre que les mastodontes McKinsey, Boston Consulting Group (BCG), Bain & Company ou Accenture, ont mis entre les mains de leurs consultants des outils d'IA génératives *«faits maison»* ou en partenariat avec Microsoft: ChatPwC depuis le mois de juin chez le Britannique PwC, où la moyenne d'âge ne dépasse pas les 28 ans, ou encore Lilli pour l'américain McKinsey.

«Avant, il fallait à un consultant deux à trois jours de travail de synthèse pour commencer à analyser un marché. Maintenant, avec Lilli, quelques heures suffisent! La productivité et la valeur ajoutée de l'équipe en sortent gagnantes», glisse Éric Hazan, directeur associé senior chez McKinsey, où près de 32.000 collaborateurs sur 45.000 utilisent désormais la plateforme au quotidien. De son côté, le BCG a entraîné un LLM (Large Language Model) à partir de sa manne de données accumulées au fil des trois dernières décennies...

L'usage de ces nouvelles technologies pourrait, par ailleurs, répondre à la vague de rébellion (ou prise de conscience tardive, selon les points de vue) qui a traversé la profession ces dernières années. Les jeunes diplômés qui font leur entrée dans le secteur acceptent moins d'être corvéables à souhait au seul nom du prestige... «L'infiltration de l'IA générative dans nos métiers est positive puisque les tâches répétitives sont moins attractives pour nos talents. Le jeune consultant ou juriste préférera se concentrer sur des missions à plus forte valeur ajoutée plutôt que d'éplucher des dizaines de contrats dans notre data-room», estime de son côté Christophe Desgranges, associé responsable des activités conseil en stratégie et management de PwC France et Maghreb. Le turnover au sein de ces structures demeure très élevé, les collaborateurs restant en moyenne trois à quatre ans dans un cabinet.

### **Mon cabinet anticipe qu'une partie de notre portefeuille clients pourrait se passer de nos services avec l'IA générative**

*Un consultant chez Sopra Steria*

## **L'humain et la machine**

À l'image de ses concurrents, EY a lancé en mai dernier une étude afin que chacun des responsables de ses métiers dans le conseil et l'audit (incluant les fiscalistes et les juristes) évalue de manière prioritaire les tâches des collaborateurs qui pourraient utiliser l'intelligence artificielle. Avant les premières conclusions et la mise en place du cadre légal européen toujours en discussion à Bruxelles, l'utilisation de ChatGPT pour la production de documents internes comme externes reste interdite.

«Demain, la grande question sera: aura-t-on besoin de moins de collaborateurs si nous sommes tous des consultants augmentés?», s'interroge Éric Fourel, président d'EY France. Cette année, EY a procédé dans le pays à plus de 2100 recrutements, tous métiers confondus. «À l'image des débats qui occupent aujourd'hui les universités, nous savons qu'il faudra pour l'avenir renforcer l'apprentissage de nos collaborateurs autour de l'esprit critique. Cette qualité intrinsèque à l'humain que la machine ne pourra jamais égaler», abonde le dirigeant.

«Mon cabinet anticipe qu'une partie de notre portefeuille clients pourrait se passer de nos services avec l'IA générative, confie un consultant chez Sopra Steria. Avec l'espoir de rattraper ce manque à gagner en multipliant nos missions de conseil auprès des entreprises sur leur propre utilisation de ces technologies!» Globalement, dans les grands cabinets, les dirigeants s'attendent à une montée en gamme du consulting. Ce qui pourrait accélérer la concentration du secteur, en laissant de côté les acteurs aux capacités financières plus limitées. «La barrière à l'entrée pour être capable de répondre aux nouvelles demandes des entreprises va être plus élevée», commente Nicolas de Bellefonds, directeur monde de l'activité IA de BCG.

À la recherche d'un nouveau modèle, la bataille entre les géants du conseil se déportera également sur le terrain des talents, à l'heure où chacun tente de séduire de nouveaux profils spécialistes de la cybersécurité ou des hackers éthiques, également très prisés des Gafam, des gouvernements et des start-up. «Plus que jamais, seules les élites qui sortiront des cinq meilleures écoles de commerce de France et des fleurons en ingénierie profiteront de ce mouvement», s'inquiète Myriam, une diplômée de la Toulouse Business School (TBS), dont la candidature à des postes de consultant ne cesse d'être rejetée. «Mon école m'a conseillé de commencer à regarder des opportunités dans le

*secteur du marketing, même si les rémunérations sont en moyenne moins généreuses», conclut la jeune femme.*

17 septembre 2023 (The Financial Times)

[AI and the next great tech shift | Financial Times](#)

FT Books Essay

## AI and the next great tech shift

From technology containment to political power and digital regulation, three books about the artificial intelligence revolution

When the South Korean political activist Kim Dae-jung was jailed for two years in the early 1980s, he powered his way through some 600 books in his prison cell, such was his thirst for knowledge. One book that left a lasting impression was *The Third Wave* by the renowned futurist Alvin Toffler, who argued that an imminent information revolution was about to transform the world as profoundly as the preceding agricultural and industrial revolutions. “Yes, this is it!” Kim reportedly exclaimed. When later elected president, Kim referred to the book many times in his drive to turn South Korea into a technological powerhouse. Forty-three years after the publication of Toffler’s book, another work of sweeping futurism has appeared with a similar theme and a similar name. Although the stock in trade of futurologists is to highlight the transformational and the unprecedented, it is remarkable how much of their output appears the same. The chief difference is that *The Coming Wave* by Mustafa Suleyman focuses more narrowly on the twin revolutions of artificial intelligence and synthetic biology. But the author would surely be delighted if his book were to prove as influential as Toffler’s in prompting politicians to action. As one of the three co-founders of DeepMind, the London-based AI research company founded in 2010, and now chief executive of the AI start-up Inflection, Suleyman has been at the forefront of the industry for more than a decade. *The Coming Wave* bristles with breathtaking excitement about the extraordinary possibilities that the revolutions in AI and synthetic biology could bring about. Containment is not, on the face of it, possible. And yet for all our sakes, containment must be possible. Mustafa Suleyman AI, we are told, could unlock the secrets of the universe, cure diseases and stretch the bounds of imagination. Biotechnology can enable us to engineer life and transform agriculture. “Together they will usher in a new dawn for humanity, creating wealth and surplus unlike anything ever seen,” he writes. But what is striking about Suleyman’s heavily promoted book is how the optimism of his will is overwhelmed by the pessimism of his intellect, to borrow a phrase from the Marxist philosopher Antonio Gramsci. For most of history, the challenge of technology has been to unleash its power, Suleyman writes. Now the challenge has flipped. In the 21st century, the dilemma will be how to contain technology’s power given the capabilities of these new technologies have exploded and the costs of developing them have collapsed. “Containment is not, on the face of it, possible. And yet for all our sakes, containment must be possible,” he writes. Suleyman’s worry list is long and partly interconnected. AI can empower disinformation and cyberwarfare on an industrial scale, direct swarms of killer drones against civilian targets and result in massive economic disruption and job churn. Synthetic biology can be exploited to create deadly low-cost pathogens. Governments have largely failed to understand these technological threats, let alone prepare their societies for the scale of this turmoil. But Suleyman admits the tech industry has also failed to pay due care and attention to the collateral damage caused by their products, which has contributed to a widening of economic inequality and an erosion of trust in democracy. “I regard the often dismal picture painted in the following chapters as a titanic failure of technology and a failure of people like me who build it,” he writes. But having adopted the ethos of the West Coast, where he now lives, his failure is clearly regarded as a badge of honour rather than a disqualification to be taken seriously. Given the technological wave that is about to crash over us, the ordinary reader might conclude, like many technologists in a recent open letter, that we should pause development of leading-edge generative AI models until we are better prepared. “Absolutely not,” Suleyman responds. “Make no mistake: standstill in itself spells disaster.” Solving climate change or raising living standards or improving education is apparently only going to happen if new technologies are part of the package, he asserts. Filled with sweeping

generalisations and extreme prognostications, parts of Suleyman's book reads like a ChatGPT rewrite of Yuval Noah Harari's history of the future, *Homo Deus*. And, in truth, most of the issues explored in the early sections of this book have been examined elsewhere with greater insight and in less extravagant prose. If you want a more nuanced view of the challenges of controlling AI, then try Stuart Russell's *Human Compatible* (2019). For gene editing, read *A Crack in Creation* (2018) by the Nobel laureate Jennifer Doudna. And for the geopolitical implications of AI, the veteran diplomat Henry Kissinger's *The Age of AI* (2021) is a more authoritative source. For hundreds of years we have been building artificial versions of ourselves, endowed with superhuman powers and designed to rescue us from our all-too-human limitations. David Runciman's book is most valuable in the concluding section, in which he outlines 10 steps towards possible containment. His suggestions would provide a useful primer for any official attending the British government's forthcoming conference on AI governance at Bletchley Park, even if they marginalise some of the issues flagged by ethics researchers. Some of Suleyman's recommendations are technical, sensible and readily implementable. At present, fewer than 1 per cent of the world's 30,000 plus AI researchers work on safety issues. Tech companies and universities should indeed invest more in this area, as Suleyman urges them to do. It would also help if greater efforts were made to scrub the data sets used to train AI models for inherent societal biases and focus more on the explainability and corrigibility (the ability to correct errors) of these models. If possible, it would make sense to build "bulletproof off switches" into synthetic biology, robotics and AI systems. The industry would also benefit from external, expert auditors. Profit-seeking companies, who are driving the technology, might also take a broader view of their societal responsibilities if they were to reincorporate as "global interest companies" as, intriguingly, he notes DeepMind once considered. The experimental Kratos XQ-58 unmanned combat aerial vehicle at Eglin Air Force Base, Florida, in July © New York Times/Redux/Eyevine A Stout smart mechanical cultivator, which uses machine vision and AI to cultivate and weed fields using mechanical blades, in a lettuce field in California © Reuters Governments could play an important role to play by restricting access to the leading-edge chips that power state-of-the-art AI models and banning open-source AI models outright for fear they may be abused by bad actors. Unlike many US-based technologists, Suleyman welcomes the EU's forthcoming AI Act, flawed as it is, for having the right focus and ambition in classifying risks to users. International treaties will be needed to write new rules of war. Civil society will be instrumental in holding the tech companies to account and shaping new norms for gene editing. There is no shortage of activity in some of these areas. The OECD's policy observatory counts no fewer than 800 AI policies across 60 countries in its database. But Suleyman is right to stress the importance of co-ordination and coherence. And that revolves around human agency and the messy art of politics. How AI will itself transform politics is the subject of *The Handover* by David Runciman, professor of politics at Cambridge university. Runciman's ingenious argument is that AI does not represent anything fundamentally new when viewed through the prism of political science. The process of ceding power to inhuman external entities has been going on for centuries. "For hundreds of years now we have been building artificial versions of ourselves, endowed with superhuman powers and designed to rescue us from our all-too-human limitations," he writes. "The name for these strange creatures is states and corporations." In this sense, he argues, these two institutions are the forerunners of AI. In describing the Leviathan, the English philosopher Thomas Hobbes was the first to identify the state as a "mortal God" or an "artificial man". Or, to use the modern parlance of AI, the state is an artificial neural network, suggests Runciman. States and corporations can be best viewed as social machines. Not for nothing do we talk about the machinery of government that outlasts elected governments. In Runciman's telling, these inhuman agencies have played an extraordinary role in helping humanity realise its collective goals, adjudicate between competing societal interests and satisfy consumer demands. It was these institutions that enabled the great acceleration of the industrial revolution. They have since become repeatable, mechanical and adaptable. "One way to sum up what changed is that we swapped an arbitrary existence for an artificial one," he writes. The global battle for the future will be waged between techno-democracies and techno-autocracies, Anu Bradford argues. But, as we know, states and corporations can also be turned to terrible, or perverse, outcomes, especially when their survival comes under threat. Consider the murderous intent of the Nazi and Soviet states or the fact that 100 companies account for 71 per cent of global industrial greenhouse gas emissions generated since 1988.

There is much to enjoy about Runciman's book. It is certainly a well-informed and provocative read about the essence of political power. But in parts it reads like a Cambridge seminar that has run out of control after a few too many sherries. Runciman argues that states and corporations brought about humanity's First Singularity, referring to the theoretical term used by technologists to describe a runaway super intelligence and a loss of human control. AI might therefore be better described as the Second Singularity. However, the critical distinction, that Runciman does not fully explore, is that states and corporations are still animated by human actors and cannot exercise agency on their own. The fear about the Second Singularity, if it ever happens, is that an AI might assume so much agency as to render humans obsolete. Both books, though, suffer from a massive blind spot in that China, one of the world's two technology superpowers, is mostly offstage. It is clear that the Chinese Communist party has a very different model of development to western democracies and is intent on keeping the state, corporations and AI under its control. That shortcoming is addressed in a thoroughly researched academic tome by Anu Bradford in *Digital Empires*, which compares and contrasts the three competing regulatory regimes in the US, Europe and China. As Bradford describes it, the US has pioneered a largely market-driven model of technological development encouraging the emergence of globally dominant companies. By 2021, the combined market capitalisation of Apple, Alphabet, Microsoft and Meta exceeded the value of the 2,000 companies listed on the Tokyo Stock Exchange. But Bradford, a professor at Columbia Law School, is unsparing in her criticisms of the failings of this approach and pleas for stronger privacy, data protection and antitrust laws. She is also critical of China's state-driven regulatory regime. In her view, China has succeeded in converting the internet from a tool for advancing democracy into one that services autocracy and has been exporting that model abroad. Beijing has now prioritised the development of deep tech, such as AI, quantum computing and synthetic biology, to spur its economic development. But it also uses facial recognition technology and data processing techniques to surveil its citizens at mass scale to maintain social control. Recommended The Big Read The global race to set the rules for AI Between these overly permissive and overly oppressive regimes, the Finnish-American Bradford contends that the EU has mostly got it right in emphasising a rights-driven approach and becoming the global norm for data privacy and, soon, AI regulation. She strongly rejects the argument that the EU's regulation has stifled technological innovation. Europe's poor record in building globally relevant tech companies owes more to the incompleteness of the single market, its lack of dynamic capital markets and a poverty of ambition, she argues with much merit. Bradford's big hope is that the US and Europe can blend their two approaches to produce a tech industry that is both dynamic and appropriately regulated. The global battle for the future will, she argues, be waged between techno-democracies and techno-autocracies. That is not a battle that the US or the EU — or any liberal democracy — can afford to lose.

**The Coming Wave: AI, Power and the Twenty-First Century's Greatest Dilemma by Mustafa Suleyman with Michael Bhaskar Bodley Head £25/ Crown \$32.50, 352 pages**

**The Handover: How We Gave Control of Our Lives to Corporations, States and AIs by David Runciman Profile Books £20/ Liveright \$30, 336 pages**

**Digital Empires: The Global Battle to Regulate Technology by Anu Bradford Oxford University Press £30.99/\$39.99, 352 pages**

17 septembre 2023 (The Economist)

[Europe, not America, is now Ukraine's largest backer \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Daily chart

## Europe, not America, is now Ukraine's largest backer

### Commitments from the EU and its member states are worth almost twice as much as those from America

Sep 11th 2023

In an interview with *The Economist* on September 8th Volodymyr Zelensky, Ukraine's president, said he had sensed a [change of mood](#) among some of his country's backers. Promises of support for "as long as it takes" were beginning to ring hollow; some allies might see Ukraine's [sluggish counter-offensive](#) as a reason to push for negotiations with Russia. A day after the interview, leaders at the G20 summit in Delhi issued a joint declaration in which language about the conflict had been watered down.

Still, rather than finely tuned statements, what Ukraine really needs from its allies is financial and military aid. The latest analysis from the Kiel Institute for the World Economy, a German think-tank that tracks international backing for Ukraine, finds that donors pledged some €237.9bn (\$256bn) of support between January 24th 2022, one month before the war began, and July 31st 2023. The vast majority came from America and the institutions and member states of the European Union. However, the balance between those donors is changing (see chart).

For much of the war America has been Ukraine's [most generous](#) backer. But aid from the EU, including long-term pledges, has grown to almost double America's sum, at €131.9bn since January 2022 compared with €69.5bn. Add non-EU European countries like Britain and Norway, and the gap grows yet wider.

The discrepancy results from a difference in approach. America's and Europe's short-term commitments—support for one year or less—are roughly equivalent. Yet European donors are increasingly pledging multi-year aid packages. For instance, the EU's "Ukraine Facility", a €50bn budgetary-support programme, lasts until 2027. Germany has pledged €10.5bn of military support, to be delivered between 2024 and 2027. And Norway has set up a €6.5bn fund to provide military, humanitarian and economic help to Ukraine for the next five years. Pledges are different from delivery—and some European promises are conditional on Ukraine's government meeting certain obligations.

America remains vital. The amounts totted up by the institute cover financial, humanitarian and military aid. All are crucial. But when it comes to the weapons and munitions that make a difference on the battlefield, America still dwarfs its European peers. Its military pledges stood at €42.1bn by the end of July, more than double those of Germany, Europe's largest military donor (see chart two).

America's short-termism creates uncertainty. Several nominees in the Republican presidential primary have suggested that America should rethink its support for Ukraine. Mr Zelensky told *The Economist* that he thought the favourite to win that nomination, Donald Trump, would "never" provide such an obvious boon to Vladimir Putin, Russia's president. [European partners](#) are less convinced.

17 septembre 2023 (NZZ)

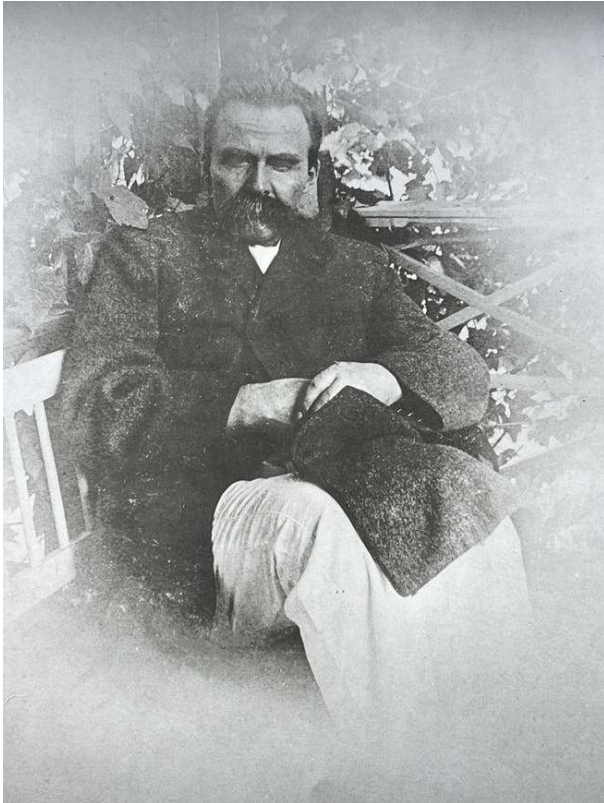
[Friedrich Nietzsche: In Weimar sind letzte Lebensspuren zu besichtigen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Seine letzten Lebensjahre verbrachte Friedrich Nietzsche bei seiner Schwester. Sie stilisierte ihn zum Märtyrer und verfälschte sein Werk

Wenn Gäste kamen, wurde Nietzsche im weissen Priestergewand vorgeführt. Die Jahre nach seinem geistigen Zusammenbruch bis zu seinem Tod lebte der Philosoph bei seiner Schwester in Weimar.

Paul Jandl

17.09.2023, 05.30 Uhr 6 min



Friedrich Nietzsche in der Pergola im Haus seiner Mutter in Naumburg im Jahr 1894.

Getty

Was die DDR von Nietzsche hielt? So wenig, dass man sogar das berühmte Totenbett des Philosophen zu Kleinholz machte. Ein geschnitzter Teil vom Haupt des Möbels ist noch übrig. Der Rest ging in einem Staat verloren, der mit gründlicher Schlamperei gegen das Gedenken an den philosophischen Klassenfeind ankämpfte.

Seine letzten Jahre hat Friedrich Nietzsche in der Weimarer Villa Silberblick verbracht. Von 1897 bis zu seinem Tod im Jahr 1900 lebte er in Umnachtung und zwischen altdeutschem Mobiliar. Man kann es jetzt in der Ausstellung «Nietzsche privat» des Museums Neues Weimar sehen: dunkel gestrichene Schränke, Tische, Regale. Der «Grossvaterstuhl», in dem Nietzsche früher im Schlafrock gearbeitet hatte.



Und dann ist da auch noch ein abgenutzter Armlehnstuhl des Biedermeier. Ins Leder ist eigens eine kreisrunde Öffnung eingeschnitten. So konnte der Schöpfer des «Zarathustra» sein Geschäft in bequemer Umgebung erledigen.

## Eine lebende Attraktion

Friedrich Nietzsche, dem Ästheten des Geistes, war das Wohnen ziemlich egal. In seinen philosophisch produktivsten Jahren war er unterwegs und ist am Ende in eine Zone deutschen Angedenkens übersiedelt worden, die ganz nach den Wünschen der Schwester eingerichtet war. Elisabeth Förster-Nietzsche brachte ihn nach Weimar und begann, den Bruder schon zu seinen Lebzeiten zu musealisieren.

Die Stadt hatte mit Goethe und Schiller zwei berühmte Tote, das Haus Silberblick aber eine gerade noch lebende Attraktion. Man sah Nietzsche in der Gartenlaube oder auf der Veranda. Wenn Gäste kamen, wurde er von seiner Schwester in ein weisses, priesterhaftes Gewand gesteckt und im Rollstuhl vorgefahren. Nach mehreren Schlaganfällen hatte sein Gesicht einen Ausdruck zwischen Milde und Tiefe.

Es gibt Hans Oldes faszinierende Fotos, Zeichnungen und Gemälde des müde dahindämmernden Denkers, in denen der Philosoph als Märtyrer der eigenen Geisteskraft porträtiert ist. Unüberschaubar ist das Defilee von Nietzsche-Fans, die später die Aura eines Besuchs in der Villa beschreiben.

[Der Schriftsteller Harry Graf Kessler](#), ein Freund der Familie, würdigt angesichts des im Bett liegenden Kranken die «ganz kolossale Stirn» und die ins Gesicht «vom Denken und Wollen eingegrabenen Falten». Schwül hängt bei Kessler ein Gewitter über der Landschaft, während Elisabeth Förster-Nietzsche an diesem Augusttag 1897 den Bruder kosend beruhigt und «Liebling, Liebling!» ruft.

Es ist der grosse Nietzsche-Film, den das ausgehende 19. Jahrhundert braucht. Ein Epochenende. Bilder des Zusammenbruchs. Kaum jemand ist dafür so gut geeignet wie der Philosoph des theatralischen geistigen Neuanfangs. In der Villa Silberblick wird bis zum Schnurrbart Nietzsches alles sakral.

Die wie eine Priesterin auftretende, stets schwarz gekleidete Schwester befördert den Kult nach Kräften und kompiliert später das Werk in eine Richtung, die zu Mussolinis Faschismus und zu Hitlers Nationalsozialismus passt. Es gibt ein Foto von einem Besuch Adolf Hitlers in der Weimarer Villa im Jahr 1932. Klein steht der Führer neben einer Nietzsche-Büste mit überlebensgrossem Kopf.

## Die rabiate Schwester

Das Museum Neues Weimar hat das Pathos der Philosophenikonografie aus seiner Ausstellung verbannt. Was hier zu sehen ist, wirkt wie aus dem Depot und ist gar nicht einmal richtig eingepackt. Nietzsche-Büsten, Tischuhren, Medizinfläschchen in der Kiste. Der transportgesicherte Rollstuhl des Patienten. Die Möbel sind im abgeschabten Originalzustand. Wurmstichig widersetzen sie sich der blitzblanken Klassikerkultur, die sonst in Weimar üblich ist.

Der Zustand der Möbel ist ein Symptom, das die Ausstellung nicht näher kommentiert, sondern ironisiert. Es hat mit dem Anti-Nietzsche-Kult zu tun, den die DDR bis ans Ende ihrer eigenen Existenz gepflegt hat. Der Philosoph blieb verpönt und wurde von einem Staat beschwiegen, der sich nicht die Mühe machte, zwischen den witwenhaften Umtrieben der Schwester und dem tatsächlichen Werk Nietzsches zu unterscheiden.



Ohrensessel von Friedrich Nietzsche .

© Klassik Stiftung Weimar



Hersteller unbekannt, Nietzsches Kabinettsschrank auf Sockel mit Klauenfüßen, um 1630 (?).

© Klassik Stiftung Weimar

Mit ihrem Mann hatte Elisabeth Förster-Nietzsche in den 1880er Jahren in Paraguay die antisemitisch-rassistische Kolonie Nueva Germania betrieben. Nach dem Scheitern des Projekts und dem Selbstmord ihres Mannes suchte sie ihr Neues Deutschland in Friedrich Nietzsches Philosophie. Als schillerndes Doppelwesen der Werk- und Menschenpflege geistert die Schwester noch heute durch die Nachwelt, fristet ein Dasein zwischen halber Rehabilitation und völliger Verdammung.

Wurde Friedrich Nietzsche doppelt missbraucht? Von der Schwester und von den Ideologien, die sich in Deutschland ab den zwanziger Jahren breit machten? **Wer ihn liest, findet den Anti-Antisemiten, den Anti-Nationalen, aber auch den geistesaristokratisch unsozialen Haudrauf.**

Für den selbsterklärten ostdeutschen Antifaschismus war klar, dass zwischen Nietzsche und die Nazis kein Blatt passte. Dem Propagandisten des Übermenschen wurde vorgeworfen, Material für den späteren Rassenwahn und die Kriegslust Hitlers geliefert zu haben. **Otto Grotewohl, ab 1949 Ministerpräsident der DDR, bezeichnete die SS-Schergen als «Kinder Zarathustras» und Nietzsche als Vordenker der «faschistischen Reaktion».**

Biedere DDR-Kulturbeamte radierten unterdessen die Präsenz des Philosophen in Weimar aus. Die Nietzsche-Strasse wurde umbenannt. Die Signatur «Nietzsche-Archiv» auf der Villa Silberblick wurde entfernt. Gegen die «Analphabeten der Nazis», die sich auf Nietzsche berufen, hat Kurt Tucholsky 1932 polemisiert: Sie seien «wohl nur deshalb unter die hitlerischen Schriftsteller aufgenommen worden», weil «sie einmal einem politischen Gegner mit dem Telefonbuch auf den Kopf gehauen haben». Die Qualifikationen der stalinistischen Kulturbewahrer der DDR waren wohl auch nicht viel besser. Oder man hatte Nietzsche, ganz im Gegenteil, sehr genau gelesen.

Im intellektuellen Steinbruch des Philosophen findet sich Raunendes und Erratisches genauso wie irritierend Hellsichtiges. **Im Aphorismus 473 aus «Menschliches, Allzumenschliches» findet sich eine Skizze genau jenes realen Sozialismus, wie ihn die DDR siebzig Jahre später verwirklichen sollte.**

Nietzsche schreibt: **«Der Sozialismus ist der phantastische jüngere Bruder des fast abgelebten Despotismus, den er beerben will; seine Bestrebungen sind also im tiefsten Verstande reaktionär. Denn er begehrt eine Fülle der Staatsgewalt, wie sie nur je der Despotismus gehabt hat, ja er überbietet alles Vergangene dadurch, dass er die förmliche Vernichtung des Individuums anstrebt, als welches ihm wie ein unberechtigter Luxus der Natur vorkommt und durch ihn in ein zweckmässiges Organ des Gemeinwesens umgebessert werden soll.»** Das Hauptmittel des solcherart beschriebenen realen Sozialismus heisst laut Nietzsche: **Terrorismus.**

## Ostdeutsche Cancel-Culture

Dieser Sprengstoff steckt im Werk des Philosophen, und tatsächlich dauert die Entschärfung des Nietzsche-Problems in der DDR bis ans Ende der achtziger Jahre. Noch 1987 erscheint in der Zeitschrift «Sinn und Form» ein Angriff gegen den Thüringer Denker ganz im Sinne der SED: «Den Mann für nicht zitierfähig zu halten, sollte zu den Grundregeln geistiger Hygiene gehören. Für die Orientierung in der Welt von heute und morgen ist nichts verderblicher, als aus ihm Belehrungen schöpfen zu wollen.»

Das ist die ostdeutsche Cancel-Culture, gegen die sich wachsender und pragmatischer Widerstand regt. Ebenfalls in «Sinn und Form» erscheint ein Gegentext, der den «vertrauten inländischen Knaster» der Nietzsche-Gegner angreift.

Es gibt auch Stimmen, die auf geänderte globale Kommunikationsmöglichkeiten aufmerksam machen. Lange werde man den Philosophen nicht mehr einfach so als Konterrevolutionär und als Faschismusvorläufer hinstellen können. **Tatsächlich hatten in den fünfziger und sechziger Jahren in Westdeutschland und Italien Revisionen des Werks stattgefunden, die auch die Fälschungen durch die Nietzsche-Schwester aufdeckten.**

Die Nietzsche-Lügen waren durch eine grosse ausländische Entzifferungsaktion dekonstruiert worden. In der Stille des DDR-staatseigenen Goethe- und Schiller-Archivs in Weimar hatten die beiden italienischen Literaturwissenschaftler **Mazzino Montinari und Giorgio Colli** in den sechziger Jahren Nietzsches fast unleserliche Handschrift zu lesen gelernt. Ab da gab es einen originalen Nietzsche.

Dass er wohl ewig ein «Missverständnis» bleiben werde, hat der deutsche Philosoph befürchtet. Immerhin hat das Nachwende-Weimar einiges getan, um sein Werk aus den Düstersonen falschen Gebrauchs herauszuführen. Die Ausstellung «Nietzsche privat» zeigt Fotos, in denen die Villa Silberblick im Zustand der allerersten Musealisierung zu sehen ist. Über Nietzsches Totenbett hängen Kränze, auf den Tischen stehen sorgsam arrangiert die Medizinfläschchen. Alles auf den Fotos ist so, wie es angeblich war. Nietzsches schäbige Möbel, sein in der Ausstellung zu sehender Nachtopfsessel, der Rollstuhl und ein grotesker Schnörkelleuchter sind dagegen doppelt wahr.

**Nietzsche privat. Eine (un)mögliche Ausstellung. Museum Neues Weimar, bis 15. Januar 2024 (kein Katalog).**

17 septembre 2023 (Le Monde)

[Nouvelle donne pour le processus d'intégration des Balkans occidentaux à l'Union européenne \(lemonde.fr\)](https://www.lemonde.fr)

## Nouvelle donne pour le processus d'intégration des Balkans occidentaux à l'Union européenne

Par [Jean-Baptiste Chastand](#) (Vienne, correspondant régional) Publié aujourd'hui à 04h30, modifié à 06h05



SERGEY PONOMAREV / NYT-REDUX-REA

Enquête La guerre en Ukraine et la candidature de Kiev poussent Bruxelles à relancer le processus, enlisé depuis des années, d'adhésion des Balkans occidentaux : Macédoine du Nord, Monténégro, Serbie, Albanie, Bosnie et Kosovo. Au nom d'intérêts géopolitiques, les critères d'Etat de droit pourraient être assouplis.

Chaque année, fin août, la petite Slovénie, qui fait figure de modèle parmi les anciens membres de l'ex-Yougoslavie avec sa santé économique insolente et son adhésion à l'Union européenne (UE) obtenue dès 2004, a pris l'habitude de réunir les dirigeants et les experts de la région pour le Forum stratégique de Bled. Bordée d'un magnifique lac, cette ville au pied des Alpes est devenue le réceptacle des plaintes sans lendemain sur l'impasse du processus d'élargissement de l'Union aux pays des Balkans occidentaux.

Mais, en cet été 2023, [Charles Michel, le président du Conseil européen, est venu avec une bonne nouvelle](#). Constatant que la guerre en Ukraine « a de lourdes conséquences pour l'avenir de notre continent », il a affirmé que l'UE « doit renforcer ses liens et devenir plus puissante ». « C'est pourquoi le temps est venu de relever le défi de l'élargissement », a-t-il ajouté, en précisant : « Je pense que nous devons être prêts, de part et d'autre, à un élargissement d'ici à 2030. »

Une date. Beaucoup n'osaient plus y croire. Satisfaits, mais prudents, les chefs de gouvernement des six pays candidats des Balkans n'ont pas caché en retour leur crainte que cette échéance soit surtout destinée à satisfaire le dernier arrivé des candidats à l'UE, déjà propulsé en tête de la liste : l'Ukraine. Depuis l'invasion russe, en février 2022, Kiev brûle les étapes. Reconnue « candidate » dix mois plus tard, elle pourrait commencer les négociations dès la fin 2023 en bénéficiant d'un soutien politique inédit au sein de l'UE.

Cet entrain, les Balkans l'ont, eux, perdu depuis bien longtemps, au fil de l'étirement de leur interminable processus d'adhésion : la Macédoine du Nord est officiellement « candidate » depuis 2005, le Monténégro depuis 2010, la Serbie depuis 2012 et l'Albanie depuis 2014. La Bosnie a péniblement décroché ce statut fin 2022, après une demande déposée en 2016. Quant au Kosovo, il ne sait même pas s'il parviendra à l'obtenir un jour, en raison du refus persistant de la Serbie et de cinq pays membres de l'UE (l'Espagne, la Grèce, la Roumanie, la Slovaquie et Chypre) de reconnaître son indépendance.

### Des discussions sans fin

Avec le sens de l'humour et de la formule qui le caractérise, le premier ministre albanais, Edi Rama, s'est demandé à la tribune, à Bled : « *Qui devrait attaquer qui, entre nous, pour obtenir l'adhésion plus vite que l'Ukraine ?* » En référence aux nombreux conflits identitaires qui minent la région, il a avancé que « *la Bulgarie pourrait facilement attaquer la Macédoine du Nord ; la Croatie pourrait facilement attaquer la Serbie ; la Serbie pourrait attaquer le Kosovo ; la Bosnie pourrait s'attaquer elle-même sans problème. Je suis sûr que si l'on demande aux Grecs de nous attaquer [les Albanais], ils le feraient avec plaisir. Et le Monténégro pourrait jouer le mort sur la plage. Et, ainsi, nous serions tous prêts à monter dans le train avec l'Ukraine.* »

La blague a déclenché les rires de l'assemblée, mais elle n'était qu'une demi-plaisanterie, tant les pays des Balkans se sont persuadés, année après année, que seul un retour de la violence pourrait enfin réveiller l'intérêt de l'Union européenne pour une région certes déshéritée et dépeuplée, mais qui reste géographiquement en son cœur. Dénonçant le « *processus sans fin* » des discussions d'adhésion, la première ministre serbe, Ana Brnabic, a ainsi rappelé que pour les Balkans l'adhésion serait moins un « *élargissement* » qu'un « *englobement* ». « *Nous sommes déjà entourés de tous les côtés par les pays de l'UE* », a-t-elle constaté, marquant en creux une différence notable avec l'Ukraine.

Vingt ans plus tôt, pourtant, l'atmosphère était à l'optimisme. En juin 2003, à Thessalonique, en Grèce, se réunissaient tous les dirigeants du Vieux Continent, à quelques mois du premier élargissement à l'Est, avec l'entrée de dix nouveaux membres (Chypre, Malte et huit pays d'Europe centrale et orientale : République tchèque, Estonie, Hongrie, Lettonie, Lituanie, Pologne, Slovaquie et Slovénie). A l'époque, la question ne semblait pas être de savoir si les pays balkaniques rejoindraient l'UE, mais quand.

## « L'Ukraine, un monstre à absorber »

Lors de ce sommet, censé entériner les nouvelles frontières européennes héritées de la fin de la guerre froide, l'UE avait ainsi réaffirmé, dans une déclaration solennelle, « *son soutien sans équivoque à la perspective européenne* » de cinq pays des Balkans occidentaux, qui n'avaient pas encore, à cette date, amorcé leurs discussions d'adhésion. A peine sorties de dictatures communistes et, pour certains, des sanglantes guerres ethniques qui ont mené à l'effondrement de la Yougoslavie, l'Albanie, la Bosnie-Herzégovine, la Croatie, la Macédoine et la Serbie affirment, en retour, avoir « *hâte* » de « *relever ce grand défi* ».

Aujourd'hui, la région compte deux pays de plus – le Monténégro et le Kosovo, qui ont déclaré leur indépendance respectivement en 2006 et 2008 –, mais un seul a réussi à « *relever le défi* » de l'adhésion : la Croatie. Membre de l'UE depuis 2013, elle s'est aussi glissée dans la zone euro et dans l'espace de libre circulation Schengen, en janvier. Mais, excepté ce succès croate, de l'aveu général, les négociations patinent.

Ensemble, les six pays restants comptent moins de 20 millions d'habitants, contre plus de 40 millions pour l'Ukraine. Ils occupent une superficie totale représentant à peine plus d'un tiers de celle du territoire ukrainien. Et, Kosovo mis à part, leur PIB par habitant est largement supérieur à celui de l'Ukraine, même si celui du Monténégro, pays le plus riche des « six des Balkans », atteint à peine 50 % de la moyenne de l'UE. Le coût de leur adhésion représenterait un budget annuel supplémentaire pour l'UE de 3,76 milliards d'euros, selon le Centre d'étude des politiques européennes (CEPS). Un montant que ce cercle de réflexion installé à Bruxelles qualifie de « *négligeable* ». En comparaison, « *l'Ukraine est un monstre à absorber* », estime Pierre Mirel, ancien diplomate, qui a travaillé, de 1997 à fin 2013, sur les questions d'élargissement au sein de la Commission européenne.

## Une longue liste de reproches mutuels

Comment, alors, expliquer cet échec balkanique ? De la longue liste de reproches mutuels que s'adressent Bruxelles et les capitales de la région, il ressort un constat commun : le processus a déraillé au début des années 2010, lorsque des reculs démocratiques sont apparus dans l'UE – en Hongrie et en Pologne – et dans les Balkans, et ce, après une crise financière historique qui a profondément divisé l'Europe. « *Notre système était bâti sur la croyance que la démocratie et l'économie de marché avaient gagné et qu'il suffisait d'utiliser pour*

*les Balkans le même modèle d'élargissement qu'on avait utilisé en Europe centrale, se remémore Pierre Mirel. Mais on s'est plantés, car ces pays sortaient d'une guerre et d'une histoire très compliquée entre eux. »*

Après avoir concédé de véritables efforts au début des années 2000, les dirigeants de la région ont progressivement stoppé les réformes requises. En Serbie, principal pays des « six » avec ses 6,6 millions d'habitants, le nouvel homme fort, Aleksandar Vucic, arrivé au pouvoir en 2014 en promettant de mener son pays vers l'adhésion, cesse de se rapprocher des standards européens. Il développe notamment un empire médiatique à sa botte et entretient une politique étrangère ambiguë à l'égard de Moscou. Sous les différents mandats de l'actuel président serbe, « *il y a eu un affaiblissement organisé des compétences administratives* », critique Milena Mihajlovic, qui s'est longtemps consacrée aux questions d'adhésion dans les ministères serbes. En Albanie, Edi Rama, premier ministre depuis 2013, applique à peu de chose près les méthodes d'Aleksandar Vucic.

Pour M<sup>me</sup> Mihajlovic, devenue experte au sein du Centre de politique européenne, installé à Belgrade, cette dérive « *s'est produite plus ou moins au moment où l'Union européenne a montré qu'elle ne suivait pas sérieusement et activement la politique d'élargissement. Qui était l'œuf, qui était la poule ? Je ne peux pas le dire, mais il y a eu une interaction entre ces facteurs domestiques et européens* ». « *L'UE a manqué de vision* », blâme Jovana Marovic, une activiste monténégrine pro-UE qui fut brièvement ministre des affaires européennes en 2022, avant de jeter l'éponge : « *Par ailleurs, j'ai été trop naïve face aux partis politiques de mon pays, qui n'ont fait que défendre leurs propres intérêts.* »

## **Les Emirats arabes unis multiplient les méga-projets**

Comme elles, de nombreuses personnalités volontaristes et pro-européennes de la région se sont cassé les dents sur ce processus qui n'avance plus. Bien que toujours majoritairement favorables à l'UE, les opinions publiques locales se sont lassées. Le cas de la Macédoine a laminé la crédibilité de Bruxelles. Après avoir fait des efforts considérables, allant jusqu'à changer son nom en « Macédoine du Nord » à la demande de la Grèce, Skopje s'est retrouvé bloqué sur la voie de l'adhésion par la Bulgarie, au nom d'obscurs conflits historiques. Ce dossier a servi de symbole pour tous ceux qui entendaient démontrer que l'UE n'était plus sincère dans sa volonté d'élargissement, y compris avec les « bons élèves ». Le processus de négociation est devenu un jeu de dupes, notamment autour de la très sensible question de l'Etat de droit.

A la différence des élargissements précédents, ce sujet a été élevé, pour les Balkans, au premier rang des critères d'adhésion – dits « de Copenhague » –, avec pour objectif de rassurer les pays membres les plus réticents, comme les Pays-Bas ou la France, qui estimaient que la Bulgarie et la Roumanie avaient été intégrées bien trop tôt à l'UE, en 2007, en dépit de leurs systèmes judiciaires notoirement déficients. Ainsi, alors que le Monténégro paraissait comme le plus avancé dans le processus d'adhésion, seuls trois chapitres de négociation sur trente-cinq ont été clôturés à titre provisoire, en treize ans de négociations. L'indépendance du système judiciaire monténégrin demeure un obstacle quasi insurmontable, dans ce pays où la mafia est infiltrée au plus haut niveau de la magistrature et de la police. Seules les récentes victoires électorales d'un nouveau parti pro-européen, Europe maintenant, laissent espérer que Podgorica puisse répondre aux exigences de Bruxelles.

La dilution de toute perspective européenne a progressivement laissé la place à d'autres acteurs géopolitiques. La Russie, d'abord, qui a pu entretenir à peu de frais sa capacité d'influence en soutenant un nationalisme serbe toujours aussi déstabilisant pour ses voisins. La Chine, elle, a employé sa méthode habituelle. Les investissements de Pékin, financés par des prêts sans condition politique, et l'arrivée de milliers de travailleurs chinois bon marché ont permis de construire rapidement des autoroutes et des lignes de chemins de fer, concurrençant Bruxelles sur son propre terrain, celui des infrastructures. Mais c'est la guerre en Ukraine qui a ouvert les yeux des dirigeants européens.

## **Basculement de Macron**

A la suite de l'invasion russe, « *il nous faut donc un très grand moment de clarification théorique et géopolitique de notre Union européenne* », a déclaré Emmanuel Macron, [lors d'un discours à Bratislava](#), le 31 mai, ajoutant que « *c'est le seul moyen de répondre à l'attente légitime des Balkans occidentaux, de la Moldavie et de l'Ukraine, qui doivent entrer dans l'Union européenne* ». Le basculement est majeur pour une

France historiquement hostile à tous les élargissements. En 2019, M. Macron avait même mis son veto à l'ouverture de négociations avec l'Albanie et la Macédoine du Nord. « *Le glissement vers l'est du centre de gravité européen imposait à Paris de faire ce geste pour garder la main, estime Florent Marciacq, chercheur au Centre franco-autrichien pour le rapprochement en Europe, installé à Vienne. Rater le coche, après s'être déjà marginalisée lors de l'élargissement de 2004, aurait été dramatique pour la France.* »

Les défenseurs de cette politique d'élargissement plus tolérante sur les critères d'Etat de droit au nom des intérêts géopolitiques s'appuient, par ailleurs, sur l'exemple de la Bulgarie : son intégration à l'UE, en 2007, lui a permis de conserver une remarquable stabilité, alors même que persiste un fort sentiment prorusse au sein de sa population, propice aux opérations de déstabilisation de Moscou. « [Vouloir un élargissement en 2030 \[comme l'a proposé Charles Michel\]](#) en appliquant à la lettre les critères d'élargissement paraît assez improbable, affirme M. Marciacq. *La question est donc de savoir ce que l'UE va sacrifier.* »

Cette perspective effraie Engjellushe Morina, chercheuse kosovare au sein du Conseil européen pour les affaires étrangères, un cercle de réflexion paneuropéen. « *Fermer les yeux sur certaines valeurs, n'est-ce pas dangereux ? Qui a envie d'une autre Hongrie à la table européenne ?* », demande-t-elle crûment, alors que Viktor Orban constitue déjà un casse-tête permanent pour l'UE, avec ses dérives antidémocratiques et ses veto réguliers qui dissimulent mal ses positions prorusses. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si le premier ministre nationaliste hongrois est un fervent adepte de l'élargissement aux Balkans. Avoir à ses côtés, à Bruxelles, le président serbe, Aleksandar Vucic, lui permettrait de rompre son isolement au sein du Conseil européen né de sa rupture avec la Pologne en raison de son refus de soutenir l'Ukraine face à l'agression russe.

Pour éviter de rendre l'UE ingouvernable, une idée fait son chemin : intégrer les pays des Balkans occidentaux par étapes. A Bled, cet été, Charles Michel a parlé d'« *une intégration graduelle et progressive (...), afin que les avantages puissent être ressentis plus rapidement – avant même l'adhésion* ». Elle serait associée à ce qu'il a appelé une « *clause de confiance* » qui limiterait le droit de veto des nouveaux membres dans les domaines où il existe encore, notamment les affaires étrangères et la fiscalité. En coulisses, l'ancien diplomate de la Commission européenne Pierre Mirel est un des artisans de ce concept. « *L'idée est d'inverser le système actuel – négocier sans horizon pour obtenir, à la fin, le jackpot de l'adhésion – pour donner de l'argent dès maintenant, et au fur et à mesure des réformes* », plaide-t-il, en estimant que cela « *va ainsi susciter un appétit* » pour le processus d'intégration.

## La crainte d'une adhésion au rabais

En parallèle, les populations locales pourraient progressivement bénéficier des différents avantages concrets de l'UE comme l'accès au marché unique ou la liberté de circulation, un point crucial pour tous ceux qui rêvent de travailler à l'Ouest. Il existe de nombreuses réflexions sur la manière de « saucissonner » l'adhésion et ses multiples politiques qui s'entremêlent. Au Centre de politique européenne, à Belgrade, Milena Mihajlovic propose depuis 2018 l'un des modèles les plus aboutis. Une version actualisée et détaillée de son plan, publiée en août, circule dans les cercles européens alors que le sujet de l'élargissement sera au menu du prochain sommet de la Communauté politique européenne, le 5 octobre, à Grenade (Espagne).

Elle liste trois jalons par lesquels chaque pays devrait passer avant d'obtenir le statut ultime de « membre conventionnel », c'est-à-dire doté du droit de veto dans les politiques où les décisions ne se prennent pas à la majorité qualifiée. Celui-ci pourrait n'être accordé qu'après dix ans d'adhésion. Chaque passage d'étape se traduirait par davantage de participation aux instances européennes et le versement de davantage de fonds européens, mais il serait aussi « réversible » en cas de retour en arrière sur les réformes. « *C'est un concept-clé* », défend l'experte serbe. « *Jusqu'ici, il a toujours été politiquement difficile de revenir en arrière sur les négociations d'adhésion, alors que cela aurait pu freiner les régressions démocratiques telles que celles qu'on observe en Serbie* », est-elle persuadée.

Ce modèle pourrait-il permettre de sortir, enfin, du blocage ? Pour l'heure, il est plutôt bien accueilli dans les capitales des Balkans, même si certains s'inquiètent qu'il puisse se transformer en une adhésion au rabais. « *Des dirigeants de la région pourraient se contenter d'un accès au marché unique sans être membre de plein droit et sans devoir se conformer complètement à l'Etat de droit* », estime M<sup>me</sup> Morina, la chercheuse kosovare. Florent Marciacq, du Centre franco-autrichien pour le rapprochement en Europe, s'inquiète, lui, « *d'un prisme*



*d'intégration qui fasse passer l'économique avant le politique* », au risque de laisser en suspens le manque d'alignement de la politique étrangère serbe sur celle du reste de l'UE. Depuis le début de la guerre en Ukraine, Belgrade refuse, en effet, de mettre en œuvre les sanctions européennes contre Moscou, arguant qu'il n'est légalement pas forcé de le faire avant la dernière phase des négociations d'adhésion.

La question des innombrables conflits bilatéraux qui déchirent la région reste aussi mise de côté, à commencer par le conflit gelé entre le Kosovo et la Serbie, qui menace régulièrement de se rallumer en raison du refus de Belgrade de reconnaître l'indépendance de son ancien territoire. Personne ne sait non plus comment la Bosnie-Herzégovine pourrait sortir du blocage généré par ses institutions dysfonctionnelles issues des accords de Dayton (1995). Mais, après des années de léthargie, l'Union européenne s'est enfin remise à réfléchir à la façon d'intégrer les Balkans occidentaux et le processus s'est remis en marche. Finalement, la candidature ukrainienne pourrait être source d'une saine émulation pour la région.

16 septembre 2023 (The Economist)

[The Oslo accords were always doomed to fail \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Long road to nowhere

## The Oslo accords were always doomed to fail

Thirty years on, the promise of Israeli-Palestinian peace remains as elusive as ever



image: alamy

Sep 12th 2023 | DUBAI

They were never meant to live to adolescence, let alone adulthood. The Oslo accords, the peace agreement signed by Israel and the Palestinians in 1993, were meant to fade away. After five years both peoples would settle into sovereign states within fixed borders. The interim deal would become obsolete. But five years came and went, then five more, five more times. The interim became permanent.

On September 13th the accords turned 30. Their lasting achievements have been to create a limited Palestinian government loathed by most Palestinians, and to bring about a measure of mutual recognition between the two sides. The promise of peace is unfulfilled.

Israelis and Palestinians have spent decades arguing over what went wrong. If only their leaders—Binyamin Netanyahu or Ehud Barak, Yasser Arafat or Mahmoud Abbas—had accepted one of the deals put forward in later negotiations. If only Yitzhak Rabin had not been assassinated. If only Hamas and Islamic Jihad had not waged a campaign of suicide-bombings.

But perhaps nothing went wrong. The accords worked as they were designed to, which is to say, they did not work at all. The Oslo process was always flawed—yet it could not have happened any other way.

The accords emerged from a series of meetings in early 1993 in the Norwegian capital. At the start it was illegal for Israelis to talk to the Palestine Liberation Organisation (PLO), which their government saw as a terrorist group. But Norwegian officials convinced Yossi Beilin, Israel's deputy foreign minister, to pursue secret meetings with his longtime enemies.

The Palestinian team was led by Ahmed Qurei (known as Abu Alaa), a mild-mannered apparatchik who was close to Arafat, the Palestinian leader. At first his opposite number was Yair Hirschfeld, an Israeli academic, and then later Uri Savir, the director-general of the foreign ministry.

They lived together for days in Oslo, meeting late into the night, their talks lubricated by wine and fuelled by home cooking (the wife of Norway's foreign minister prepared some of their meals). What emerged was not to be the end of the conflict, but the beginning of the end.

Negotiators could not agree on the thorniest issues, such as the status of Jerusalem, so they deferred them and agreed on interim steps. A new entity called the Palestinian Authority (pa) would assume limited control in the West Bank and Gaza. A string of addendums followed: the Paris protocol in 1994 defined economic ties between Israel and the pa; the 1995 Taba agreement set out security arrangements.

None of this was a final settlement, merely a relationship between occupier and occupied, intended to be short-lived. Both sides agreed to start talks about a final two-state deal which would begin by May 1996 and conclude by May 1999.

This was an exercise in gradualism. After a half-century of conflict, the thinking went, no one could expect Israelis and Palestinians to reach a comprehensive agreement. They needed to build trust.

But the gradual nature of the process left it open to spoilers. Joel Singer, an Israeli legal adviser in 1993, points to the decision to create a Palestinian police force responsible for security in parts of the West Bank. The Palestinians, though, were neither willing nor able to serve as an auxiliary of the Israeli army. More Israeli civilians were killed by Palestinians in the seven years after Oslo than the seven before it—and that was before the worst days of the second *intifada*, or Palestinian uprising.

Qurei often pointed to another fault: the accords failed to stop Israel from building settlements. Rather, they created a sense of urgency. If Israel was to have defined borders by 1999, settlers had only a few years in which to grab more land. Between 1993 and 1999 they established 43 outposts: settlements built without government approval. Some were later authorised or folded into existing settlements.

The number of settlers in the occupied West Bank increased by 58% during those years, from 116,300 to 183,900, even as the country's overall population rose by just 17%. Their numbers continue to grow. In 1993 settlers were 2% of Israel's population and 3% of its Jewish population; today those figures are 5% and 7%, and their political power has grown too.

These developments helped spoil the process—and sour both peoples on the idea of peace. Just 28% of Palestinians support the two-state solution today, down from 53% a decade ago. Half of Palestinians want to dissolve the pa, the most enduring legacy of the accords.

In Israel, too, support is at an all-time low, with only one-third of Israeli Jews in favour of the idea. Young Israelis grew up during a bloody *intifada*; young Palestinians came of age watching settlers gobble up the land meant for their future state. It is no surprise they have both lost faith.

Yet it is also no surprise the process turned out that way. Israelis and Palestinians sometimes liken the idea of a two-state solution to ending an unhappy marriage. Imagine filing for divorce but agreeing to live with your spouse for five more years while you decide how to divvy up the furniture. It is a recipe for deeper enmity.

Amid the optimism of the early 1990s, it perhaps seemed logical that a few brave people could chart a path to peace, and that their governments would follow it in good faith. But a genuine peace agreement needs wider support from both publics.

Such support did not exist in the 1990s, nor does it today—not with a far-right government ruling a bitterly divided Israel, nor with a superannuated Mr Abbas in charge of a feckless pa with no authority in big chunks of Palestine. Western powers have lost interest in playing mediator. Arab leaders want to forget the conflict.

For now, that leaves Oslo. Diplomats invoke the accords like the catechism of a dying faith, as if one more trust-building exercise or round of negotiations will be the one that unlocks a real peace. Inertia will keep them around until new generations of Israelis and Palestinians are ready to try something new—for better or for worse.



16 septembre 2023 (The Economist)

[Impulsive and self-destructive: Elon Musk as depicted in a new book \(economist.com\)](#)

Messiah, menace or both?

## Impulsive and self-destructive: Elon Musk as depicted in a new book

The billionaire has a lofty vision for humanity—and is unusually determined to see it through



X-manimage: getty images

Sep 12th 2023

**Elon Musk.** By Walter Isaacson. *Simon & Schuster*; 688 pages; \$35 and £28

What exactly is going on with Elon Musk? This question once preoccupied only techie types. But Mr Musk's prominence in space-launch services, satellite-internet access, electric cars and social media means that the unpredictable behaviour of the world's richest man now has global consequences. He controls Donald Trump's access to Twitter, internet connectivity for Ukraine's armed forces and America's ability to send people into space. He has altered the course of multiple industries. And he has a knack for spotting what will be important in the future (so his side bets on brain chips and humanoid robots are probably worth watching). It is no surprise so many people now want to know what makes Mr Musk tick.

Walter Isaacson sets out to answer that question in this intimate biography. Previously a biographer [of Steve Jobs](#), he shadowed Mr Musk for two years, gaining access to his family and closest confidants, to produce a detailed psychological portrait.

Born in 1971, Mr Musk had a tumultuous childhood in South Africa. He was brought up partly by a struggling single mother and partly by an abusive father. Violently bullied at school, Mr Musk escaped into daydreams and [science-fiction novels](#). As a young man he emigrated, first to Canada, then America. He made his first millions during the dotcom fever of the late 1990s, co-founding an online business directory and then an online bank that, after a merger, [became PayPal](#). He then set himself the modest goal of turning *Homo sapiens* into a "multi-planetary species" that could survive extinction on Earth.

It is hard to think of anyone else who has wrought such astounding change in so many different fields of endeavour, notably with SpaceX, his rocket company, and Tesla, a maker of electric cars. Yet Mr Musk is as widely loathed as he is admired, thanks to his pronouncements on politics, his crusade against the "woke mind virus" and his rocky stewardship of Twitter (which for some reason he has renamed X). Mr Isaacson describes a man with a lofty vision for humankind, but who is impulsive, pugnacious and self-destructive.

In Mr Isaacson's view, Mr Musk is propelled by a conviction that humanity is hurtling towards calamity. Hence his superhuman work ethic (the man barely sleeps) and his tolerance for risk (he has endangered

his fortune a number of times and often pushes his engineers to take calculated gambles). Hence, too, his habit of furiously reprimanding or even summarily firing employees whom he deems incompetent or insufficiently committed.

Mr Musk has faith in his own wisdom. When it comes to artificial intelligence, he believes no one but he can be trusted to protect humans from malevolent machines. He is being drawn into geopolitics, too. Mr Isaacson recounts how, [as \*The Economist\* reported last October](#), Mr Musk refused to let Starlink, his satellite-internet service, be used by Ukraine to attack Russian forces occupying Crimea, for fear that an assault on the peninsula might provoke nuclear retaliation. (Ukraine attacked it later, triggering no such response.)

What transpires is a picture of a driven, talented entrepreneur who has become increasingly unstable and petty even as his influence over global affairs has grown. No doubt other business leaders are capable of unpredictable behaviour—Jobs comes to mind (a comparison the author encourages)—but they have not provided a live feed of their thoughts on Twitter. Lauded as Jobs’s successor, Mr Musk now draws comparisons with a different mercurial billionaire who inspires cult-like loyalty while acting like an aggrieved toddler.

Has the true Mr Musk emerged, feeling increasingly unconstrained as his wealth and power have grown, or has this behaviour been exacerbated by his use of Twitter? It is probably a bit of both. Mr Isaacson concedes that his subject sometimes behaves foolishly. Mr Musk’s addiction to social media has caused unnecessary spats. He accused a rescue diver in Thailand of being a “pedo guy”, provoking a defamation suit (which Mr Musk won). He declared he had “funding secured” to take Tesla private, when he did not, and had to make a multimillion-dollar settlement with the us Securities and Exchange Commission. As Mr Musk admits: “I’ve shot myself in the foot so often I ought to buy some Kevlar boots.”

In recent years his tweets have lambasted left-wing positions on issues such as gender identity, and flirted with right-wing [conspiracy theories](#). This rightward shift can be explained in part, Mr Isaacson says, by a falling-out between Mr Musk and his transgender daughter Jenna, whose Marxist worldview led her to sever ties with her father. Mr Musk’s belief that Twitter had become infected with wokery and was censoring alternative viewpoints was a big factor in his decision to buy it. Mr Isaacson also speculates that the deal gave Mr Musk, scarred by his childhood bullying, a chance to “own the playground”.

All this now risks overshadowing Mr Musk’s positive contributions. Some Tesla drivers tout bumper stickers that read “I bought this car before we all knew Elon was a jerk”. More worryingly, he seems out of his depth in geopolitics. This doorstep-sized book provides a gripping account of Mr Musk’s extraordinary life. But it is hard to escape the feeling that the story of Elon Musk is still only half told.

16 septembre 2023 (The Economist)

[Germany's rampant hard-right AfD puts other parties in a fix \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Running with wolves

## Germany's rampant hard-right AfD puts other parties in a fix

Co-operate or shun?



image: imago

Sep 14th 2023 | NORDHAUSEN

September 10th was a good day for Jörg Prophet, but not a great one. Opinion polls had promised that the trim 61-year-old engineer might win in the first round and romp home as the new mayor of Nordhausen, a quiet town of 42,000 in the lee of the rolling Harz Mountains in eastern Germany. Instead he got 42% of the vote, more than any challenger but short of a majority. Now, in a run-off, Mr Prophet may find all the opposing stripes united to keep his Alternative for Germany (afd) out.

That would be no surprise to the hard-right party. Founded in 2013, the afd has struggled to turn the liking of many Germans for its folksy fear-mongering into actual political power. The party's popularity surged in 2016 as conservatives recoiled against an influx of Syrian refugees. But in the absence of another emotive issue it then plateaued at around 10%, enough to keep afd deputies in state and national assemblies with proportional representation, but not to win local elections .



image: the economist

Its prospects have brightened since last year. National polls show a doubling of support, to over 21%. That puts the afd just behind the right-of-centre Christian Democratic Union (cdu) but ahead of all three parties—Social Democrats, liberal Free Democrats and the Greens—in Germany’s ruling coalition. In four of the five states that once made up East Germany, including Thuringia, where Nordhausen lies, the afd is now number one.

Three of these four states will hold elections next year, and this could put the afd in power at state level for the first time. Its rising popularity is already bringing results on the ground. The party won its first two local elections this summer. Yet as Mr Prophet now worries, too much success can also hurt. In August the afd lost another local race precisely because opposing voters united to block its candidate.

That is no comfort to its rivals, and particularly not to the cdu. The party that put an East German, Angela Merkel, into the chancellor’s office for 16 years has been slowly sinking on her home turf. Its candidate in Nordhausen trailed in 4th place, at 11.2%. The reality is that the cdu now needs coalition partners to remain relevant. Not surprisingly, a growing number of its supporters whisper that it should lower the “firewall” against dealing with the afd that all of Germany’s mainstream parties have so far voluntarily maintained. At the very least, they suggest, the cdu could start to work out quiet deals to accept the afd’s support. The alternative, cobbling together alliances with Greens and others that are even more unpopular in the east, would hurt the party more.

Gunnar Lindemann, one of 17 afd deputies in Berlin’s 159-member local assembly, knows why the cdu is lagging. Voters have not shifted further right, says the rotund 53-year-old, who hosts a YouTube cookery show in his spare time. It is the mainstream that has shifted left. “The afd is no different from the cdu in the 60s or 70s,” he says, noting that West German conservatives used to call for restoring Germany’s 1937 borders—that is, for annexing bits of what are now Poland and Russia. Even East Germany’s ruling socialists were more conservative on immigration than today’s cdu, he says approvingly: foreigners could come to study or work, but then had to leave. Mr Lindemann says there have indeed been talks between other parties and the afd, and thinks it a matter of time before these are out in the open.

He may be right, but there are barriers to be crossed. Mr Lindemann tends to shy away from big issues and focus on local concerns such as schools and public safety. The afd’s top leaders are not so squeamish. Their language is often Trumpian. Germany is being “wrecked” by “the most idiotic government ever”. A



new law to replace gas and oil boilers with electric heat pumps is “green fascism”. The eu is so rotten that it must “die” in order to “save” Europe.

Worse than the fake outrage is the party leadership’s flirtation with Germany’s darker side. A former chairman, Alexander Gauland, revealingly dismissed the Nazi era as “a speck of birdshit on German history”. Alice Weidel, one of its two current heads, recently said that she stayed away from a party at the Russian embassy marking the end of the second world war, unlike the afd’s Russophile co-leader Tino Chrupalla (pictured, with Ms Weidel), not in solidarity with Ukraine but because it was inappropriate “to celebrate the defeat of one’s own country”. Björn Höcke, the Thuringia party chief, was charged on September 13th with the alleged use of a banned Nazi slogan. Knife-murderers walk while patriots go to court for an out-of-context phrase, he tweeted back, in a well-worn allusion to supposedly violent immigrants.

Surveys show most Germans would not consider voting for the afd. Among those who would, loyalty can be flimsy. One recent poll suggests that if Sahra Wagenknecht, a radical-left anti-war activist, formed a party, perhaps a quarter of afd supporters would switch over to her. Polling also suggests that it is less ideology than noise on hot topics that wins the afd support. Its numbers shot up by 50% in mid-2022 as the party raised fears of hyperinflation, of a Russian nuclear strike or of an energy crunch that would strangle German industry. Support then flatlined until this spring, when the ill-timed heating bill offered a nice new punch-bag.

On the tidy streets of Nordhausen, afd voters tend to shun journalists. A volunteer at a fundraiser for a local theatre is less shy. “People vote for them because they can’t be bothered to do something useful like this,” she says, gesturing at a trestle table heaving with cakes and flyers. “They just sit around and complain to each other, and think they are so smart.”

16 septembre 2023 (The Economist)

[How artificial intelligence can revolutionise science \(economist.com\)](https://www.economist.com)

When robots do research

## How artificial intelligence can revolutionise science

Consider the historical precedents

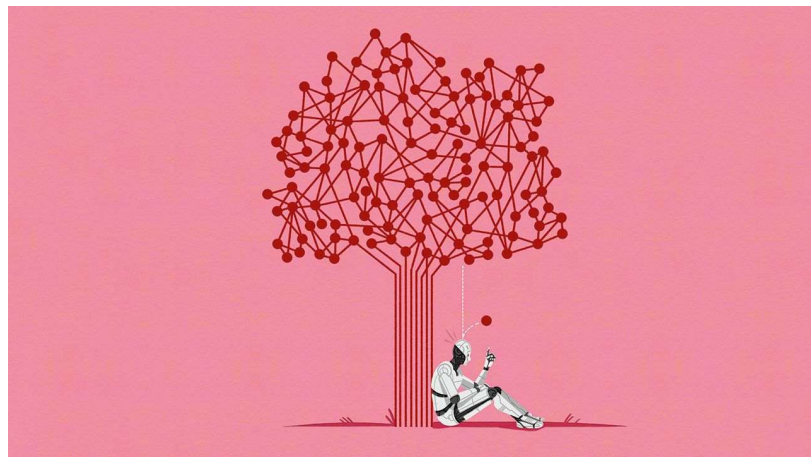


image: pete ryan

Sep 14th 2023

Debate about artificial intelligence (ai) tends to focus on its potential dangers: algorithmic bias and discrimination, the mass destruction of jobs and even, some say, the extinction of humanity. As some observers fret about these dystopian scenarios, however, others are focusing on the potential rewards. ai could, they claim, help humanity solve some of its biggest and thorniest problems. And, they say, ai will do this in a very specific way: by radically accelerating the pace of scientific discovery, especially in areas such as medicine, climate science and green technology. Luminaries in the field such as Demis Hassabis and Yann LeCun believe that ai can turbocharge scientific progress and lead to a golden age of discovery. Could they be right?

Such claims are worth examining, and may provide a useful counterbalance to fears about large-scale unemployment and killer robots. Many previous technologies have, of course, been falsely hailed as panaceas. The electric telegraph was lauded in the 1850s as a herald of world peace, as were aircraft in the 1900s; pundits in the 1990s said the internet would reduce inequality and eradicate nationalism. But the mechanism by which ai will supposedly solve the world's problems has a stronger historical basis, because there have been several periods in history when new approaches and new tools did indeed help bring about bursts of world-changing scientific discovery and innovation.

In the 17th century microscopes and telescopes opened up new vistas of discovery and encouraged researchers to favour their own observations over the received wisdom of antiquity, while the introduction of scientific journals gave them new ways to share and publicise their findings. The result was rapid progress in astronomy, physics and other fields, and new inventions from the pendulum clock to the steam engine—the prime mover of the Industrial Revolution.

Then, starting in the late 19th century, the establishment of research laboratories, which brought together ideas, people and materials on an industrial scale, gave rise to further innovations such as artificial fertiliser, pharmaceuticals and the transistor, the building block of the computer. From the mid-20th century, computers in turn enabled new forms of science based on simulation and modelling, from the design of weapons and aircraft to more accurate weather forecasting.

And the computer revolution may not be finished yet. As we report in a [special Science section](#), ai tools and techniques are now being applied in almost every field of science, though the degree of adoption varies widely: 7.2% of physics and astronomy papers published in 2022 involved ai, for example, compared with 1.4% in veterinary science. ai is being employed in many ways. It can identify promising candidates for analysis, such as molecules with particular properties in drug discovery, or materials with the characteristics needed in batteries or solar cells. It can sift through piles of data such as those produced by particle colliders or robotic telescopes, looking for patterns. And ai can model and analyse even more complex systems, such as the folding of proteins and the formation of galaxies. ai tools have been used to identify new antibiotics, reveal the Higgs boson and [spot regional accents in wolves](#), among other things.

All this is to be welcomed. But the journal and the laboratory went further still: they altered scientific practice itself and unlocked more powerful means of making discoveries, by allowing people and ideas to mingle in new ways and on a larger scale. ai, too, has the potential to set off such a transformation.

Two areas in particular look promising. The first is “literature-based discovery” (lbd), which involves analysing existing scientific literature, using Chatgpt-style language analysis, to look for new hypotheses, connections or ideas that humans may have missed. lbd is showing promise in identifying new experiments to try—and even suggesting potential research collaborators. This could stimulate interdisciplinary work and foster innovation at the boundaries between fields. lbd systems can also identify “blind spots” in a given field, and even predict future discoveries and who will make them.

The second area is “robot scientists”, also known as “self-driving labs”. These are robotic systems that use ai to form new hypotheses, based on analysis of existing data and literature, and then test those hypotheses by performing hundreds or thousands of experiments, in fields including systems biology and materials science. Unlike human scientists, robots are less attached to previous results, less driven by bias—and, crucially, easy to replicate. They could scale up experimental research, develop unexpected theories and explore avenues that human investigators might not have considered.

The idea that ai might transform scientific practice is therefore feasible. But the main barrier is sociological: it can happen only if human scientists are willing and able to use such tools. Many lack skills and training; some worry about being put out of a job. Fortunately, there are hopeful signs. ai tools are now moving from being pushed by ai researchers to being embraced by specialists in other fields.

Governments and funding bodies could help by pressing for greater use of common standards to allow ai systems to exchange and interpret laboratory results and other data. They could also fund more research into the integration of ai smarts with laboratory robotics, and into forms of ai beyond those being pursued in the private sector, which has bet nearly all its chips on language-based systems like Chatgpt. Less fashionable forms of ai, such as model-based machine learning, may be better suited to scientific tasks such as forming hypotheses.

## The adding of the artificial

In 1665, during a period of rapid scientific progress, Robert Hooke, an English polymath, described the advent of new scientific instruments such as the microscope and telescope as “the adding of artificial organs to the natural”. They let researchers explore previously inaccessible realms and discover things in new ways, “with prodigious benefit to all sorts of useful knowledge”. For Hooke’s modern-day successors, the adding of artificial intelligence to the scientific toolkit is poised to do the same in the coming years—with similarly world-changing results.

## Sich einschränken? Ja, aber bitte zuerst die anderen: Verzicht habe einen schlechten Ruf, dabei mache er uns erst zu Menschen, sagt der Philosoph Otfried Höffe

Wir haben alles und wollen noch mehr. Nur kann das kaum so bleiben. Umweltprobleme, Krieg, Flüchtlingskrise und Energiemangel dürften uns zu Einschränkungen zwingen. Zeit, darüber nachzudenken, was Verzicht bedeutet.

Thomas Ribi 16.09.2023, 05.30 Uhr 3 min



### Auch Naturschutz ist eine Form des Verzichts: Demonstration gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz.

Imago

«Können die Deutschen verzichten?», fragte die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» im Sommer des vergangenen Jahres zwölf Autorinnen und Autoren. Strommangellage und Gasknappheit waren damals die Schlagworte der Stunde, die Angst vor einem Winter in ungeheizten Wohnzimmern oder einer Einschränkung des Bahn- und Busverkehrs ging um. Und interessanterweise gab keiner der zwölf Texte wirklich eine Antwort auf die Frage.

Dafür gab es viel krudes Geschwätz. Grundsätzlich würde man zwar vielleicht schon verzichten können, war da verklausuliert zu lesen, aber eigentlich halt doch eher nicht. Und vor allem: Warum soll man verzichten, wenn die internationalen Grosskonzerne trotz Krieg und Klimakrise nichts Gescheiteres zu tun haben, als Steuerschlupflöcher zu suchen und Gewinne zu maximieren? Darum ging's zwar nicht, aber auf die böse Wirtschaft zu schimpfen, lag den Schriftstellerinnen und Schriftstellern von Sibylle Berg bis Katja Petrowskaja offensichtlich näher, als sich ernsthaft mit der Frage zu befassen, was das bedeuten könnte: auf etwas verzichten.

### Leben heisst verzichten

Das ist symptomatisch. Sich einschränken? Klar, aber bitte zuerst die anderen. Verzicht steht in schlechtem Ruf. Davon geht auch Otfried Höffe in seinem neuen Buch, «Die hohe Kunst des Verzichts», aus. Im Untertitel verspricht der Essay des emeritierten Tübinger Philosophen eine «kleine Philosophie der Selbstbeschränkung» zu liefern. Das tut er. Aber auf seine eigene Weise. Und um zur Frage zu kommen, was Verzicht konkret heissen soll, angesichts von Wirtschaftskrise,

Umweltzerstörung und globaler Verunsicherung, muss man sich fast bis zum Ende des Buchs durchlesen.

Das ist gut so. Höffe geht das Thema grundsätzlich an, leitet es philosophiegeschichtlich von den Bedingungen ab, denen das menschliche Leben unterworfen ist, und zeigt: Ohne Verzicht geht nichts. Leben heisst verzichten. Weil Menschen Mängelwesen sind und weil nie alle Bedingungen erfüllt sind, die für ein verzichtsfreies Leben idealerweise herrschen müssten. Aber auch weil die Fähigkeit zum Verzicht uns erst zu dem macht, was wir sind. Der Mensch, sagt Höffe, werde zum Menschen, indem er verzichte.

## Keine Gesellschaft, kein Staat

Bei Tieren ist die Fähigkeit zur freiwilligen Selbstbeschränkung in Ansätzen angelegt. Die Bereitschaft, Ansprüche bewusst und freiwillig abzugeben, zeichnet allerdings vor allem den Menschen aus. Otfried Höffe entwickelt den Begriff des Verzichts in anthropologischer und politischer Perspektive. Jede Gesellschaft lebt davon, dass Individuen bereit sind, private Interessen zugunsten der Allgemeinheit zurückzustellen. Ohne geregelter Abtretung von Rechten ist kein Staatswesen möglich.

Dass der Mensch das Wesen ist, das verzichten kann, heisst allerdings nicht, dass er es gerne tut. Und es heisst auch nicht, dass jeder Verzicht sinnvoll wäre. Nicht das letzte Verdienst dieses Buchs liegt darin, zu zeigen, wie schillernd der Begriff ist. Und wie vielfältig die Konzepte, die dahinterstecken können.

In Otfried Höffes bisweilen verzweigten Gedankengängen bieten die Überlegungen zu Pandemie, Umweltproblemen, Krieg, Flüchtlingskrise und Energieknappheit den Anwendungsfall. Lässt sich der westliche Lebensstandard halten? Ist Wachstum noch ein taugliches Konzept für die Zukunft? Möglicherweise ja, aber wir kommen nicht darum herum, darüber nachzudenken, was verzichten bedeutet. Und ob wirklich immer die anderen damit anfangen müssen.

Otfried Höffe: Die hohe Kunst des Verzichts. Kleine Philosophie der Selbstbeschränkung. C.-H.-Beck-Verlag, München 2023. 192 S., Fr. 29.90.

16 septembre 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/parentalite/article/2023/09/15/comment-les-parents-csp-fabriquent-des-bons-eleves\\_6189575\\_6145697.html](https://www.lemonde.fr/parentalite/article/2023/09/15/comment-les-parents-csp-fabriquent-des-bons-eleves_6189575_6145697.html)

## Comment les parents CSP+ fabriquent des bons élèves

Chronique

[Clara Georges](#)

Sans même s'en apercevoir, au quotidien, les parents de milieux favorisés « préparent » leurs enfants au travail scolaire, constate Clara Georges pour la newsletter « Darons Daronnes ».

Publié hier à 17h09, modifié hier à 20h10 Temps de Lecture 4 min.

Depuis quelques jours, ma fille aînée, qui entre en CE2, se trimballe partout avec un Petit Robert. « *Papa, maman, vous pouvez me dire un mot pour que je le cherche ?* » C'est ainsi que nous sommes désormais très au point sur les différents usages de « ratatouille », la composition du « jais » et la définition de « lignite ». Un soir, en allant lui faire un bisou, je l'ai trouvée au lit avec deux tomes de *La Guerre des clans* et... un Larousse illustré. « *Ce soir, je lis le dictionnaire !* », m'a-t-elle annoncé avec entrain.

Au bureau, quelques jours plus tard, j'ai lu sur *Lemonde.fr* la tribune intitulée : « [M. Gabriel Attal, redonnez à l'écrit, dès l'école primaire, ses lettres de noblesse](#) ». Elle est signée par une palanquée de gens tout aussi célèbres que disparates : Elisabeth Badinter, Abd al Malik, Isabelle Carré, Renaud, Jacques Attali, Jamel Debbouze, Anne Sinclair, Martin Solveig... « *Une grande partie de nos enfants ne lisent plus et peinent à écrire. Ils peinent à écrire au sens d'articuler leur pensée et de raisonner* », s'alarment-ils. Dans ce texte transparaissent l'urgence et la détresse. « *Apprendre à écrire, c'est apprendre à penser, à fixer ses idées, à communiquer, à s'émanciper. (...) C'est pouvoir se relier à soi-même et à l'autre par les mots. Que se passera-t-il demain si ces notions essentielles à la fondation de tout être humain, de toute société, de toute civilisation sont battues en brèche ?* »

[Dans une excellente enquête publiée le 31 août dans L'Obs](#), le journaliste Gurvan Le Guellec rappelle qu'en fin de 3<sup>e</sup>, selon les données du ministère, seuls 55 % des collégiens ont une maîtrise satisfaisante de la langue, 37,5 % se disent découragés à l'idée de lire un texte dépassant une page et 40 % sont en difficulté quand il faut exprimer une opinion.

## Narcissisme parental

Cette collision entre la réalité statistique et ma réalité familiale m'a amenée à réfléchir. Une bonne partie des élèves français peinent à lire correctement ; ma fille dévore des bouquins plus vite que nous ne pouvons en fournir. J'aimerais pouvoir continuer à dire, d'un air candide, dans les apéros de parents : « *Oui, c'est dingue, nous n'avons absolument rien fait pour, et pourtant elle est passionnée de lecture !* » ou bien « *Elle a tout appris toute seule, on ne veut surtout pas la pousser !* » Sauf que ce n'est pas vrai. Certes, nous ne faisons aucune supervision scolaire au quotidien – elle mène sa vie seule. Mais cela ne veut pas dire que ses facilités en français sont le pur fruit du hasard ou de son intelligence, contrairement à ce que notre narcissisme parental voudrait croire.

Dans son article, Gurvan Le Guellec écrit en effet que « *les résultats de la dictée proposée depuis 1987 montrent que les enfants de familles populaires sont de plus en plus en souffrance. (...) Ceux issus des classes moyennes ne s'en sortent guère mieux. Il n'y a que chez les 25 % les plus favorisés que la chute est ralentie* ». Encore un chiffre : [selon l'IFOP, qui a soumis au mois de juin des sondés à des tests de français](#), la maîtrise de l'orthographe est socialement très marquée : 75 % des cadres ont au moins un niveau « convenable », mais seulement 26 % des ouvriers.

Autrement dit, si ma fille épluche le dictionnaire, c'est – aussi – parce que nous appartenons à ce que l'on nomme les CSP+, les catégories favorisées. Bien sûr, ce n'est pas automatique. Tous les enfants de familles aisées n'ont pas de facilités en lecture, tout comme tous les enfants de familles précaires n'ont pas de difficultés. Mais, à l'image de bien d'autres domaines en France, les inégalités scolaires se creusent de façon dramatique. L'« égalité des chances » semble plus illusoire que jamais.

[Un rapport de l'institution publique France Stratégie publié le 6 septembre](#) est, à cet égard, accablant. Je vous recommande la lecture de la note d'analyse, très complète, dont je ne citerai qu'un chiffre : près de 80 % des élèves d'origine favorisée entrent en 2<sup>de</sup> générale et technologique, contre 35 % des élèves d'origine modeste. Les auteurs ont étudié les divergences par origine sociale, genre et ascendance migratoire. Leur conclusion est sans appel : « *C'est l'origine sociale qui, dans notre pays, pèse le plus sur les trajectoires des élèves.* »

Ensuite, il y a un autre mécanisme, encore plus insidieux. C'est la sociologue Sandrine Garcia, professeure à l'université de Bourgogne, qui m'en avait parlé au printemps. Elle postule que les parents des classes favorisées ne se contentent pas de transmettre leurs savoirs à leurs enfants par capillarité, sans rien faire (c'est la théorie de Bourdieu d'une transmission « osmotique » de la culture et de la langue). Au contraire, selon elle, ces parents sont particulièrement actifs dans les apprentissages des petits, parfois sans même s'en apercevoir. Sa théorie est qu'ils fournissent eux-mêmes un important « travail scolaire », comme elle l'écrit dans [Le Goût de l'effort](#) (PUF, 2018). Pour cet ouvrage, elle a mené des entretiens avec soixante parents d'enfants scolarisés en primaire, dont cinq familles favorisées (cadres et professions intellectuelles).

## Maîtriser les codes

La maman d'Edgar, au CP, raconte ainsi qu'à chaque fois qu'elle lui lit une histoire elle lui demande de « lire une ou deux phrases », de sorte que « ça fait sens et, du coup, il est content ». Pendant les vacances, elle n'oublie pas que « toute occasion est bonne pour lire », comme « la boîte de céréales ». Une autre mère se rappelle qu'avant leur entrée en maternelle ses deux enfants connaissaient les lettres de l'alphabet, parce qu'elle leur avait acheté des lettres magnétiques à mettre sur le frigo. Ces parents insistent sur le fait que leurs enfants s'emparent de ces outils de leur propre initiative, parce qu'ils sont « ludiques ». Et que fais-je, moi, à la maison ? Eh bien, j'ai de petites lettres en bois aimantées sur le frigo ; je discute des lectures du soir avec mes enfants ; je m'amuse des paquets de céréales avec l'aînée.

Je peux donc ensuite me permettre, comme la plupart des parents interrogés, d'affirmer haut et fort que seul l'épanouissement de mes enfants compte, et pas leur réussite. C'est évidemment plus facile dans une position comme la mienne. La vérité, c'est que je les ai « préparés » au cadre et au travail scolaires, dont je maîtrise moi-même les codes. Ils sont prêts à acquérir ce que l'école a à leur offrir. Mais les autres ? Ceux auxquels l'école doit apprendre à devenir élèves, dans des classes où l'on manque de temps, de moyens et de professeurs ? [Le « choc des savoirs » promis par Gabriel Attal suffira-t-il ?](#)

« Nos enfants (...) seront demain nos dirigeants politiques et économiques, nos décideurs, nos champions », écrivent les signataires de la tribune dans leur conclusion. Cyniquement, j'ajouterais : nos enfants (ceux des signataires ou les miens), peut-être bien. Les enfants de tous les autres, c'est peu probable, si nous ne parvenons pas à enrayer la spirale inégalitaire dans laquelle nous sommes pris.

16 septembre 2023 (Le Figaro)

[Alain Duhamel: le dernier ultra de la modération \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Alain Duhamel: le dernier ultra de la modération

Par [Eugénie Bastié](#)



Le journaliste Alain Duhamel. *JEAN LUC BERTINI pour le Figaro Magazine*

**RENCONTRE - À lui tout seul, il est un monument historique du journalisme politique. Il faut dire que, de Charles de Gaulle à Emmanuel Macron, il a connu tous les présidents de la V<sup>e</sup> République - il a même cosigné un livre avec l'un d'entre eux... À l'occasion de son nouvel ouvrage, nous avons rendu visite à cet homme radicalement centriste et libéral.**

Il les a tous connus. Tous les présidents de la V<sup>e</sup> République. De Gaulle dont il a suivi la première élection au suffrage universel dans *Le Monde* en 1965, Pompidou, le premier à le recevoir dans son bureau, Giscard, celui dont il a été le plus proche, Mitterrand avec qui il écrit le livre *Ma part de vérité*, Chirac dont il a animé le débat d'entre-deux-tours de la présidentielle, Sarkozy, Hollande et Macron enfin, révolution politique à qui il a consacré deux livres.

Cinquante ans de présence audiovisuelle, un record inégalé dans la catégorie journalisme politique. Alain Duhamel est comme La Vache qui rit, le Tour de France ou Louis de Funès le dimanche soir en vacances, une de ces permanences rassurantes qui nous font oublier un instant que la France a changé. Loin d'être un ancien combattant du cercle de la raison qu'on tolère à l'antenne pour avoir brillé dans d'anciennes batailles, il a toujours l'œil vif, la langue acérée et sait croquer avec pertinence les clivages et les rouages de la vie politique française. En témoigne son dernier livre, *Le Prince balafre*, où il analyse avec finesse les cicatrices d'un président de la République qu'il avait dépeint en séducteur invincible dans *Emmanuel le Hardi*.

## Comment devient-on Alain Duhamel?

Il décortique en sociologue les ressorts de la haine si spécifique que suscite Emmanuel Macron et s'interroge sur l'étrange leucémie politique qui s'est emparée de notre pays, rongé par l'abstention et l'apathie démocratique. L'auteur du *Complexe d'Astérix* ausculte la mentalité des Gaulois réfractaires, cette malédiction française de sujets dépendants d'un État à qui ils doivent tout et qu'ils haïssent en retour.

**À 10 ans, j'allais tous les mercredis rendre visite à mon arrière-grand-mère pour lui faire, à sa demande, un compte rendu de l'actualité de la semaine**



Alain Duhamel

Comment devient-on Alain Duhamel? La question mérite d'être posée. Sa mère était une radicale-socialiste laïque, son père MRP catholique. C'est drôle, d'habitude, c'est plutôt l'inverse: le père bouffe du curé quand la mère prie le chapelet. Alain Duhamel était un petit garçon semblable à l'adulte qu'il est devenu: sage. *Dans Le Petit Nicolas, il serait plus Agnan, le premier de la classe, que Clotaire le cancre éternel. «À 10 ans, j'allais tous les mercredis rendre visite à mon arrière-grand-mère, née sous Napoléon III, pour lui faire, à sa demande, un compte rendu de l'actualité de la semaine. Ça a été ma première expérience de journaliste en quelque sorte!», nous raconte-t-il.*

À 12 ans, il participe à un concours général du diocèse de Paris. Le commentaire du vicaire chargé de l'évaluer est sans appel: *«Ce garçon est protestant.»* Il l'est devenu, puisque, marié au temple à une musicienne, il se définit comme un *«protestant culturel»*. Sans vouloir verser dans le préjugé un peu grossier, on dira qu'il en a la rigueur et l'austérité. La foi? *«Je réfléchis... disons que je suis non indifférent.»* Modéré en toutes choses.

## Maréchaux d'empire et sciences morales

Dans son salon confortable recouvert de moquette, un grand canapé vert et une table basse où s'entassent les livres. Sur la cheminée, des petites statuettes en porcelaine de maréchaux d'empire que sa femme lui offrait à chaque fois qu'il sortait un livre. *«Attention, je n'aime pas Napoléon, je préfère Bonaparte»,* précise-t-il. Duhamel est un garçon sérieux, aussi méticuleux à 83 ans qu'il l'était quand il est entré au *Monde* à 20 ans. Raie sur le côté, cheveux argentés, rond et pondéré, il navigue de l'Académie des sciences morales et politiques aux plateaux de BFM TV, infatigable observateur, jamais lassé par le carrousel de l'actualité.

Il lit *«six à sept heures par jour»* dont quatre heures les journaux (deux heures seulement quand il est en vacances - ça doit être cela être un protestant culturel). La lecture est une boulimie qu'il a attrapée lorsqu'il avait 16 ans. À l'époque, il réchappe d'un terrible accident de voiture qui faillit lui coûter la vie. Il doit rester deux ans hors du circuit scolaire. Adieu le rêve de Normale sup. Rongeant son frein, il passe deux ans à lire cinq livres par semaine. De quoi forger une culture générale et un tempérament. Parmi les auteurs qui ont été fondateurs: les humanistes Cicéron, Érasme, Montaigne, et puis les libéraux Constant, Tocqueville, Guizot, puis, dans les années 1980, Furet, Nora, Ozouf, Aron avec qui il a écrit un livre, *La Révolution introuvable*, qui critiquait Mai 68.

### Il y a souvent un décalage entre les urnes et la bataille culturelle

Alain Duhamel

En centriste libéral européen et modéré, il se sent aujourd'hui presque isolé sur la scène médiatique. *«Qui pense comme moi aujourd'hui?»*, nous demande-t-il. Alors qu'un centriste, Emmanuel Macron, est au pouvoir, les libéraux et les modérés désertent selon lui les médias. Paradoxe? *«Sous de Gaulle, les marxistes régnaient à l'université. En 1981, la gauche a gagné au moment où les libéraux triomphaient intellectuellement. C'était la revanche d'Aron. Il y a souvent un décalage entre les urnes et la bataille culturelle»,* sourit-il de l'air de celui qui en a vu d'autres.

## «Je ne connais pas le mot retraite»

Ce qui a changé, c'est le régime médiatique. *«L'information soumet les politiques à un réquisitoire instantané et continu»,* souligne-t-il. Il évoque son premier stage au *Monde* en 1960 où il avait été reçu par un vieux rédacteur en chef avec une visière et des manches en lustrine. *«On écrivait à la main, on vérifiait tout en permanence. Un rédacteur en chef pouvait être viré pour avoir mal orthographié le nom de Mitterrand, se souvient-il. Avant, le journalisme, c'était la vérification ;*

*maintenant, c'est l'improvisation.»* Lui n'improvise jamais, sauf quand BFM TV le met devant le fait accompli.

**L'avantage avec l'info en continu, c'est que si des difficultés surviennent, élocution, mémoire, ça se voit tout de suite. Je m'observe**

*Alain Duhamel*

Tous les jours, il se rend ponctuellement à 15 h 30 dans les locaux de la chaîne d'info. Là, pendant plus de deux heures, il épluche les dépêches qu'on lui a imprimées pour préparer son débat de 18 heures. *«J'ai voulu faire une dernière expérience, se justifie-t-il. Je ne connais pas le mot retraite, mais je ne suis pas aveugle. L'avantage avec l'info en continu, c'est que si des difficultés surviennent, élocution, mémoire, ça se voit tout de suite. Je m'observe.»* Il promet de lâcher la rampe à temps.

## De siècle en siècle, l'histoire de France

On remarque sur la table basse de nombreux livres d'histoire. C'est sa passion profonde. On le soumet alors au questionnaire de la machine à remonter le temps. S'il devait remonter dans le passé pour une journée, laquelle? Une journée en 1750, en pleine ébullition intellectuelle des Lumières, avant la Révolution française. *«Intellectuellement fascinant.»* S'il devait vivre une année dans le passé, laquelle? 1800, en plein Consulat. *«Ce furent les cinq années de l'histoire de France, et peut-être du monde, où il y a eu le plus de réformes. On a tourné la page de la Révolution, on a construit la France moderne, ses normes, son administration. J'aurais bien aimé être coopté pour rentrer au Conseil d'État comme Benjamin Constant.»*

Et s'il devait carrément naître et vivre à une époque différente, laquelle? (NB: question délicate à poser à un «boomer», qui a vécu par excellence la meilleure part de l'histoire de France). *«Entre 1840 et 1848. La deuxième moitié du XIX<sup>e</sup> siècle a été une incroyable période de transformation sociale. La littérature française était à son summum. C'était aussi l'apogée de l'éloquence parlementaire. Je peux vous assurer que la Chambre des députés et la Chambre des pairs avaient une autre allure que notre assemblée d'aujourd'hui.»*

On imagine bien un Alain Duhamel intemporel, sautant de siècle en siècle en enjambant les révolutions, se réincarnant d'époque en époque sous les traits d'un magistrat éclairé, d'un notable de la monarchie de Juillet ou d'un parlementaire de la Troisième République. *«D'ailleurs, c'est drôle, vous savez, je suis né sous la Troisième République, en mai 1940.»* Une page d'histoire à lui tout seul.



*Le Prince balafre*, Alain Duhamel, Éditions de l'Observatoire, 262 p., 23 €.

16 septembre 2023 (Le Figaro)

[Disney, Budweiser, Target... Ces entreprises américaines qui renoncent à leur virage woke \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Disney, Budweiser, Target... Ces entreprises américaines qui renoncent à leur virage woke

Par [Anne de Guigné](#)



Sur sa page Instagram, une influenceuse transgenre fait la publicité pour la très populaire bière Bud Light d'Anheuser-Busch. *Dylan Mulvaney via Instagram*

### **ENQUÊTE - Aux États-Unis, la politique de soutien des minorités des grands groupes a contribué à la polarisation de la société.**

À un peu plus d'un an de l'élection présidentielle, les coups pleuvent entre les deux camps outre-Atlantique. Enquêtes judiciaires, procédures de destitution... les hostilités promettent de s'intensifier encore dans les prochains mois. Cette guerre de tranchées percute aussi le monde du *business*. Ces dernières années, de nombreux dirigeants s'étaient lancés à cœur joie dans le combat politique, avec notamment une multiplication de manifestations plus ou moins habiles des grandes entreprises en faveur des minorités en réponse à la mort, en mai 2020, de [George Floyd](#), homme noir tué lors de son interpellation par des policiers blancs. Dans l'émotion, Lego avait même trouvé opportun de suspendre «*par solidarité*» ses publicités pour ses figurines de policiers...

Exprimées par conviction personnelle, sous la pression de groupes de salariés ou par calcul marketing, ces prises de position devaient placer à peu de frais les marques dans le camp du progrès. Loin de là, elles ont attisé la polarisation du pays. Au point que les grandes entreprises ont fini par comprendre qu'elles avaient beaucoup à perdre à transférer ainsi aux consommateurs la responsabilité de trancher un débat idéologique toujours plus clivant. La plupart tentent aujourd'hui de faire machine arrière.

Les attermoissements de [Disney](#) illustrent ce retournement. Après des années d'engagement progressiste, qui l'ont conduit à assumer un bras de fer avec l'inflexible gouverneur conservateur de Floride Ron DeSantis, le géant du divertissement s'efforce de retrouver un positionnement plus consensuel. Les actionnaires ont rappelé à cette fin, en novembre dernier, le patron historique Bob Iger avec mission de rééquilibrer l'image de l'entreprise. De polémiques en polémiques, Disney avait glissé en quelques années de la 4<sup>e</sup> à la 77<sup>e</sup> place au classement des marques les plus populaires aux États-Unis, réalisé par Axios-Harris. L'immense souci de la marque de n'offenser personne a fini par lasser ses admirateurs peu sensibles à la nécessité de tourner une nouvelle version de la petite sirène avec une actrice noire ou de censurer sur la plateforme Disney+ *Les Aristochats*, pour les moins de 7 ans, afin de préserver les enfants de la vision supposée raciste d'un chat siamois jouant du piano avec des baguettes.

**Le Parti républicain, du moins sa frange la plus populiste, s'est mué en premier soutien de la petite entreprise**

Brice Couturier

La tâche de Bob Iger n'est pas simple: après avoir affiché une intense empathie pendant des années envers toutes les demandes identitaires, jusqu'à créer des groupes affinitaires en fonction de la couleur de peau des salariés, c'est à un véritable changement de culture interne que le patron s'attelle. Quant à l'apaisement avec Ron DeSantis, qui a construit sa (fragile) stature nationale autour de sa croisade antiwoke, le défi semble quasiment insurmontable.

Le débat politique américain sur les questions économiques n'a en effet plus rien à voir avec les années Reagan. «*Dans un parfait chiasme, le Parti démocrate, qui était traditionnellement le parti des syndicats est désormais financé par Hollywood, la finance ou la tech, avance Brice Couturier, coauteur de l'essai L'Entreprise face aux revendications identitaires. Et a contrario, le Parti républicain, du moins sa frange la plus populiste, s'est mué en premier soutien de la petite entreprise. Je crois que le trumpisme prospère sur ce fond d'anticapitalisme.*» Le succès du dernier essai, résolument critique sur le pouvoir du marché, de l'éditorialiste conservateur, soutien de Donald Trump, Sohrab Ahmari, *Tyranny Inc: How Private Power Crushed American Liberty - And What To Do About It* (1), auprès de la frange traditionnelle de la gauche américaine illustre bien ce nouveau rapport de force.

## Influenceuse transgenre

Le monde du *business* s'était engagé en politique pour séduire des consommateurs en quête de sens. Il s'est très vite retrouvé dépassé par son invention, alors qu'aiguillonnés par des campagnes militantes, leurs clients se transformaient en inflexibles activistes. Anheuser-Busch en a fait les frais, il y a peu. Sa très populaire bière Bud Light a subi une baisse de 24% de ses ventes entre avril et juin, en raison du lancement tambour battant d'une campagne publicitaire en association avec une influenceuse transgenre, qui a poussé les stars de la musique country à appeler au boycott immédiat de cette «bière trans».

La chaîne de supermarchés Target a également dû retirer de ses rayons, en juin dernier, des produits ciblant la communauté LGBT, après une forte vague de boycott qui a pesé sur son cours de Bourse. Le patron s'est alors vu accuser par le gouverneur démocrate de Californie, Gavin Newsom, de «*sacrifier la communauté LGBT aux extrémistes*». Côté conservateur, les initiatives lancées en réponse à la vague woke n'affichent pas non plus de franche réussite. GloriFi, néobanque fondée au Texas, qui promouvait «*l'amour de Dieu et de son pays*» et promettait un rabais sur l'assurance habitation des personnes détentrices d'armes à feu, a mis la clé sous la porte en moins de trois mois.



La Petite Sirène avec l'actrice Halle Bailey jouant Ariel. *Walt Disney Company*

L'évolution de Larry Fink, puissant patron de [BlackRock](#), est emblématique de la difficulté des entreprises à trouver le juste équilibre face à la radicalisation des opinions. Au début de l'été, l'ancien héraut du capitalisme responsable déclarait ne plus souhaiter parler d'ESG (soit de critères environnementaux, sociaux et de gouvernance) car ces initiales avaient été «*militarisées*» par l'extrême gauche comme l'extrême droite. Elles lui ont en tout cas valu bien des soucis. Depuis un an, le gestionnaire d'actifs le plus important du monde, avec 10.000 milliards de dollars sous gestion, essuyait des tirs de tous côtés. Trop vert pour des États conservateurs comme la Louisiane ou la Floride, trop timoré, ou, pire, jouant double jeu, pour les démocrates progressistes, le groupe et son dirigeant n'ont cessé d'être pris à partie.

«*Je ne veux pas être la police de l'environnement, c'est une erreur de demander au secteur privé d'assumer un tel rôle*», assurait-il encore l'année dernière, après avoir sans doute compris que loin de convertir la société à la nécessité de la transition écologique, ses prises de position avaient plutôt nourri le ressentiment d'une frange conservatrice, opposée à tout effort sur ce terrain. La grande majorité des Américains appelleraient de leurs vœux une forme de neutralité. Selon un sondage Harris poll, 70 % seraient même favorables au fait qu'une entreprise limite les conversations politiques sur le lieu de travail.

Trouver le ton juste dans une société si fracturée relève de l'exercice d'équilibriste. La décision en juin 2022 de la Cour suprême *Dobbs vs. Jackson Women's Health Organization*, donnant la liberté aux États de fixer les délais légaux d'avortement, a ainsi mis à rude épreuve la volonté de nombreux groupes de se mettre quelque peu à distance des débats politiques. Le changement de pied d'un cabinet de conseil issu de Boston illustre cette tension. En amont de l'arrêt, la direction a tenté de préparer les esprits en demandant à chacun de bien vouloir garder pour soi, le jour de la décision, son ressenti afin de préserver la cohésion des équipes. Quelques jours, et sans doute une sérieuse bronca, plus tard, un nouveau message était envoyé: les salariés étaient priés d'excuser le groupe d'avoir ainsi piétiné les droits des femmes et des «*minorités de genre*».

Plutôt que des réactions publiques au mouvement [Black Lives Matter](#), dans le cas de l'arrêt de la Cour suprême, les entreprises semblent avoir privilégié les mesures internes. Beaucoup ont proposé de financer à leurs salariées, qui souhaiteraient avorter au-delà des délais légaux locaux, un billet d'avion vers un État à la législation plus souple.

## Publicité avec des hidjabeuses

En France, [la question du rôle des entreprises dans la cité traverse aussi la société](#). Le débat se pose toutefois en des termes différents qu'aux États-Unis. Autant la nécessité de l'engagement des acteurs privés pour l'environnement fait consensus, autant la promotion des minorités mobilise nettement moins, (essentiellement une partie de la jeunesse et de la gauche). Dans leur communication officielle, les entreprises hexagonales préfèrent d'ailleurs en général mettre en avant leurs engagements sociaux que sociétaux. La plupart des dirigeants tentent alors de composer au mieux entre les injonctions de leurs actionnaires, souvent anglo-saxons, les revendications de certains de leurs salariés, et particulièrement les plus jeunes, et leur volonté d'éviter tout tournant communautariste.

Ils sont soutenus sur ce point par l'exécutif qui défend, avec plus ou moins d'entrain selon ses représentants, le cadre universaliste du pays. Lors des discussions bruxelloises autour de la directive sur les normes extra-financières, Paris s'est ainsi fermement opposée à ce que la question sensible de la diversité en entreprise soit traitée par des indicateurs d'origine ethnique et d'orientation sexuelle. Dans le contexte politique actuel, les patrons français craignent en fait bien davantage que les tensions au sein de leur corps social se cristallisent sur le sujet inflammable du fait religieux en entreprise.

«*Pour notre essai sur l'entreprise face aux revendications identitaires, nous nous sommes surtout concentrés sur les sujets de genre ou d'orientation sexuelle, car ce sont les exemples qui nous remontaient*, explique Errell Thevenon coautrice de l'essai précité. *Mais ma crainte est qu'en*

*France le sujet se déplace. La question religieuse étant latente, les revendications religieuses pourraient trouver là des fondements et un relais. Pour les entreprises, qui étaient parvenues ces dernières années à apaiser ce terrain, le défi s'annonce rude.»* La dernière polémique autour de la publicité de Sephora mettant en scène des jeunes femmes portant le hidjab pour jouer au foot donne malheureusement du crédit à cette intuition.

(1) Que l'ont peut traduire ainsi:«Tyrannie & Cie: comment le pouvoirprivé a écrasé la liberté américaine. Et comment y remédier?»

15 septembre 2023 (NZZ)

[Ostdeutschland: Lukas Rietzschel über die AfD und falsche Vorurteile \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

INTERVIEW

«Dieses Westplaining überall: Es nervt! Immer treffe ich irgendwo auf einen Westdeutschen, der mir seine Sicht der Dinge mitteilen will»

Lukas Rietzschel ist die Stimme der ostdeutschen Millennials. Im Gespräch sagt er, warum der Westen stets im Osten das Problem sehe. Und weshalb er seine Meinung zur AfD geändert hat.

Katharina Bracher

15.09.2023, 05.30 Uhr 12 min



Trabant oder Käfer? Ost oder West? Noch immer beschäftigt Deutschland die gesellschaftliche Spaltung. Imago

Sie kamen 1994 nach dem Mauerfall in Ostdeutschland auf die Welt. Wann wurden Sie zum ersten Mal «Ossi» genannt?

Das war in Kassel, wo ich studiert habe. Da war ich so Anfang zwanzig. Wir hatten da eine Vorstellungsrunde unter Politologie-Studenten, wir sollten Magneten auf einer Deutschlandkarte platzieren, um zu zeigen, wo wir herkommen. Ich habe ihn auf «Dresden» gesetzt, und die Betreuerin sagte: «Ah, der Quoten-Ossi.»

Sie wussten nicht, dass Sie ein «Ossi» sind?

Nein, ich kannte das Wort «Wessi», aber ich habe daraus seltsamerweise nicht geschlossen, dass es auch eine Entsprechung im Osten geben müsse. Ich hatte da noch keinerlei Erfahrungen mit dem «Westen». Allerdings existierte für mich auch kein Osten.

Sondern?

Es gab Deutschland. Prägend dafür war die WM 2006, da war ich 12 Jahre alt. Das offizielle Motto lautete: «Die Welt zu Gast bei Freunden». Da realisierte ich, dass es ein «wir» gab, das Deutschland war. Wir waren die «Freunde». Und die spielten auch noch attraktiven, schnellen Fussball. Für mich gab es nur ein Land.

Kannten Sie keine Witze über die «Wessis»?

Doch, natürlich! Bei uns gibt es zum Beispiel diese Kaiserbrötchen, goldgelb, von aussen sehen die perfekt aus. Aber wenn man sie aufschneidet, ist da nur Luft. Wir nannten sie «Wessi-Brötchen», weil der äussere Schein trog; sie waren nicht so lecker, wie sie vorgaben zu sein. Die Wessis waren für mich so etwas wie die Ostfriesen, einfach eine Gruppe, über die man sich lustig machte, die man aber eigentlich nicht unbedingt kannte.

Und wann ist es Ihnen zuletzt passiert, dass Sie als «Ossi» angesprochen wurden?

Das war vor wenigen Wochen. Auf einem Balkon der Villa Aurora des Thomas-Mann-Hauses in Los Angeles. Da sprach mich ein Deutscher an, der schon lange in den USA lebte. Ich hatte zuvor eine Kurzpräsentation über das Romanprojekt, an dem ich gerade arbeite, gehalten, und der Mann war mit Sohn und Tochter im Publikum gesessen. Er näherte sich mir, ohne sich vorzustellen, und sagte: «Schaut mal, Kinder, so sieht jetzt ein Ossi aus.»

Wie reagiert man auf so etwas?

Perplex. Ich habe nicht verstanden, was da gerade passiert war, und reagierte wie ein Zootier: Ja, haha, hier bin ich, schaut mich an. Und es war ja auch nicht so, dass er die Gelegenheit genutzt hätte, um ein paar Nachfragen zu stellen zu dem, was ich vorher über meine Arbeit erzählt hatte. Das Einzige, was er fragte, war: «Woher genau bist du?» Ich sagte: «Görlitz.» Darauf er: «Ah, ich war schon einmal in Schwerin.» Das ist etwa so, wie wenn ich gesagt hätte: «Ich wohne in Hamburg» und er erwidert hätte: «Interessant, ich war schon einmal in Nürnberg.» Dann begann er mir zu erzählen, wie sie damals so war, die DDR. Mit dem Geld und mit den Häusern, die keine Farbe hatten.

Allerdings geht es in Ihren Büchern um das Erbe der DDR und die ostdeutsche Identität. Sie haben sich das Thema ausgesucht.

Dass ich etwas thematisiere, heisst ja nicht, dass ich das auch bin. Dass mich das ausmacht. Ich habe meine Arbeit nie als etwas Identitäres definiert. Ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt: «Schaut her, das bin ich, der Ostdeutsche.» Vielmehr habe ich einen künstlerischen Raum geöffnet. Aber es gibt immer Leute, die wollen das als Zuschreibung verstehen. Und es stimmt übrigens nur begrenzt, dass ich mir das Thema ausgesucht hätte.

Inwiefern?



Ich bin da hineingeboren. Und das ist Zufall. Meine Herkunft und meine Eltern habe ich mir nicht ausgesucht. Natürlich könnte ich über etwas anderes schreiben. Aber es ist halt das, was mich beschäftigt. Ich kann diese Gegenwart nicht beschreiben, ohne immer wieder festzustellen, dass da Unterschiede sind. Sie zeigen sich in der Sozialisation von uns Nachgeborenen, weil Eltern und Grosseltern in der DDR aufgewachsen sind. Ich habe die Folgen des Umsturzes erlebt, also die Nachwendezeit mit dem einsetzenden Neoliberalismus. Dass meine Eltern und Grosseltern lange aus demokratischen Prozessen ausgeschlossen waren, hat auch mich geprägt. Und das ist es, was mich interessiert. Nicht die Zeit der DDR.

Versteht man im Westen, dass man in Ostdeutschland unter anderen Voraussetzungen aufgewachsen ist?

Aus meiner Sicht viel zu wenig. Und deshalb nervt mich das, wenn so ein Westdeutscher kommt, der andere Erfahrungen mit diesem System gemacht hat: mit der Demokratie, der Marktwirtschaft, dem Neoliberalismus. Der sich dann hinstellt und alle diffamiert, die seine Erfahrungen eben nicht gemacht haben qua Geburt. Die Westdeutschen haben das Privileg, anders aufgewachsen zu sein als wir. Das ist eine andere Sprecherposition, man verfügt über ein anderes kulturelles Kapital.

Was meinen Sie damit?

Ich möchte, dass man seinen eigenen Erfahrungshintergrund als Westdeutscher erst einmal reflektiert, bevor man auf mich zukommt und mir den Osten zu erklären versucht. Aber das Gegenteil ist der Fall. Und so treffe ich sogar in Los Angeles Menschen, die mir etwas über den «Osten» erzählen wollen. Egal wo, immer treffe ich irgendwo auf einen Westdeutschen, der mir seine Sicht der Dinge mitteilen will. Dieses Westplaining überall: Es nervt!

Jetzt klingen Sie wie der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann, der in seinem Bestseller «Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung» gegen die Selbstgerechtigkeit des Westens wettert.

Ich verstehe Oschmanns Wut. Dass man im gesamtdeutschen Diskurs den Osten ständig als das schwarze Schaf in der Familie brandmarkt, das nichts gebacken kriegt und das die Aufarbeitung seiner Vergangenheit nicht hinbekommen hat, ist frustrierend. Gleichzeitig empfinde ich seine Kritik auch als teilweise antiquiert.

Warum?

Unter anderem schreibt er, dass der Osten keine Fürsprecher habe. Das stimmte vielleicht noch vor zwanzig Jahren. Ostdeutschland hat zum Beispiel eine starke literarische Stimme entwickelt. Hier werden heute die besseren Bücher geschrieben als im Westen. Und wir haben inzwischen viele Autoren und Journalistinnen, die aufgestiegen sind in den Redaktionen. Zum Beispiel der «FAZ»-Korrespondent Stefan Locke oder Martin Machowecz bei der «Zeit». Oder die Journalistin Valerie Schönian, die ein Sachbuch über uns Nachwendekinder geschrieben hat.

Was ist denn der Unterschied zwischen alten Osterklärern wie Oschmann und dem Blick der Nachwendekinder?

Oschmanns Generation kämpft anders. Es sind wütende Streitschriften wie «Integriert doch erst mal uns!» von Petra Köpping. Sie denken, dass sie nur mit dieser Wut überhaupt wahrgenommen werden. Dadurch zementieren sie das Ost-West-Gefälle. Nachwendekinder befassen sich hingegen mit sich selbst, mit der eigenen Herkunft, der individuellen Erfahrung, mit den Vorurteilen. Die neue Generation schafft ein Bewusstsein für das eigene Ostdeutschsein, indem sie Erfahrungen teilt. Oschmann geht eher davon aus: Wir sind die Ostdeutschen, weil ihr die Westdeutschen seid.

Was haben Sie Oschmanns Generation voraus?

Wir unterhalten uns zuerst miteinander. Und versuchen, eine Position zu finden. Ohne die alten Brüche heraufzubeschwören.

Allerdings lässt sich an der Grenze zwischen Ost und West viel Interessantes ablesen. Das Wahlverhalten etwa unterscheidet sich. Die AfD räumte vor drei Monaten bei den Landratswahlen in Thüringen ab. Und Anfang September ist die Partei nicht nur dort im Umfrage-Hoch, sondern auch in Sachsen-Anhalt. Im Westen kommentiert man das als «Alarmsignal für die Demokratie». Sie leben in der Stadt Görlitz an der Grenze zu Polen. Wie wird das dort diskutiert?

In meinem liberalen Freundeskreis fragt man sich gerade: Können wir in dieser Region weiterhin leben? Andere sagen: So schlimm wird es schon nicht kommen. Davon abgesehen, spüre ich eine Aufbruchstimmung in der AfD-Politik – gerade im Hinblick auf die nächsten Wahlen. Die Euphorie, mit der die AfD Wahlkampf macht, ist momentan besonders gross. Demgegenüber stehen Kommentare aus Westdeutschland, die ich als widersprüchlich empfinde. Entweder man berichtet im Panikmodus über die drohende Gefahr für die Demokratie, oder man fand alles halb so wild.



Lukas Rietzschel ist 1994 in Sachsen geboren. Mit seinem Roman «Mit der Faust in die Welt schlagen» aus dem Jahr 2018 sorgte er für Aufsehen. Thomas Lohnes / Getty

Und was meinen Sie?

«Alles halb so schlimm» halte ich für eine fatale Fehleinschätzung. Im Osten ist man an einem Kipppunkt angelangt. Teile der Bevölkerung können sich nicht mehr mit der Politik identifizieren, die in Berlin gemacht wird. Seit der Wende haben sie sich nach den neuen Regeln der neoliberalen Marktwirtschaft gerichtet und hart gearbeitet, um einen gewissen Lebensstandard zu erreichen: ein Haus, ein Auto, Urlaub im Sommer. Nun haben sie das Gefühl, dass die grüne Politik ihnen das Autofahren vermiesen und vorschreiben will, wie sie ihr Haus zu beheizen haben oder mit welchem Verkehrsmittel sie in die Ferien reisen dürfen. Gleichzeitig schauen sie in ihren Städten und Dörfern auf eine marode Infrastruktur, fehlende Kitas, heruntergewirtschaftete Schulen und defizitäre Landeshaushalte. So sieht im Osten die politische Realität aus.

Und dann wählen sie AfD.

Ich verteidigte AfD-Wähler bis zu einem gewissen Punkt. Ich finde es eigentlich besser, wenn man wählen geht, als sich im Untergrund, abseits der öffentlichen Wahrnehmung und abseits gesellschaftlicher Normen, zu radikalieren.

Aber?

Meine Meinung hat sich verändert, weil ich sehe, wie die AfD hier vor Ort in Görlitz Tag für Tag Falschmeldungen unter die Leute bringt, und das mit einem wütenden, teilweise aggressiven Ton. Und ich sehe, dass, anstatt Gegenwehr zu provozieren, der öffentliche Diskurs sich nach und nach verschiebt. Das mögen Liberale nicht gerne hören, aber ich fürchte, es geht nicht ohne Zwänge und Pflichten, um eine demokratische Grundordnung aufrechtzuerhalten. Schöne Worte helfen uns jetzt nicht mehr.

Sondern?

Die im Grundgesetz benannte «wehrhafte Demokratie» darf keine Phrase bleiben. Mein Vorschlag wäre erstens, die AfD und alle ihre Nachfolgeorganisation zu verbieten, damit unsere Gesellschaft sich befrieden kann, und zweitens unsere regionalen Parlamente per Losverfahren zu besetzen. Darum ging es eigentlich in meinem Essay. Hängengeblieben ist das AfD-Verbot.

Ignorieren wir einmal die Tatsache, dass so ein Verbotsantrag höchstwahrscheinlich nicht durchkommen würde, wie man schon bei der rechtsextremen NPD gesehen hat: Wen würden AfD-Anhänger wählen, wenn es diese Partei nicht mehr gäbe? Würde sie das nicht erst recht in den Untergrund treiben?

Ihre Anhänger sind radikalisiert, weil die AfD existiert. Wir dürfen nicht den Fehler machen, Ursache und Wirkung miteinander zu verwechseln. Weltweit sind Ärger und Ängste nicht die bestimmende Motivation, um rechte Parteien zu wählen. Ärger und Ängste steigen aber, nachdem rechte Parteien Wahlerfolge haben verbuchen können. Parteien wie die AfD verpesten das politische Klima, und es liegt am Machtopportunismus konservativer Parteien wie CSU und CDU, dass sich dieses Gift ungehindert in andere gesellschaftliche Milieus überträgt.

Sie sind Mitglied der SPD und damit eher die Ausnahme im Osten, wo die Partei kaum neue Anhänger findet. Sind sozialdemokratische Positionen zu wenig attraktiv?

Die SPD hat dasselbe Problem, mit dem andere etablierte Parteien zu kämpfen haben: Man glaubt nicht daran, dass sich eine Mitgliedschaft positiv auf ihr Leben auswirken kann. Das ist bitter, aber ich habe Verständnis dafür.

Warum?

Weil sich viele Bürgerinnen und Bürger von politischen Entscheidungsprozessen entfremdet haben. Zum einen, weil unser Bundestag längst nicht mehr die Vielfalt der deutschen Gesellschaft abbildet. Nichtakademiker etwa sind chronisch unterrepräsentiert. Ihre Meinungen werden bei politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt. Und dann haben sogenannte nicht-majoritäre Institutionen wie Verfassungsgericht, Zentralbank, Expertengremien und Lobbygruppen einen immer stärkeren Einfluss. Diese Defizite nutzt die AfD aus. Aber anstatt sich wirklich tiefer damit zu befassen, welche Reformen wir für Deutschland brauchen, um alle am politischen Prozess teilhaben zu lassen, fordern sie die Beschneidung der Gerichte und eine Distanzierung von der EU. Sie wollen sich Macht sichern, indem sie Rechtsstaat und Demokratie so verändern, dass Opposition und unabhängige Kontrolle unmöglich werden.

Im Osten dominiert das Gefühl des Abgehängtwerdens. Dabei hat sich die wirtschaftliche Integration des Ostens in den letzten Jahren fortgesetzt. Die Arbeitslosenquote, die Produktivität – alles scheint sich dem Westen anzugleichen. Der Osten ist nicht mehr so rückständig, wie viele meinen. Eigentlich geht es den Menschen besser als vor der Wende. Warum spürt man das im Osten nicht?

Sie haben recht: Uns geht es gut. Die Einkommen und Renten steigen, das Wohlstandsniveau generell, sogar die Vermögen, wenngleich diese ungleich verteilt sind. Allerdings sind rechte Parteien ausgerechnet in jenen Ländern erfolgreich, in denen die Ungleichheit gesunken ist, so etwa in Österreich, den Niederlanden und Frankreich. Die sozioökonomische Lebensrealität hat wenig Einfluss auf die Wahlentscheidung. Das zeigen zahlreiche Studien. Ich will damit sagen, dass viele Ostdeutsche, anders als vom Westen kolportiert, ein ausgeprägtes demokratisches Bewusstsein haben. Die Herrschaft der SED endete ja auch, weil die Partei nicht bereit war, die von der Bevölkerung geforderten demokratischen Reformen zur Mitbestimmung und Teilhabe umzusetzen.

In der DDR stand die Arbeitsgesellschaft im Zentrum. Kurz nach dem Mauerfall war diese aber nichts mehr wert, die Wirtschaft lag in Trümmern, und die Arbeitslosigkeit war hoch. Das wirkte sich negativ auf das Selbstbewusstsein der Menschen aus.

Das stimmte zu Beginn wohl. Viele wurden damals in Frühpension geschickt oder in Qualifizierungsmaßnahmen für den liberalen Arbeitsmarkt. Das hat sich sicher eingebraunt. So mancher fühlte sich überflüssig. Als Bürger zweiter Klasse. So wurde etwa das Rentenniveau in Ost und West erst in diesem Jahr angeglichen.

Wenn man Ihnen so zuhört, dann bekommt man den Eindruck, die Ostdeutschen sind vor allem eins: bockig. Wo bleibt da die Selbstkritik?

Es fällt schon auf, dass die Ostdeutschen oft als wütend oder meckernd betitelt werden. Jammer-Ossi, so nannte man das früher abwertend. Ich kann Ihnen aber versichern, dass unter den Ostdeutschen ein angeregter Diskurs über Selbst- und Fremdwahrnehmung geführt wird, über Deutungsansätze und neue Perspektiven. Da sind wir wieder bei der Selbstvergewisserung, von der ich am Anfang sprach.

Ein Stereotyp über den Osten aber hält sich hartnäckig: die angeblich stark fremdenfeindliche Bevölkerung. Umfragen zeigen tatsächlich, dass xenophobe Einstellungen im Osten weiter verbreitet sind als im Westen. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Bei uns leben in einigen Landstrichen etwa ein Viertel mehr Männer, weil die gut ausgebildeten Frauen in den Westen gezogen sind. Aus Studien zum Wahlverhalten während der Präsidentschaftswahl in Österreich wissen wir auch, dass dort, wo Männer leben, eher konservative bis reaktionäre, rassistische Parteien gewählt werden. In der DDR gab es wenig Fremdes. Wenn, dann waren es Gastarbeiter aus Kuba, Moçambique oder Vietnam. Diese aber waren jeweils an den Siedlungsrändern kaserniert, echte Integration fand nicht statt. Und dann gab es später westdeutsche Vertragsarbeiter, die oft im Osten blieben. Diese Fremden wurden immer assoziiert mit: Die nehmen uns Arbeit weg.

Eine andere Feststellung aus Umfragen: Ostdeutsche halten weniger von demokratischen Grundwerten als Westdeutsche.

Und trotzdem ist es hirnrissig, zu glauben, dass die Radikalisierung und die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie nur ein ostdeutsches Problem sei. Die Reichsbürger-Bewegung etwa besteht zum Grossteil aus Westdeutschen. Als die Gruppe, die den deutschen Gesundheitsminister Karl Lauterbach entführen wollte, vor Gericht stand, schrieb die «FAZ» von ein paar Männern sowie einer Frau aus Sachsen. Es war offensichtlich wichtig, zu erwähnen, dass eine Person aus dem Osten war.

Halten Sie die Reichsbürger-Bewegung für ein westdeutsches Problem?

Rein von den Zahlen her, die bekannt sind: ja. Aber so wird das natürlich nicht gelesen von der Öffentlichkeit. Wenn es mehrheitlich die Westdeutschen betrifft, dann ist es nie eine westdeutsche Debatte. Aber wenn mehrheitlich Ostdeutsche dabei sind, dann wird daraus sofort wieder das «Problem des Ostens». Für den Westen ist es praktisch, wenn der Osten das Problem ist. Dadurch muss man sich nicht mit sich selbst beschäftigen.

Stimmt es eigentlich, dass Ostdeutsche den russischen Angriff auf die Ukraine nicht ganz so kritisch sehen wie der Rest des Landes?

Ich stelle mir schon auch die Frage, ob der Osten anfälliger ist für russische Narrative. Ob es hier eine grundsätzliche Russland-Freundlichkeit gibt. Aber wichtiger und wahrscheinlich richtiger finde ich

die Feststellung, dass hier bisweilen einfach alles, was aus Berlin kommt, skeptisch beäugt wird. Völlig egal, ob es um Massnahmen gegen den Klimawandel oder um Covid-Impfungen geht oder um den russischen Angriff auf die Ukraine: Die Ostdeutschen sind nicht alles Russland-Freunde, aber viele lehnen die sogenannte offizielle Meinung einfach rundweg ab. Da sind wir wieder beim Trotz.

Gibt es einen nennenswerten Unterschied zwischen Jung und Alt?

Die Älteren haben gelernt, bei Verlautbarungen der Behörden deren Lügen zu entlarven und zwischen den Zeilen zu lesen. Diese DDR-Alltagsmethoden haben sie nahtlos in die BRD übergeführt. Es ist jedoch zu beobachten, dass dieses – ich nenne es mal: politische – Wissen zwischen den Generationen weitergegeben wird. In einer Studie der Bundeszentrale für politische Bildung, die in Görlitz durchgeführt wurde, wurde festgestellt, dass sich die politischen Einstellungen eines 50-jährigen Vaters und seines 20-jährigen Sohnes nur marginal unterscheiden. Dieses «Problem» stirbt also nicht einfach aus, wenn ich es mal so sagen darf.

Was haben Ihre Eltern Ihnen eigentlich auf den Weg gegeben, als «Ossi» in Deutschland?

Mein Vater gab mir etwas auf den Weg, mit dem ich zuerst gar nicht viel anfangen konnte: Versuche, dass du nicht als Sachse auffällst. Versuche, den Dialekt zu unterdrücken und Hochdeutsch zu sprechen. Er hatte schlechte Erfahrungen damit gemacht. Heute spreche ich tatsächlich nur noch unter Sachsen Sächsisch.

15 septembre 2023 (FAZ)

[Zölle auf chinesische E-Autos: Die panische Reaktion der EU \(faz.net\)](#)

ZÖLLE AUF CHINESISCHE E-AUTOS:

## Die panische Reaktion der EU

EIN KOMMENTAR VON [HENDRIK KAJSACK](#), BRÜSSEL

-AKTUALISIERT AM 14.09.2023-21:26



Die Zukunft in China vorgefahren: Toyota-Konzeptautos auf der Automesse Schanghai Bild: EPA

Mit der Verhängung von Strafzöllen auf E-Autos aus China riskiert Brüssel fahrlässig einen Handelskonflikt. Der schadet den deutschen Autoherstellern. Die brauchen in der aktuell schwierigen Lage ganz andere Dinge.

Panik ist nie ein guter Ratgeber. Genau die aber treibt die EU-Kommission offenkundig nun dazu, Strafzölle auf chinesische **Elektroautos** zu fordern. Mit Preisvorteilen von 20 Prozent erobern die Chinesen gerade den europäischen Markt – von null auf bald 15 Prozent in fünf Jahren. Möglich ist das nur wegen milliardenschwerer Staatshilfen, die europäischer Hersteller können da nicht mehr lange mithalten. Davon ist Brüssel überzeugt. Die Solarbranche lässt grüßen.

So scheint dann kein Weg daran vorbeizuführen, die Mauern hochziehen, um das Schlimmste zu verhindern. Die anderen machen es ja auch: Amerikaner, Inder, Türken, sie alle belegen Elektroautos aus **China** mit Schutzzöllen. Nach außen verkauft die Kommission die Zölle als reine Abwehr gegen die unfairen Subventionspraktiken Pekings. Das soll den Anschein erwecken, dass alles mit rechten Dingen zugeht, sprich den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) genügt.

Tatsächlich begibt sich die Kommission auf dünnes Eis. Einen starken „Fall“ hat sie nicht. Für Dumping gibt es keine Belege, sonst hätte sie nicht die Krücke des Anti-Subventions-Verfahrens gewählt. Die **EU** sitzt, wie der Ökonom Gabriel Felbermayr treffend sagt, im Glashaus. Schließlich hat auch sie das Staatssäckel längst geöffnet und fördert die Branche, wo es eben geht – von der Batteriefertigung bis zu Kaufprämien für Elektroautos. Zudem ist der Erfolg der Chinesen womöglich auch damit zu erklären, dass sie die besseren E-Autos bauen, weil sie – nach dem Tesla-Erfolg – schneller als die EU auf dieses Pferd gesetzt haben.

Die EU darf nicht naiv sein, wenn es um China geht. Aber auf dieser Basis einen Handelskonflikt zu provozieren, ist fahrlässig. Treffen wird das vor allem die deutsche Industrie, auch die Autohersteller, die auf offene Märkte und den Zugang zum chinesischen Markt angewiesen sind. Die Antwort auf die schwierige Lage nicht nur der Autobranche liegt nicht in Protektionismus, sondern in der Stärkung des Standorts EU durch weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb – und einen möglichst offenen Handel mit dem Rest der Welt, auch und gerade jenseits von China.





15 septembre 2023 (The Economist)

[The EU's liberals need better ways to deal with populists \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The real threat from Europe's hard right

## The EU's liberals need better ways to deal with populists

Demonisation isn't working



image: justin metz/getty images

Sep 14th 2023

A spectre is haunting Europe: the spectre of a rising hard right. In Germany the overtly xenophobic Alternative for Germany (afd) has surged to become the country's second-most popular party. Its success is polarising domestic politics and it seems poised to triumph in state elections in the east next year. In Poland the ruling Law and Justice party is leading the polls ahead of a general election on October 15th, and it is being drawn further to the right by an extreme new party, Confederation.

As we explain in this week's [Briefing](#), there could be more grim news to come. Next year the hard right could gain more sway in elections for the European Parliament, due to be held in June. Marine Le Pen, the leader of National Rally, could win the presidential election in France in 2027. If she did, France would become the second big country to be run by the hard right, after Italy, where Giorgia Meloni and her Brothers of Italy took power last year in a coalition with the nativist League.

Make no mistake, Europe is not about to be overrun by fascists, in a repeat of the 1930s. But the new right-wing wave presents a big challenge. Handled badly, it could toxify politics, disenfranchise a large share of voters and prevent crucial reforms of the European Union (eu). Rather than trying to exclude hard-right parties entirely from government and public debate, the best response is for mainstream parties to engage with them, and on occasion do deals with them. If they have to take some responsibility for actually governing, they may grow less radical.

Europe's hard right has enjoyed several surges over the past quarter of a century. In 2000 Jörg Haider, an anti-establishment demagogue, shocked the continent by entering government in Austria: his Freedom Party is now the most popular there. A migration crisis in 2015, when over 1m people from poor and war-torn countries crossed the eu's borders, led to another wave of support for xenophobic and Eurosceptic parties, including Britain's Brexiteers.

The new wave that is breaking is different in three ways. First, the hard right has opportunistically found new topics to drum up fury about. Most such parties are still anti-foreigner, but having seen Britain's experience, some have moderated their hostility to eu membership, and fewer want to ditch the single currency. All are animated by new concerns, most obviously hostility to pro-climate policies, which they argue are an elitist stitch-up that will fleece ordinary people. In Germany the afd has [successfully](#)

[mobilised opposition](#) to a government push to require people to install expensive heat pumps in their homes, forcing the government to water down the measures.

The second shift is the breadth of their support. Our calculations show that 15 of the eu's 27 member countries now have hard-right parties which have support of 20% or more in opinion polls, including every large country bar Spain, where the nationalist Vox did badly in July's elections. Almost four-fifths of the eu's population now live in countries where the hard right commands the loyalty of at least a fifth of the public.

The final shift is that the stakes have been raised, particularly at a European level. The war in Ukraine has created a pressing need for the eu to welcome new members in the east, ultimately including Ukraine. In tandem, it will need to streamline decision-making to reduce the veto powers member states wield. The presence of a larger bloc of anti-immigrant nationalists could make that crucial task far harder. Hungary's Viktor Orban, a guru to other populist-nationalists, has consistently tried to block eu reform. Imagine if he gains more allies.

How should centrist voters and parties respond to the threat from the hard right? The old answer was to erect a *cordon sanitaire*. Mainstream parties refused to work with the insurgents; mainstream media refused to air their views. That approach may have run out of road; in places it is becoming counter-productive. In Germany the isolation of the afd has reinforced its narrative of being the only alternative to a failed establishment. Mainstream parties cannot pretend for ever not to hear the voice of 20% of voters without eventually corroding democracy.

Meanwhile, there is more evidence that hard-right parties in Europe tend to moderate their views when they have to take responsibility for governing. Exhibit A is Ms Meloni, the first hard-right prime minister of a western European country since the second world war. Despite liberal fears, she has not, or at least not yet, picked fights with Europe, upended migration policy, or restricted abortion or gay rights. She has remained a supporter of nato and Ukraine, by no means a given on the hard right. In the Nordics a similar pattern has played out. The Finns and the Sweden Democrats, two nationalist parties, have become more pragmatic since either joining or agreeing to support a governing coalition.

Any decision to include a hard-right party in local or national government should be taken with extreme caution, especially in places where a history of fascism arouses acute sensitivity. Some rules of the road may help. One is that to be considered, any party must agree to renounce violence and respect the rule of law. Just as important is the constitutional context: at what level of government should they be included? What are the checks and balances created by the electoral system and other institutions? It may make sense to allow the afd to take part as junior members of local-government coalitions in Germany, for example. It would be a disaster if the hard right were to win France's presidency, with its enormous powers.

## **Tame or flame**

Last, mainstream parties must accept that they have not done enough to satisfy a large and angry minority of their citizens. Trying to accelerate the green transition by loading people up with costs they cannot afford (Germany's rules on boilers, for instance, or Emmanuel Macron's ill-fated attempt to increase taxes on fuel) is just making greenery unpopular. Better communication and compensation for the worst-hit are both essential. Failing to control national borders alienates people, whereas a well-managed migration system could be shown to benefit them. The new success of the hard right in Europe is in part a failure of the centre—so the centre needs to raise its game.

15 septembre 2023 (The Economist)

[The hard right is getting closer to power all over Europe \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Swell of pride

## The hard right is getting closer to power all over Europe

It does not need to join governments to affect policymaking



image: getty images

Sep 14th 2023 | SINT-GENESIUS-RODE AND RAGUHN-JESSNITZ

In sint-genesius-rode, a well-to-do commuter town in the hills south of Brussels, a crowd of 50 or so gathered on September 2nd in a parish hall to drink champagne and promote the dismemberment of Belgium. The meeting was organised by Vlaams Belang (Flemish Interest), a right-wing party that rails against such threats to the Flemish way of life as Islam, immigration and—most pernicious of all—the French language. The town is in Flanders (the Dutch-speaking half of Belgium), but French-speakers have been moving in for decades and are now the majority. The only way to stop the rot, explains Klaas Sloopmans, a member of the Flemish regional parliament from Vlaams Belang, is for Flanders to declare independence.

It may sound parochial, chauvinist and disruptive if not delusional, but it goes down well. People have a right “to be the boss in their own country”, Mr Sloopmans proclaims; the crowd applauds. Vlaams Belang is Belgium’s most popular party, with an average of 22% support in recent polling. Barring a sudden reversal, it should triumph in simultaneous elections next year for the national, European and regional parliaments. Other Belgian parties have hitherto declared it too extreme to do business with, and refused to include it in coalitions. But this so-called *cordon sanitaire* may have to be abandoned if the party wins a fifth or more of parliamentary seats. Anyway, the ostracism may in fact be helping Vlaams Belang. Its support has tripled over the past five years.

### The right moment

It is a common pattern. Across much of Europe, populist right-wing parties like Vlaams Belang, once relegated to the fringe, are going from strength to strength. In Hungary, Italy and Poland they hold power. In Finland, Sweden and Switzerland they have a share of it. In Germany polls put the [Alternative for Germany](#) (afd) party at 22%, up from 10% in the election in 2021. In France the National Rally (rn), the biggest hard-right party, has 24% support. Add in 5% for Reconquest, another anti-immigrant party,

and the hard right becomes the biggest voting block in the country. In the Netherlands, too, a smattering of right-wing populists claim a quarter or more of the vote. Even newish democracies that for decades lacked big nationalist parties—Portugal, Romania and Spain—now have them.

The advance of the hard right is neither uniform nor one-way. Support for populist nationalists has recently slumped in Denmark and Spain, for instance. Nor are all these parties the same: some are eager Atlanticists, others pro-Russian; some are libertarian, others want a more generous welfare state, albeit only for people of native stock. What is more, hard-right groups tend to mellow the closer they get to power, or to splinter, or both. The government of Italy, for one, although led by the Brothers of Italy (fdi), a party with links to fascism, has proved much more moderate than many had feared.



image: the economist

Nonetheless, the trend is alarming, for three reasons. First, it is remarkably broad. Four of the five most populous countries in the European Union have hard-right parties either in government or polling above 20% (see map). Second, the current circumstances are especially propitious for populist parties, with immigration rising after a hiatus during the pandemic, inflation high and the growing cost of climate policy creating a potent new focus for popular ire. Third, and most important, the hard right does not need to win power to have a baleful impact on politics. Simply by attracting a big share of voters, it is already skewing the debate, and so making it harder for European governments to adopt sensible policies on pressing problems, such as the war in Ukraine, immigration and climate change.

## Freedom fighters

When the Freedom Party, Austria's main hard-right outfit, joined a coalition government in 2000, other eu governments were so horrified that they reduced contact with Austria's to the bare minimum in protest. To no avail: the hard right has since broken through barrier after barrier. It first led a government in 2010, when Fidesz, a once-centrist outfit that had taken a populist turn, swept to power in Hungary. Those who said the same thing could never happen in mature democracies in western Europe were proved wrong last year when fdi took power in Italy.

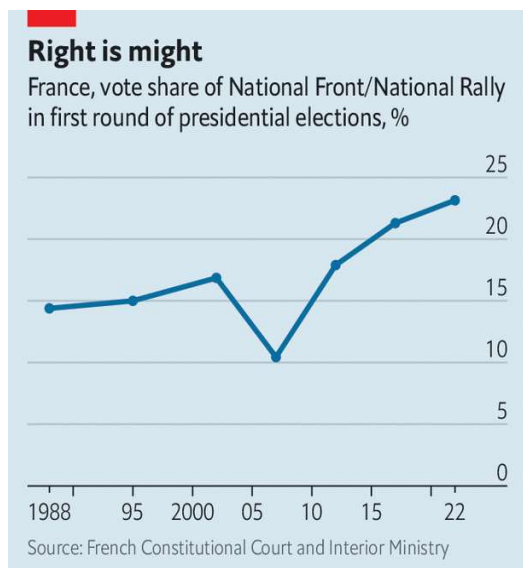


image: the economist

More milestones loom. Hard-right parties are expected to do well in next year's European elections. Giorgia Meloni, the leader of *fdi* and prime minister of Italy, is trying to persuade the centre-right alliance in the European Parliament, the European People's Party (*epp*), to join forces with the hard-right European Conservatives and Reformists (*ecr*), which she heads. That would move the legislature of all of the *eu* in a populist direction. In France, meanwhile, the hard right's performance is improving at each presidential election (see chart). It is possible that Marine Le Pen, the runner-up at the past two contests, may win the next one, in 2027.

A series of external factors are helping to propel support for the hard right. Illegal immigration, which spurred support for populist parties when it surged in 2015, is growing again after a lull during the pandemic. There have already been more than 165,000 unauthorised arrivals in Europe this year, as many as in all of last year, although still well below the level of 2015. Populists also tend to do well in times of economic upheaval, and so are benefiting from the high inflation that has plagued Europe for the past two years, and especially from soaring energy prices.

Expensive petrol, heating and electricity have helped foment a backlash against policies to fight climate change, which the hard right has seized on. This began in France with the *gilets jaunes* movement in late 2018, initially a protest against a carbon-tax hike on motor fuel. The *afd*'s rise this year was touched off by a proposed government ban on oil and gas boilers in homes. In the Netherlands the Farmer-Citizen Movement (*bbb*), a new populist party, began as a farmers' protest against nitrogen-emission limits. It won an astounding 20% of the vote in regional elections in March.

There has also been a broader slide in trust in government in many European countries, after a brief resurgence during the pandemic, to the benefit of the hard right. American-style culture wars are becoming fiercer, too, which, again, helps the populists. Maximilian Krah, the *afd*'s lead candidate in the European elections, went viral over the summer with dating advice posted on TikTok: "Real men are right-wing. Don't watch porn." In other videos Mr Krah argues that "multicultural means multi-criminal", bemoans rainbow flags and warns that BlackRock, an investment firm, wants to replace Germans with "minorities and immigrants".

The European politician most adept at exploiting such ideas to win and hold power is Viktor Orban, Fidesz's leader and the prime minister of Hungary since 2010. He readily bashes migrants, gay people and the *eu* as at odds with homespun Hungarian values. He has used the parliamentary majorities he has won with such talk to pack the courts with loyalists and gerrymander the electoral system. Cronies have bought up critical media outlets. In addition to undermining democracy at home, Mr Orban's rule has scrambled policymaking at *nato* and in the *eu*, owing to his friendliness with both China and Russia.

But harnessing right-wing populism to take control of a state is not easy. When Poland's Law and Justice (pis) party came to power in 2015, it followed Mr Orbán's script. It turned the state media into a propaganda bureau and tried to pack the courts. But pis's efforts have not got as far as Fidesz's. Many judges have fought back, and the eu has withheld billions of euros in aid to force pis to reverse some of its court-packing. The media have not been cowed. The opposition remain competitive, even though pis is favoured in next month's election.

Other right-wing populists using Mr Orbán's template have also had mixed results. Janez Jansa, a former prime minister of Slovenia nicknamed "Marshal Tweeto" for a social-media style reminiscent of Donald Trump, lost power in 2022. Estonia's far-right ekre party tried to go after the media while in government in 2019, but that coalition collapsed and the party did poorly in an election this year.

Even where it has been electorally successful, the hard right has struggled to put in place radical policies such as ending political asylum or scrapping measures to reduce greenhouse-gas emissions. Take Sweden, where the Sweden Democrats, long shunned by other parties because of their roots in the neo-Nazi movement, took 21% of the vote in 2022. They signed a confidence-and-supply deal to back a centre-right minority government, giving them direct influence over policy on immigration and crime. But in a speech in August Jimmie Akesson, the party's leader, had to make excuses for the government's slow progress implementing the deal.

Ms Meloni is the first leader in western Europe with the parliamentary clout to enact a hard-right agenda. Yet so far, she has run a fairly conventional government. Her only populist measures have been to introduce a misconceived tax on banks, limit some airline fares and prevent same-sex parents from registering their partner's child as their own. In part, she is constrained by European fiscal rules. But the fdi is also simply less extreme than it once was. "This is a pragmatic centre-right government with, now and again, some identitarian [culture-war] policies," argues Giovanni Orsina of the luiss school in Rome.

On the question of Europe, in particular, many hard-right parties have softened. A few of the edgiest populists want to dismantle the union they sneeringly refer to as the "eussr". But fdi abandoned the idea of leaving the euro and restructuring the eu before coming to power. Ms Meloni instead wants the eu to do more to help Italy, by keeping out the migrants that flood Italy's shores. This summer she went to Tunisia with Ursula von der Leyen, the European Commission's president, to negotiate a migration deal. She also wants the bloc to relax its fiscal rules so that her government can spend more. She even cultivates Europhiles by praising the union as the guardian of European peace and civilisation.

The rn, in similar fashion, no longer calls for France to leave the eu and the euro. Its rhetoric remains anti-European, but with few specifics. This retreat from more radical policies was presumably intended precisely to broaden the rn's appeal and so help it win power. And even if Ms Le Pen were to become president, she might still struggle to implement her policies, despite the immense formal powers of the office. After all, reforms to state pensions championed by Emmanuel Macron, the incumbent, met ferocious opposition even though he clearly advertised them during his re-election campaign last year.

Far-right parties, which are often young, full of zealous ideologues and dependent on charismatic leaders, are prone to schisms. The Finns Party's first stint in government, in 2015, split it in two. Its second, which began in May, has already been marred by scandals and resignations. In Poland, pis's generous benefits policies have alienated fiscal conservatives, some of whom have defected to a libertarian party called Confederation. Ms Le Pen, having softened her radical image, now faces competition on the right from Reconquest, whose lead candidate in the European election is her niece, Marion Maréchal.

The most vivid illustration of such chaos is in the Netherlands, which since 2002 has seen a series of right-wing populist parties rocket to prominence only to implode. In provincial elections in 2019 Forum for Democracy, a party led by Thierry Baudet, a dandyish Eurosceptic, finished first with 17%. Within months it had split into three. Mr Baudet now hawks conspiracy theories about covid-19 and immigration; his rump of the party is polling at 3%. Earlier this year the bbb had a brief moment as the

standard-bearer of the right, but it has already slumped to 11% in the polls. It has been losing votes to yet another new party on the right with populist overtones, New Social Contract, which was launched by an mp famous for investigating abuses by the tax authority.

What all these parties have in common is a vague sense that they stand with ordinary people against the elite. Their positions on hot-button issues can be hazy, as with the rn's new stance on Europe. At a local level their candidates are often pragmatic. In June the rural town of Raguhn-Jessnitz in Saxony became the first to elect an afd mayor. Hannes Loth is an energetic 42-year-old former vegetable farmer ("cabbage, sweetcorn, onions—all kinds of onions"). During the pandemic, when locals had trouble getting travel permits because of the lack of a covid-testing centre, Mr Loth opened one himself.

Mr Loth's main concerns are run-down streets and fire stations and the town's budget deficit, which was €1.5m (\$1.6m) last year. That is partly because high energy prices sent heating bills for the *Rathaus* (town hall) through the roof. Mr Loth, toeing the afd's line, says the solution is to restart the nuclear plants the government has closed and negotiate peace in Ukraine so gas pipelines to Russia can reopen.

The disconnect between genuine problems and far-fetched solutions encapsulates something important about hard-right populist parties. Mr Loth is acutely sensitive to his constituents' suffering from high energy costs. But the afd's response is in part a fantasy: whatever it might wish, cheap Russian gas will not be an option for the foreseeable future.



Making their presence felt: getty images

Similarly, the worries of the voters at the meeting in Sint-Genesius-Rode are natural. They have seen their town change its language around them; they have trouble finding good Dutch-language schools for their kids. But Vlaams Belang's solutions are illusory. Flemish independence is unlikely. Even if it happened, there is no way to force Sint-Genesius-Rode to speak mostly Dutch again. It has become French-speaking not because of a bureaucratic conspiracy, but because immigrants are more interested in learning French (a widely spoken language) than Dutch (a relatively obscure one).

The changes Europe's populist parties rail against tend to be inexorable or at least not easily reversed: demography, sexual liberation, gender equality, the shift away from fossil fuels. As with Vlaams Belang, the policies they propose to set the world to rights tend to be incoherent or unachievable. For populists, unrealistic programmes are no bad thing: candidates cannot thunder indignantly at election rallies about problems that have been solved.

Moreover, simply by railing and attracting support, far-right parties help to shift the debate. All across the continent, centre-right parties have toughened their immigration policies and heightened their culture-war rhetoric to stop voters defecting to the populists. The most glaring example of this was in Britain, where Brexit was set in train by the Conservative Party's decision to support a referendum on Brexit in an effort to diminish the appeal of the insurgents of the uk Independence Party.

This is probably the biggest risk of the rising vote share of Europe's far-right parties. Certainly, they tend to be associated with bigotry and misogyny, and to undermine the rule of law. Occasionally they may win enough power to damage democracy, as in Hungary and Poland. But more often, big populist-right blocs simply impede countries from getting to grips with their most pressing problems by offering illusory solutions.

That is the last thing the eu needs. The next European Parliament must make grave decisions regarding institutional reform in the eu, energy security, climate, support for Ukraine and more. If a quarter of its members refuse to wrestle seriously with such problems, they are unlikely to be solved. The hard right does not need to seize control of the levers of power to gum them up.



15 septembre 2023 (The Economist)

[Why are so many Britons not working? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

[Leaders](#) | Incentives matter

## Why are so many Britons not working?

Don't blame covid or NHS waiting lists. The problem is the welfare system



image: nate kitch

Sep 14th 2023

Slugabed. slowpoke. Idler. Loafer. The English language has many evocative terms for those seen as workshy. British politicians have made hearty use of them when debating economic inactivity. Economists, however, used to point out that Britain had a good record on this score. For two decades until 2019 its inactivity rate (the share of people of working age who are neither working nor looking for a job) was among the lowest of any rich country. Then something went awry. Pandemic lockdowns smothered economic activity everywhere. But whereas other economies bounced back—since 2020 the inactivity rate has fallen, on average, by 0.4 percentage points across the oecd, a club of rich countries—in Britain, uniquely, it continues to climb, and is up by 0.5 points. What's going on?

The immediate cause is not disputed: more Britons than ever are classified as unwell. Data released this week showed a remarkable 2.6m people, a record, are economically inactive because of long-term sickness—an increase of 476,000 since early 2020. Inactivity helps explain why firms are struggling with labour shortages and, in part, stubbornly high inflation. And there is a hefty bill. The Office for Budget Responsibility, the fiscal watchdog, says more long-term sickness has added £15.7bn (\$19.6bn), or 0.6% of gdp, to annual government borrowing because of lost tax receipts and higher welfare spending.

Diagnosing the cause of the swelling sick rolls is trickier. Could covid, its mystery cousin long covid, or shakier mental health post-pandemic be to blame? Hardly. These are not unique to Britain. Are the woes of the National Health Service the cause? Waiting lists for elective treatment have grown immensely: from 4.6m in February 2020 to 7.6m this summer. Yet look closely, and this is not the answer either. More than half of those waiting for care are not of working age. Nor do the biggest drivers of higher waiting lists by treatment type (for example, musculoskeletal issues) match the reported conditions of the long-term sick (which often relate to mental health).

Instead, the primary cause is in the [welfare system](#). The previous Labour government, and Conservative-led ones since 2010, gradually made it harder for claimants to get incapacity benefits. That helped guard against fraud and kept rates of economic inactivity low. But some people with real needs were wrongly denied benefits. In 2019, after several high-profile cases of people being declared fit for work and then

dying, the government reversed course and made it much easier to obtain benefits. Over 80% of the claims lodged in the fiscal year 2019-20 were successful, up from just 35% in the decade before.

Meanwhile, perverse incentives have been added. The old system did a fair job of nudging those who were temporarily incapacitated back into work as soon as they were better. The new one has sharply raised the relative rewards of claiming to be permanently incapacitated. Those who are deemed unable ever to return to employment now get twice as much as those expected to go back to work one day. This gives people a strong incentive to exaggerate their ailments, and never look for a job again.

Policymakers should find ways to tighten up. While taking care not to punish the truly ill, they should encourage those who can to go back to work, even part-time. This means bumping up benefits to the temporarily incapacitated, and regularly reassessing recipients to see if their health has improved, which rarely happens today. Politicians are no doubt loth to reopen the welfare debate as an election looms. But ignoring it comes with a large and growing cost. Calibrating the safety-net sensibly is their job. They must not shirk, dodge or duck-shove it.

14 septembre 2023 (NZZ)

[Wie der Liberalismus auch für seine Gegner wieder attraktiv wird \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Rezepte eines neuen Liberalismus: weniger Selbstironie und Relativismus, mehr gleiche Freiheit für alle

Die deutsche Philosophin Elif Özmen hat ein Buch über und für den Liberalismus geschrieben. Auch Illiberale von rechts bis links sollten es lesen.

Thomas Zaugg

04.08.2023, 05.30 Uhr 4 min



Die «normative Attraktivität» des Liberalismus könnte auch manche seiner Gegner zu Anhängern machen, schreibt Elif Özmen. © Elif Özmen / Suhrkamp Verlag

Der politische Philosoph John Rawls erstaunte Kollegen und Studierende mit einer Angewohnheit, die dem eher scheuen Denker alle Ehre machte. Die Füsse unbeschuh auf der Sofakante, den Notizblock gegen die Knie gestützt, schrieb sich der Harvard-Professor die Argumente seiner Besucher auf, um ihnen kurz darauf eine Zusammenfassung zukommen zu lassen. Davon ausgehend konnte man dann die Gedanken gemeinsam weiterspinnen.

Rawls stellte in den 1970er Jahren den Liberalismus auf neue philosophische Grundlagen. Damals brandete dem freiheitlichen Weltentwurf harte Kritik entgegen. Etwas uninspiert und im Kalten Krieg auf Abwehr bedacht, gingen den Liberalen gegen ihre Gegner die Argumente aus. Sozialstaatsutopien, marxistische Ideologie und antiwestliche Kulturrelativismen liefen ihnen den Rang ab.

## Spuren des Gerechtigkeitsliberalismus

Wie konnte der Liberalismus erneuert werden? **Rawls** wartete 1971 in «A Theory of Justice» mit seinem legendären Gedankenexperiment auf. Für welche politische Ordnung würden sich Menschen entscheiden, die man hinter einen «Schleier des Nichtwissens» stellte, ohne dass sie ihren späteren Platz in der Gesellschaft auch nur erahnen könnten? Auf diesem Urzustand fusste Rawls' revidierter, **egalitärer Liberalismus**. Die Menschen würden darin die Chancengerechtigkeit betonen, soziale Institutionen in den Mittelpunkt stellen und sich im Unterschied zum Utilitarismus am Nutzen nicht nur für die Gesamtgesellschaft, sondern zuerst für die Schwächsten orientieren.

Elif Özmen legt nun mit «Was ist Liberalismus?» ein Buch vor, das wirkt, als hätte umgekehrt sie Rawls bei der Verfertigung seiner Gedanken zugehört und für ihn skizzenhaft mitgeschrieben. In kritischer Würdigung seiner Positionen baut die Professorin für Praktische Philosophie an der Justus-Liebig-Universität Giessen eine Architektur liberaler Theorieangebote von der frühen Neuzeit bis heute auf. Denn abermals sei der Liberalismus in Bedrängnis und herausgefordert.

Alle Mächte hätten sich zu einer «Hetzjagd» gegen den Liberalismus verbündet, schreibt Özmen, als Feindbild taue er «sowohl für rechte wie auch linke Politiken». Autokratische Bewegungen seien auf dem Vormarsch gegen eine vermeintlich dekadente liberale Lebensform. Linke Gruppierungen würden für sämtliche Ausbeutungsmechanismen der Weltwirtschaft die liberale Wirtschaftsordnung verantwortlich machen. Die Ökonomisierung des Lebens in Familie und Arbeit beklage man hüben wie drüben.

## Gegen den ironischen Liberalismus

So flammend wie diese einleitenden Worte nimmt sich die Studie nicht aus. Özmen erinnert vielmehr nüchtern daran, wie sehr Rawls' nichtwissende Individuen in der heutigen politischen Debattenkultur fehlen. Allerorten wollen extreme Bewegungen zu ihrem Recht kommen, sei es im Sinn des Multikulturalismus oder im Geist nationalistischer Rückbesinnung. Ähnlich sind sich beide insofern, als in ihnen die Sicht des Individuums eine nachrangige Rolle spielt. Die Gruppe bestimmt – im Gruppeninteresse erschöpft sich scheinbar das Bedürfnis des Einzelnen.

An diesem vermeintlichen Nullpunkt findet Özmen in der «normativen Attraktivität der liberalen Demokratie» gute Argumente, weshalb die meisten Gegner des Liberalismus eigentlich ins Lager seiner Befürworter wechseln sollten. Wenn etwa feministische Theorien kritisieren, der Liberalismus sei historisch und faktisch noch immer eine patriarchale Angelegenheit, weist Özmen darauf hin, dass es nicht Männer oder Frauen seien, die hinter dem Schleier des Nichtwissens zu liberalen Prinzipien fänden, sondern vernunftbegabte Individuen. Diese sind es, die einen Konsens beschliessen auch in Geschlechterfragen, jedoch ohne Fixierung auf das eigene Geschlecht.

Eine grössere Spitze erlaubt sich Özmen dann gegen Rawls, der in seinem Spätwerk die eigenen Errungenschaften kulturell relativistisch abgemindert habe. Wie viele andere liberale Theoretiker meinte auch Rawls, seinen Liberalismus brechen zu müssen, als Multikulti zum Schlagwort avancierte. Das sei eine unnötige «Vermeidungsstrategie» gewesen, schreibt Özmen. Ironisierungen der eigenen Vernunft, wie sie Richard Rorty befürwortete, will sie schon gar nicht zulassen.

Vielmehr orientiert sie sich an Kant, der das Problem der liberalen Staatsgründung «selbst für ein Volk von Teufeln (wenn sie nur Verstand haben)» für lösbar hielt. In der Demokratie, so Özmen sehr realistisch, gelte als Leitbild «nicht die Wahrheit, sondern die Wahl». Umso mehr sei die Demokratie im Fake-Zeitalter auf einen Liberalismus angewiesen, der am Wahrheitsbegriff insofern festhalte, als er sich zu «Sachhaltigkeit, Vernünftigkeit, Angemessenheit und Legitimität» verpflichte.

## Liberales Projekt ausser Sicht

In seinen eindringlichsten Kapiteln ist «Was ist Liberalismus?» ein Aufruf an innerlich dem Liberalismus abtrünnig gewordene Bürgerinnen und Bürger. Auch die Kritik an Rawls und Rorty als Dandys eines schwachen Liberalismus erscheint legitim. Denn Özmen will den Liberalismus nicht auf

eine historische Idee der europäischen Aufklärung herabrelativieren, sondern universell für alle Vernunftbegabten zugänglich machen.

Dennoch lässt einen Elif Özmen mit ihrer Betonung eines tugendhaften Gerechtigkeitsliberalismus mitunter etwas ratlos zurück. Zumindest einige Hinweise auf greifbare Politiken oder historische Vorbilder hätte man erwarten dürfen, auch wenn sich ein philosophischer Liberalismus nicht allein auf alte Erfolgsstorys liberaler Prägung kaprizieren sollte.

Der Liberalismus übte in seiner Geschichte vor allem dann ideelle Anziehungskraft aus, wenn er mit konkreten Projekten von sich reden machte. Er setzte sich nicht deshalb durch, weil er hinter einem Schleier des Nichtwissens sich die Schwächsten in der Gesellschaft als sein Richtmass nahm. In seinen besten Zeiten verband er aber wirtschaftliche Pionierleistung mit institutionellem Fortschrittsgeist. Wann und wie diese Verbindung wieder eingegangen werden könnte, bleibt in diesem Buch offen.

**Elif Özmen: Was ist Liberalismus? Suhrkamp-Verlag, Berlin 2023. 208 S., Fr. 28.90.**

14 septembre 2023 (The Economist)

[Has the European Central Bank become too powerful? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Finance and economics | Whatever it wants

## Has the European Central Bank become too powerful?

From monetary policy to geopolitics to climate change, its responsibilities are growing



image: getty images

Sep 13th 2023

“Nothing is possible without people. Nothing is lasting without institutions,” noted Jean Monnet, one of the European Union’s founding fathers. The growth of the European Central Bank (ecb) from humble beginnings, as the guardian of a nascent currency, to one of the great powers in European politics might have surprised even the master technocrat himself. **Having recently turned 25, the institution is so mighty that it now faces a tough question. Does it know when to stop?**

**The ecb is unique in that it has no political overlord or fiscal counterpart.** Its independence is enshrined by treaty, the closest the eu has to a constitution. Its mandate puts price stability front and centre. In a second part policymakers are instructed “to support the general economic policies of the eu”, which include growth and employment, in a manner similar to the dual mandate of the Federal Reserve, but may also be stretched to include climate policies or “de-risking” relations with China.

Throughout the ecb’s history, **its officials have assumed extra responsibilities. In many cases they were forced to do so. In the midst of market turmoil during the sovereign-debt crisis of the early 2010s, Mario Draghi, then the bank’s president, calmed investors by promising to do “whatever it takes” to protect the euro. During covid-19 and under Christine Lagarde, the current president, the ecb bought €1.7trn (\$2trn) in public debts to arrest doubts about governments’ liquidity.** She followed this up by announcing another bond-buying programme last year, when inflation threatened to send interest rates on Italian bonds soaring.

**In all but name, then, the ecb has become the lender of last resort to euro-zone governments. The bank is at pains to stress that its bond-buying programmes come with strings attached. Indeed, in order to sidestep the treaty’s ban on financing governments, officials must combine a monetary-policy justification with adherence to the eu’s fiscal rules and the need for sustainable debt. As such, “ecb lawyers have to be among the most innovative in the world,”** says Sander Tordoir of the Centre for European Reform, a think-tank. Rather than governments leaning on the central bank to help out, as can happen elsewhere in a crisis, the ecb enforces “macroeconomic reasonability”, as Francesco Papadia, a former ecb official, puts it.

**Geopolitics are now pushing the ecb into a still more sensitive role.** Take swap lines. The bank decides whether to set them up. If European banks urgently need dollars, for example, the ecb could swap euros for the currency with the Fed. Of the two large non-euro eu members, Poland benefits from a limited swap line with the ecb; Hungary does not. “Whether Ukraine, for example, gets [one] should be a joint decision with finance ministers, and not the ecb’s alone,” argues Shahin Vallée of the German Council on Foreign Relations, a think-tank. Similarly, the ecb is a powerful voice in a debate about what should happen to Russia’s frozen central-bank assets, preferring to leave them untouched. It also objects, on legal grounds, to attempts to rechannel some imf special-drawing rights, which can be used as foreign-currency reserves, to development banks.

**Yet the ecb is not just responding to events. This can be seen in its promotion of the euro—something for which its mandate does not explicitly call.** As Ms Lagarde recently told *The Economist*: “If there is more trade in euros, we need to provide the liquidity supporting that trade. An international euro is a force for stability.” One way in which it is planning to boost the euro is through a digital currency, which may help facilitate international transactions. It has gone further than the Fed, which is nowhere near to issuing one and is more worried about political approval.

**Climate change is another area where the ecb is playing a role.** As the bloc’s main banking supervisor, it must assess emerging risks. “It is no longer controversial that the climate crisis translates into financial risk, and is thus squarely within our mandate,” says Frank Elderson of the ecb’s executive board. The results of an ecb climate stress test, published on September 6th, show that a faster energy transition will lower banks’ credit risks in the medium term. Thus green thinking will increasingly inform the ecb’s risk management, bond-buying and collateral policies.

Ms Lagarde argues more could be within the bank’s mandate: “All European bodies, from the European Parliament to member states are committed to the Paris Agreement’s climate targets.” One policy being debated is a green version of the ecb’s targeted-lending operations. These have been employed so far as monetary-policy tools, encouraging financial institutions to lend to companies and households. **Taking green considerations into account when handing out cash would mean the bank conducts outright climate policy, which would go beyond anything the Fed would consider doing.**

**The danger in all this is that the ecb does too much.** There is no desire among national governments to put the bank on a leash. Indeed, it may offer a way to achieve things that politicians cannot, for fear of public backlash. Perhaps aware of its political power, countries are nominating politicians to the ecb’s governing council. The president herself was previously France’s finance minister; Luis de Guindos, the bank’s vice-president, was Spain’s. **Yet the more the ecb ventures into controversial areas, the greater the risk its legitimacy is eroded.** For the moment, both politicians and central bankers are happy. Will citizens one day start to object?

14 septembre 2023 (Le Figaro)

[Charles Jaigu: «Assimilation, j'adore ce mot!» \(lefigaro.fr\)](#)

## Charles Jaigu: «Assimilation, j'adore ce mot!»

Par [Charles Jaigu](#)

Publié hier à 20:46, mis à jour hier à 20:46



L'écrivain Omar Youssef Souleimane publie son nouveau roman, *Être français*, chez Flammarion. En librairie le 20 septembre. /Vincent Boisot pour Le Figaro

### **CHRONIQUE - Ce récit simple et émouvant d'Omar Youssef Souleimane, devenu français, aurait pu s'appeler «Aimer la France». Il raconte aussi la découverte de ceux qui détestent son nouveau pays.**

Barbe fine, voix posée, dotée d'un léger accent qui lui vaut parfois la question «*Toi, t'es d'où, avec ton accent?*» Il ne le prend pas mal. «*Ce n'est pas du tout la question qui me gêne, juste parfois la manière de la poser.*» Avec quatre livres écrits dans «*la langue d'Éluard*», son poète préféré découvert en Syrie, [Omar Youssef Souleimane](#) est familier de la langue de son nouveau pays bien plus que ceux qui lui posent la question. Il a été accueilli en France comme exilé politique syrien il y a onze ans. Il est devenu Français. Il est Français. C'est le titre de son livre: *Être Français*.

«*La Syrie est mon passé, la France est mon avenir*», nous dit-il. Ils ne sont pas tous comme lui. Il croise de temps en temps d'anciens compatriotes qui n'apprennent pas la langue de leur pays d'accueil et ne postulent pas à l'acquisition de la nationalité. Ce n'est pas parce qu'ils sont rebutés à l'avance par le pénible micmac administratif qui précède l'obtention de la carte d'identité, mais «*parce qu'ils vivent dans l'illusion du retour, et l'illusion de l'après-Bachar*».

### **Du «petit terroriste» à l'enfant d'Éluard**

Ce n'est pas le cas de Souleimane. Pourtant il suit au jour le jour ce qui se passe «là-bas». Sa mère et d'autres membres de sa famille y vivent. Et il a bien prévu d'y retourner un jour, si le dictateur tombe. Mais il le fera en visiteur. Après tout, cette possibilité se présentera peut-être plus vite qu'on ne le dit. «*Je n'écarte pas un renversement de Bachar, je sais que tout le monde pense qu'il a gagné son pari de se maintenir à tout prix, mais les Russes l'aident moins, et l'inflation fait en ce moment des ravages, l'essence atteint des prix stratosphériques*, précise-t-il. *Il peut y avoir une insurrection de toute la population face à un tel dénuement.*» Ce n'était pas le cas en 2011.

Aujourd'hui c'est la nouvelle génération qui sait comment changer (la Syrie), j'ai essayé avec mes amis, et nous avons échoué.



L'écrivain et journaliste applaudirait et se réjouirait. Il ne reviendrait pourtant pas vivre dans ce pays dévasté où il se sentirait comme un étranger. *«Aujourd'hui c'est la nouvelle génération qui sait comment changer ce pays, j'ai essayé avec mes amis, et nous avons échoué»*, nous dit-il. En ce qui le concerne, il n'a pas l'intention de faire comme si tout pouvait redevenir comme avant. *«Je suis condamné à l'exil, d'une manière ou d'une autre»*, conclut-il. Mais il a choisi de faire de cette fatalité de l'exil une libération.

Il est devenu un autre en parlant une langue nouvelle. Il a vu que les Français n'étaient pas xénophobes, mais qu'ils aiment bien qu'on les aime. Il cite tous ces immigrés devenus français et qui ont fait merveille. Noms connus, et liste longue: Marie Curie, Romain Gary, etc. Il cite Picasso. Hélas non: la France lui a refusé sa naturalisation dans les années 1930. Ce petit livre simple chante ce que les migrants des quatre coins ont apporté à la France, et tout d'abord leur amour de ce pays dont ils ont vu la grandeur, souvent mieux que les Français eux-mêmes. *«Assimilation? J'adore ce mot!»*, s'exclame le jeune homme, sans doute inconscient que ce mot a été longtemps pestiféré dans le langage politique officiel. À l'école, on nous enseignait que la France était un pays ennemi.

On mesure le chemin parcouru par cet homme qui, dans un livre précédent, a raconté comment il avait été élevé par son père, musulman rigoriste, dans le culte de Ben Laden, au point de rêver de devenir un *«petit terroriste»* - c'est le titre de son livre précédent (Ed. Flammarion). La tentative de dressage a finalement échoué. Tout comme l'endoctrinement antifrançais du régime de Bachar. *«À l'école, on nous enseignait que la France était un pays ennemi. Et, tous les 19 avril, jour de fête nationale, on célébrait notre libération du joug des Français* (qui exercèrent leur mandat sur la Syrie entre 1919 et 1946, NDLR), *mais on le faisait dans une ville dessinée par un Français, devant un Parlement construit par les Français.»*

## Charmé par la douceur du français

Mais l'assimilation d'Omar Youssef Souleimane à la France ne s'arrête pas là. Elle se transforme en initiation aux zones obscures d'une France à l'abandon: les banlieues. Il a fait son tour de France à l'invitation des collèges et des lycées qui ont été intéressés par son histoire. Il a donné des ateliers d'écriture et tenté de partager l'amour d'une langue dont la douceur l'a charmé.

Son état des lieux s'assombrit soudain. Tout d'abord il note l'écart entre l'admiration qu'il a pour un pays dont l'offre en culture, en santé, en beauté est si riche, et la perplexité à l'égard d'un peuple qui ne semble pas le voir - aussi bien les Français de souche râleurs que les immigrés de la troisième génération. Mais il est particulièrement inquiet de ceux-là. De ces Français d'origine musulmane tentés par le séparatisme.

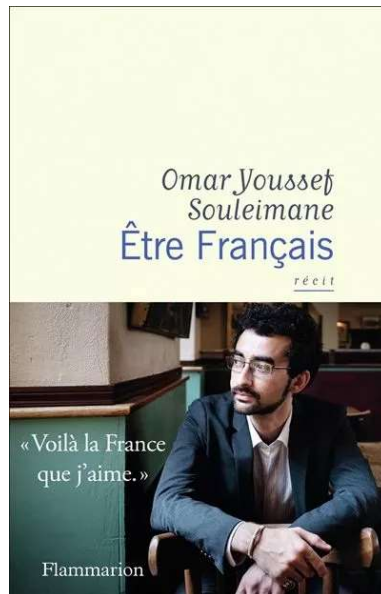
*«J'ai rencontré tant d'enfants de jeunes Français musulmans qui veulent faire le contraire de ce que j'ai fait: ils sont ici et ils veulent vivre ailleurs.»* Pourtant là-bas est pire qu'ici, ou là-bas est un mirage qui n'existe pas. *«Ils me parlent de retour au bled qu'ils ne connaissent pas, cette Algérie aujourd'hui maudite par son propre peuple, ou d'enclaves riches et musulmanes comme Dubaï ou des Émirats, ou encore du Canada et du Japon»*, nous dit l'écrivain tuteur.

## Contre la «gauche hallal»

À son tour, «OYS», qu'ils respectent à cause de son prénom et son nom, essaye de leur faire comprendre que la France n'est pas raciste. Peine perdue. Quand nous lui demandons si la tentation du séparatisme dans ces écoles est *«assez grave, grave, ou très grave»*, il nous répond: *«Très grave.»* Les réseaux fréristes - les Frères musulmans - *«tiennent des villes entières en France»*. Il s'étonne, enfin, de *«cette gauche hallal qui s'est engagée pour défendre l'islam à tout prix jusqu'à oser comparer la situation des musulmans avec celle des Juifs dans l'Allemagne nazie, ce qui est dégueulasse»*.

Au-delà de l'abaya, il faut s'attaquer à l'esprit de l'abaya.

Bien sûr, il soutient l'interdiction de l'abaya dans les écoles. «*Elle est interdite en Égypte, en Syrie, au Liban, où on porte l'uniforme*», nous dit-il, en ajoutant «*au-delà de l'abaya, il faut s'attaquer à l'esprit de l'abaya*». À ses ex-amis de gauche qui lui reprochent, sempiternel refrain, de «*faire le jeu de l'extrême droite*», il répond en utilisant l'une des premières expressions qu'il a entendues en France quand il est arrivé en 2012: «*Je n'en ai rien à foutre de ce qu'ils pensent.*» «*Ce qui est important, c'est de dire ce que l'on veut dire à propos de tel ou tel sujet, sans penser à qui cela plaît ou déplaît.*» Sagesse à laquelle il est bien difficile d'accéder, sauf quand on vient d'un pays où la liberté d'expression n'existe pas. Ainsi se conclut notre conversation. «*Il suffit de vivre ailleurs pour savoir dans quel paradis on vit ici, mais les Français ne le voient pas et je connais tant d'autres peuples qui vivent en enfer qui sont plus heureux que les Français.*»



*Être français*, de Somar Youssef Souleimane, Flammarion, 156 p., 19 €. En librairie le 20 septembre. *Flammarion*

14 septembre 2023 (Le Figaro)

[«Extrême gauche, islam, abstention... La jeunesse française se radicalise-t-elle?» \(lefigaro.fr\)](#)

## «Extrême gauche, islam, abstention... La jeunesse française se radicalise-t-elle?»

Par [Martin Bernier](#)



Olivier Galland. *Fabien Clairefond*

**ENTRETIEN - Entre le port de l'abaya dans les établissements scolaires et le déplacement vers l'extrême gauche des plus diplômés, la radicalité d'une partie de la jeunesse s'observe empiriquement, explique le sociologue Olivier Galland, qui appelle toutefois à ne pas oublier l'ampleur de la désaffiliation politique dans cette classe d'âge.**

---

*Directeur de recherche au CNRS, Olivier Galland a notamment publié, avec Anne Muxel, «La Tentation radicale. Enquête auprès des lycéens» (PUF, 2018).*

**LE FIGARO. - La semaine dernière, Emmanuel Macron a été interviewé par Hugo Travers (Hugo Décrypte) sur sa chaîne YouTube. Une interview par un jeune sur des sujets qui concerneraient les jeunes (santé mentale, école, budget étudiant...). Faut-il vraiment distinguer les jeunes du reste de la population?**

**Olivier GALLAND. - Les jeunes** rencontrent effectivement des problèmes particuliers, bien qu'ils soient souvent moins différents du reste de la population que le pense souvent l'opinion. Ils s'éloignent des adultes en partie sur la question des valeurs civiques, des valeurs de la vie quotidienne et sur tous les sujets ayant trait aux questions de société. Dans les années 1960, il y avait un fossé générationnel extrêmement profond sur les valeurs, en ce qui concerne le genre, la sexualité et l'autorité par exemple. Il y avait également une coupure générationnelle très forte, qui a d'ailleurs donné lieu à des mouvements sociaux de la jeunesse un peu partout dans le monde à cette époque.

Mais lorsqu'on exploite les enquêtes sur les valeurs, **on observe un très fort rapprochement entre les générations aujourd'hui. Toutes les classes d'âge sont d'accord pour considérer que chacun doit être libre de mener sa vie privée comme il l'entend, ce qui n'était pas du tout évident il y a 50 ans.** Cela est lié au recul de l'influence de la religion dans la société qui a été très fort en France. On le voit bien dans les enquêtes sur la tolérance à l'égard de l'homosexualité, qui s'est très fortement accrue depuis 50 ans avec une convergence entre les générations, à l'exception des personnes les plus âgées.

**«Les jeunes» prétendent souvent qu'ils ne sont pas écoutés, que leurs revendications ne sont pas prises en compte, sur le sujet du climat par exemple. Cette génération n'a-t-elle vraiment pas voix au chapitre?**

Il faut faire très attention à ne pas dire «les jeunes» mais plutôt «des jeunes». Les jeunes sont extrêmement divers et ils sont loin de constituer un tout homogène. **Une partie de la jeunesse prétend avoir le monopole de la représentation: c'est la plus mobilisée, la plus contestataire, mais aussi la plus éduquée.** Évidemment, c'est tout à fait faux. Il y a toute une partie de la jeunesse qui est plus silencieuse, parfois très désengagée sur le plan politique et sociétal, et qui reste à l'écart de ces débats.

Dans une grande enquête sur les jeunes réalisée en 2021 pour l'Institut Montaigne, nous avons montré cette diversité de la jeunesse. Nous pointions **une montée assez inquiétante de la désaffiliation politique de la jeunesse.** De plus en plus de jeunes ne se reconnaissent aucune attache ou orientation politique. On voit d'ailleurs que l'abstention de cette classe d'âge progresse d'élection en élection. Et l'enquête montrait **un clivage culturel extrêmement fort entre ces jeunes-là, désaffiliés, et une partie de la jeunesse qui est mobilisée, qui s'intéresse à des enjeux politiques comme l'écologie. Ces derniers proviennent pour l'essentiel de familles avec un capital culturel élevé, et ce sont eux-mêmes plutôt des jeunes diplômés.** Il y a aussi un facteur sexué: les filles sont bien plus en pointe que les garçons sur un certain nombre de questions sociétales.

**Les jeunes se retrouvent parfois en première ligne sur des sujets de société d'envergure, comme l'abaya récemment... Les jeunes sont-ils plus radicaux que leurs aïeux?**

Il faut être prudent avec les comparaisons dans le temps. Mais il est certain qu'une frange de la jeunesse est aujourd'hui révoltée, radicale, et justifie ou tolère un certain niveau de violence politique. On l'a vu aussi dans notre enquête de l'Institut Montaigne. Sur l'abaya, il faut bien saisir que **les jeunes comprennent assez mal les règles de la laïcité.** Ils sont gagnés par l'idée qu'on doit tolérer tous les comportements privés, que chacun est libre d'adopter l'identité à laquelle il veut adhérer ; et la façon de se vêtir fait partie de cette liberté revendiquée. Beaucoup de jeunes, y compris chez les non-musulmans, comprennent mal qu'on puisse réglementer ce domaine qui, pour eux, fait partie de la vie privée. Il ne s'agit pas de justifier ces attitudes mais simplement de comprendre.

**Une part substantielle des jeunes de confession musulmane va par exemple condamner très nettement l'homosexualité. Ils sont complètement à rebours de l'évolution des valeurs du reste de la société**

*Olivier Galland*

**Au-delà du cas précis de l'abaya, vous avez aussi travaillé avec Anne Muxel sur la radicalité chez les jeunes. Comment expliquer que les jeunes soient plus enclins à épouser des causes radicales, tant religieuses que politiques?**

Il faut distinguer les différents types de radicalité. Il y a une radicalité politique qui gagne une partie de la jeunesse, et surtout l'élite scolaire. **Anne Muxel a fait une étude sur les étudiants de Sciences Po avec Martial Foucault en 2022, et ils montrent la croissance de la radicalité dans cette frange de la jeunesse faisant partie de l'élite scolaire. 58 % des étudiants de Sciences Po disaient avoir voté pour Jean-Luc Mélenchon, ce qui est tout à fait nouveau. La même enquête avait été faite plusieurs années auparavant, et la majorité des jeunes étaient plutôt des sociaux-démocrates.**

Il y a ensuite le phénomène de **la jeunesse musulmane.** On observe là une évolution assez nette depuis une trentaine d'années. Dans les années 1990, **Michèle Tribalat** avait réalisé une grande enquête sur la population d'origine étrangère pour l'Ined ; elle montrait qu'il y avait plutôt un mouvement d'assimilation culturelle qui était en route. Les mœurs, les goûts et les attitudes des jeunes d'origine étrangère et des jeunes musulmans avaient tendance à se rapprocher de ceux des jeunes d'origine française. **Ce mouvement a été interrompu puis s'est inversé.** Et on a eu une remontée très forte de la religiosité parmi cette jeunesse musulmane. Cette remontée de la religiosité a contribué à creuser le clivage entre les valeurs auxquelles cette partie de la jeunesse musulmane adhère et les valeurs dominantes dans la société française, à commencer par la tolérance. **Une part substantielle des jeunes de confession musulmane va par exemple condamner très nettement l'homosexualité. Ils sont complètement à rebours de l'évolution des valeurs du reste de la société.**

Chez une partie de ces jeunes d'origine étrangère et de confession musulmane, il y a aussi l'idée qu'ils sont collectivement victimes d'un ostracisme de la société, qu'il y a un racisme structurel dans la société française qui vise leur groupe ethnique et religieux. Cela alimente les tensions avec la police qui est vue comme le bras armé de cette société qui leur serait foncièrement hostile. **Nous faisons face à un très gros problème, et il faut dire que la société française a raté l'intégration de cette jeunesse d'origine étrangère.**

## **Est-on jeune plus longtemps aujourd'hui?**

Aujourd'hui, on est effectivement jeune plus longtemps. On est jeune à la fois plus tôt et plus tard. Les pré-ados ne sont plus des enfants ; ils ont acquis une grande autonomie par rapport à leurs parents, notamment à travers les téléphones portables, les réseaux sociaux et internet. Cela leur a permis de développer des goûts qui sont propres à leur classe d'âge. L'entrée dans l'âge adulte est aussi plus tardive, parce que les études se prolongent, que la stabilisation dans l'emploi est plus tardive et surtout parce **qu'on forme un couple et qu'on a un premier enfant beaucoup plus tard, après 30 ans aujourd'hui.** La jeunesse est donc plus longue, mais je ne crois pas du tout à l'idée de «génération Tanguy», c'est-à-dire l'idée que les jeunes se complaisent dans une jeunesse qui se prolonge, et qu'ils sont totalement irresponsables. Une nouvelle phase de la vie est apparue, avec des jeunes adultes qui ont quitté leurs parents, sont souvent indépendants financièrement, ont un emploi stable, mais qui repoussent le moment des engagements familiaux. Cela n'existait pas du tout il y a 50 ans.

14 septembre 2023 (The Economist)

[The lethal negligence of politicians in Morocco and Libya \(economist.com\)](https://www.economist.com/middle-east-and-africa/2023/09/14/the-lethal-negligence-of-politicians-in-morocco-and-libya)

Middle East and Africa | Earth and water

## The lethal negligence of politicians in Morocco and Libya

After both disasters, authorities spurned offers of help and left victims to suffer



image: afp

Sep 13th 2023 | DUBAI

First the ground shook; then the skies opened. Just before midnight on September 8th an earthquake struck Morocco with a magnitude of 6.8, the strongest in more than a century. The shallow epicentre was south-west of Marrakesh, under the Atlas mountains, a soaring range that bisects the country. Hilltop villages were reduced to heaps of rubble. At least 2,900 people were killed.

Two days later Storm Daniel, a Mediterranean cyclone, made landfall in eastern Libya. It dumped as much as one metre of rainfall in a single day—two to three times more than the region sees in a typical year. In the port city of Derna, which sits at the end of a long *wadi*, or valley, two dams burst. Floodwaters wiped out entire neighbourhoods. The death toll has already crossed 5,300, with thousands more missing. More than 10% of the city's population may have drowned.

The back-to-back disasters had an almost biblical air. Endless scenes of heartbreak played out on Arabic news channels, as people desperately searched for their loved ones in homes flattened or flooded. But as days turned to hours, sadness turned to anger.

Morocco and Libya have little in common. Morocco is a stable monarchy led by the same family since the 17th century. Libya has not one but [two governments](#), an internationally recognised one in the west and a warlord-led one in the east, neither of which can perform the basic functions of a state. One country is a popular tourist destination and a manufacturing hub for Europe; the other a war-torn state that is nonetheless a major oil producer. What they do share is a sluggish response to disasters that were uncommonly ferocious but hardly unimaginable.

The earthquake that shook Morocco came without warning. But if individual quakes are impossible to predict, trends can be spotted. A study in 2007 by a group of seismologists counted more than 1,700 of them in and around Morocco over the past millennium, including dozens in the Atlas mountains. Yet few were prepared.

Building codes have been strengthened in recent years, but many homes are built of simple masonry, which buckles easily during an earthquake. In the villages hit hardest by this month's quake, residents

cannot afford to reinforce their houses. The World Bank reckons around one in five rural Moroccans earn less than \$3.65 a day, compared with just 4% of city-dwellers.

In the hours after the earthquake, dozens of foreign countries offered help. Morocco accepted it from just four: Britain, Qatar, Spain and the United Arab Emirates. A group from Secouristes sans Frontières, a French charity, was blocked from entering the country. Germany organised a 50-man rescue team, only to stand them down hours later.

The Moroccan government has not explained why it rejected or ignored offers of assistance. Some aid workers say too much help can be a bad thing, as different teams get in each other's way. Others see a mix of politics and pride: accepting aid from Spain but not France, for example, seems linked to France's role as Morocco's colonial master from 1912 to 1956.

The army has led relief efforts, but the terrain has made them difficult: clearing roads to reach isolated mountain villages is slow going, and survivors will need regular deliveries of food and medicine. Parts of the bureaucracy seem overwhelmed. Some people report being unable to bury their dead for want of official paperwork, leaving bodies to rot in the sun.

Moroccans are not sure if their king, who spends much of his time in Paris, was even in the country when the earthquake happened. It took him almost five days to pay a quick visit to Marrakesh. Before he arrived, workers could be seen repainting kerbs and zebra crossings—an odd choice of priorities.

## The doomed dams

If Morocco's response has been slow, Libya's has been shambolic. The authorities had ample warning about Daniel, which poured torrential rains on Greece almost a week before it hit Libya. As it neared Derna, the mayor reportedly asked Khalifa Haftar, a warlord who wields power in the east, to help evacuate the city. He was rebuffed. Even as waters rose behind the doomed dams, no one was told to flee.

The devastation that followed is best understood from above. Before-and-after satellite photos show that buildings near the *wadi* have disappeared. Bridges were swept away too. The waterway's once-orderly path is now a messy sprawl; green parks and black asphalt have turned a uniform shade of brown, the entire city coated in mud.

Foreigners have offered aid to Libya as well, but it will face logistical hurdles. Visas issued in one part of the country may not be valid in the other, for example. After years of civil war, no one is even sure how many people need help: official estimates of the dead and missing are little more than guesses. People in other bits of eastern Libya are nervous, and the government has done little to reassure them. On September 12th Mr Haftar's spokesman warned that another dam, near the city of Benghazi, was close to breaking-point. He urged residents to evacuate. Hours later, he told them everything was under control.

The scale of the disaster reflects a particular history of neglect in Derna, a city that Libyan authorities have long regarded as a hotbed of Islamism. Muammar Qaddafi, the dictator deposed in 2011, was happy for Derna's residents to go off and fight in Iraq or Afghanistan. Islamic State conquered parts of the city in 2014, though was later pushed out by a collection of Islamist rivals. Mr Haftar, who loathes Islamists, then laid siege to Derna to root out those groups.

Much of Libya is in shambles, but there has been particularly little investment in Derna's infrastructure—perhaps one reason why the dams, built by a Yugoslav company in the 1970s, failed without warning. Many Libyans suspect Mr Haftar was not unhappy to see the place submerged.

Moroccans will spend the next few months anxious about aftershocks. In the long term, storms on the scale of Daniel will become more common: climate models predict that a warming world may bring fewer but fiercer Mediterranean cyclones, with some creating hurricane-force winds. Wildfires are already a growing problem around the Mediterranean basin. Governments will need to be better prepared.

14 septembre 2023 (Le Monde)

[Le gouvernement se compare à l'Allemagne pour consoler les Français \(lemonde.fr\)](https://www.lemonde.fr)

## Le gouvernement se compare à l'Allemagne pour consoler les Français

En visite à Berlin, mercredi, Bruno Le Maire a valorisé les réussites de l'économie française, qui contrastent avec les déboires outre-Rhin. Un discours exploité par le pouvoir exécutif depuis que l'Allemagne est entrée en récession.

Par [Elsa Conesa](#)

Publié hier à 21h56, modifié à 08h31



Le chancelier allemand, Olaf Scholz, accueille Bruno Le Maire, ministre français de l'économie et des finances, au début de la réunion du cabinet fédéral, à Berlin, le 13 septembre 2023. KAY NIETFELD / DPA/PICTURE-ALLIANCE

« *C'est quoi cette Schadenfreude ?* », s'étrangle un grand patron allemand présent dans la salle. L'expression, couramment utilisée ces temps-ci outre-Rhin, désigne le fait de se réjouir du malheur d'autrui. Lorsque le ministre de l'économie, Bruno Le Maire, monte sur l'estrade des Rencontres franco-allemandes d'Evian (Haute-Savoie), le 7 septembre, il en profite pour rappeler, une fois de plus, les bonnes performances de l'économie française. Les chefs d'entreprise allemands apprécient moyennement ; tous s'inquiètent des signes d'essoufflement de la première économie de la zone euro.

Fragilisée par sa grande dépendance au gaz russe et au marché chinois, ainsi que par les dysfonctionnements de la coalition au pouvoir, l'Allemagne prend, depuis la guerre en Ukraine, conscience des limites de son modèle. Elle n'est pas la seule. « L'Allemagne est-elle à nouveau l'homme malade de l'Europe ? », [titrait à la mi-août l'hebdomadaire britannique \*The Economist\*](#), reprenant [la célèbre formule qui avait fait sa « une » en 1999](#).

Depuis que [l'Allemagne a basculé dans la récession au début de l'année](#), l'exécutif français ne résiste pas au jeu de la comparaison. « *La France est en train de devenir la locomotive de l'Europe* », répétait Bruno Le Maire sur LCI, le 12 septembre, soulignant ses « *résultats économiques exceptionnels* », quelques jours après que l'Allemagne a confirmé la contraction de son activité au deuxième trimestre.

« *L'année 2023 s'annonce difficile, on peut légitimement être inquiet, en particulier de la récession chez nos amis allemands* », avait déjà appuyé le ministre, fin août, à l'université d'été du Medef, après avoir assuré quelques semaines plus tôt sur Radio J ne pas vouloir « *gagner un match contre l'Allemagne* ». Même Emmanuel Macron a eu du mal à s'abstenir devant ses ministres, réunis en séminaire le 6 septembre. « *Vous êtes des ministres chanceux, dans un pays qui n'est ni en récession ni en cure d'austérité* », a souligné le président de la République, sans nommer son puissant voisin.

### Obsession française ancienne



Un [éditorial flatteur de l'hebdomadaire allemand \*Der Spiegel\*, le 5 septembre](#), vantant les succès de l'économie hexagonale – « *la France, c'est l'Allemagne en mieux* » –, est venu valider l'argumentaire. « *Je n'aurais jamais pensé voir les mots "miracle économique" et "France" dans la même phrase, on ne va pas bouder son plaisir !* », s'est félicité devant la presse Bruno Le Maire, mercredi 13 septembre à Berlin, où il était venu plaider en faveur d'une « *stratégie industrielle* » européenne avec ses homologues allemands des finances et de l'économie, respectivement Christian Lindner et Robert Habeck. Quelques heures plus tôt, s'exprimant dans la langue de Goethe, il avait parlé de *Zeitenwende* (« changement d'époque ») devant le conseil des ministres allemand.

La puissance de l'Allemagne est une obsession française ancienne, dans laquelle s'est en partie ancrée sa terreur du déclin. Mais la façon dont l'économie allemande est entrée dans le jeu de la mondialisation au tournant des années 2000, et y a prospéré, en a fait un exemple permanent dans le débat public, brandi par les oppositions. La droite y voit un modèle de rigueur budgétaire, d'efficacité économique, de fluidité du marché du travail et de capacité à défendre ses intérêts ; la gauche dénonce plus volontiers son influence libérale dans les décisions bruxelloises.

« *Ce complexe d'infériorité est dans la psyché collective, estime le député (Renaissance) du Val-de-Marne Mathieu Lefèvre. Tout comme notre complexe de supériorité vis-à-vis des pays d'Europe du Sud, qui pour certains ont pourtant des résultats insolents et des finances publiques moins dégradées que les nôtres !* »

## Sentiment de déclin

Souligner les déboires de l'Allemagne, c'est aussi, en creux, valider les choix économiques d'Emmanuel Macron depuis 2017. L'exécutif peine à tirer le bénéfice politique des bons chiffres de l'économie française – un taux de chômage qui est tombé à 7 % de la population active, une croissance dans le vert, une inflation qui reste inférieure à la moyenne européenne et des indicateurs industriels favorables –, le pouvoir d'achat demeurant la principale préoccupation des Français.



Le ministre français de l'économie, Bruno Le Maire, et le ministre allemand des finances, Christian Lindner, à Berlin, le 13 septembre 2023. TOBIAS SCHWARZ / AFP

« *Il n'y a peut-être pas à cette embellie relative que des raisons conjoncturelles, avance l'économiste Jean Pisani-Ferry, chargé d'élaborer le programme économique d'Emmanuel Macron en 2017. Il faut rappeler qu'au cours des dix dernières années, la France a mené avec constance une politique de l'offre, d'abord à la suite du rapport Gallois puis après l'élection de M. Macron.* » La France a aussi été préservée des aléas de l'économie mondiale par la faiblesse de ses exportations, souligne-t-il.

Les difficultés de l'Allemagne peuvent-elles changer le regard des Français sur eux-mêmes et, surtout, sur le pouvoir exécutif, alors que les [trois quarts d'entre eux](#) estiment que le pays est en déclin ? « *Tous les présidents ont joué la comparaison avec l'Allemagne, remarque Brice Teinturier, directeur général délégué d'Ipsos. Ce n'est pas le type d'argument auquel les Français sont le plus sensibles, même si, depuis le Covid-19, ils regardent davantage les comparaisons internationales.* »

« *Le gouvernement ferait mieux d'être prudent !* », s'agace le député (Les Républicains, Bas-Rhin) Patrick Hetzel, membre du bureau de l'Assemblée parlementaire franco-allemande, qui rappelle que la dette allemande pèse deux fois moins dans le produit intérieur brut que la dette française, cette dernière ayant dépassé cet été les 3 000 milliards d'euros. Lui voit dans cette rivalité le signe de la dégradation des relations entre les deux pays, qui s'affrontent sur des sujets structurants comme l'énergie, le budget, la défense ou la politique industrielle.

« *A court terme, c'est vrai que la France s'en sort mieux que l'Allemagne*, confirme Ludovic Subran, économiste en chef du groupe allemand Allianz. *La France veut montrer qu'il y a un autre modèle possible, avec plus d'argent public et néanmoins de la compétitivité. Mais personne n'a intérêt à ce que l'Allemagne aille mal.* »

14 septembre 2023 (Le Figaro)

[Marguerite Stern et Dora Moutot: «Un homme, même s'il se déclare femme, n'a rien à faire chez un gynécologue» \(lefigaro.fr\)](#)

## Marguerite Stern et Dora Moutot: «Un homme, même s'il se déclare femme, n'a rien à faire chez un gynécologue»

Par Marguerite Stern et Dora Moutot

Publié hier à 18:51, mis à jour hier à 20:59



Marguerite Stern et Dora Moutot. DR

**FIGAROVOX/TRIBUNE - Un gynécologue à Pau est attaqué sur les réseaux sociaux et devant la justice pour avoir déclaré n'avoir «aucune compétence pour s'occuper des hommes» après qu'un homme transféminin s'est présenté à son cabinet. Les deux présidentes de l'association Femelliste apportent leur soutien à ce médecin.**

*Ancienne rédactrice en chef de Konbini et créatrice de «T'as joui?», un blog et compte Instagram dédié à la sexualité, Dora Moutot a notamment publié Mâle Baisées (2021, éd. Guy Trédaniel, 440 p., 21,90€).*

Reprocherait-on à un cardiologue de refuser de traiter une mycose plantaire ? À une coiffeuse de ne pas faire de manucures ? À un poissonnier de ne pas vendre de pâtisseries ? Non. Alors pourquoi reprocher à un gynécologue de refuser de soigner des hommes — même s'ils se déclarent femmes ?

Certains hommes transféminins (dits «femmes trans») gardent leurs pénis. Dans ce cas, ils n'ont rien à faire chez un gynécologue car ces médecins ne sont pas formés pour soigner un pénis ou une prostate.

D'autres subissent des vaginoplasties, c'est-à-dire l'ablation de leurs organes génitaux mâles pour créer une cavité qu'ils appellent «néo-vagin». La réalité d'une telle opération est que l'entaille créée n'a rien à voir avec un vagin. Pour qu'elle reste ouverte après l'opération, il sera nécessaire d'insérer régulièrement et graduellement des «extenseurs de vagins» car elle cherchera sans cesse à se refermer.

Les hommes transféminins n'auront jamais leurs règles. Jamais de ménopause. Jamais de problématique autour de la grossesse ou de la contraception. Jamais à devoir subir un avortement ou un examen du col de l'utérus. Jamais d'endométriose.

Nous comprenons qu'ils aient besoin d'un suivi médical car les complications postopératoires auxquelles ils font face sont nombreuses. Une étude (*Patient reported symptoms and adverse outcomes seen in Canada's first vaginoplasty postoperative care clinic*) menée sur 80 hommes ayant subi une vaginoplastie montre que 53,8% souffrent de douleurs chroniques, 46,3% ont des problèmes liés à la dilatation de leur orifice, 42,5% signalent des saignements, 38,8% ont développé des excroissances de

peau dues à une mauvaise cicatrisation (hypergranulation), 18,8% éprouvent des problèmes liés à la fonction urinaire, 11,3% disent ne plus pouvoir atteindre l'orgasme et 11,3% éprouvent des douleurs lors des rapports sexuels ou après.

**Il est urgent que les gynécologues se forment aux pathologies spécifiques du sexe femelle au lieu de se soumettre à ceux qui les somment de traiter les suites de castrations masculines.**

*Marguerite Stern et Dora Moutot*

Ces problèmes sont tellement récurrents, que le Canada vient d'ouvrir sa première clinique dédiée aux soins post-vaginoplastie (*The Post Millenium*, 16 janvier 2023) pour y faire face... S'il existe une demande similaire en France, autant suivre l'exemple du Canada plutôt que d'encombrer les cabinets gynécologiques encore plus qu'ils ne le sont déjà avec des demandes inappropriées.

C'est aux andrologues et urologues de se former pour prendre en charge les mutilations génitales masculines, de la même façon que les gynécologues prennent en charge les mutilations génitales féminines. Et c'est aux endocrinologues qui prescrivent à ces hommes des traitements hormonaux dont aucun n'est homologué pour être administré à des sujets masculins, de prendre leurs responsabilités et d'assurer eux-mêmes le suivi hormonal.

En France, dans certaines régions, avoir un rendez-vous avec un gynécologue est un parcours du combattant. Il y a souvent des mois d'attente. Il y aurait actuellement trois gynécologues pour 100 000 femmes. En France, leur nombre a chuté de 52,7% entre 2007 et 2020, soit 1.022 médecins en 13 ans. En 2017, le Conseil national de l'Ordre des médecins (CNOM) avait recensé six départements totalement dépourvus de gynécologues... Nous sommes face à une pénurie scandaleuse.

De nombreuses pathologies gynécologiques sont encore extrêmement mal prises en charge dans notre pays. À travers son compte Instagram @tasjoui suivi par un demi-million de personnes, Dora Moutot a récolté des centaines de témoignages pour son livre *Mâle Baisées*, au sujet de l'errance médicale que traversent certaines femmes. Dyspareunie, vaginisme, vulvodynie, vestibulodynie, endométriose, maladies péri-périnéales: beaucoup de gynécologues ne savent pas traiter ces affections et les relèguent au rang de pathologies psychosomatiques par facilité.

Il est donc urgent que les gynécologues se forment aux pathologies spécifiques du sexe femelle au lieu de se soumettre à ceux qui les somment de traiter les suites de castrations masculines.

Seulement, ce n'est pas ce que veulent les militants transgenristes. Leur comportement actuel dans le monde occidental, semble indiquer que leur projet est plutôt de faire en sorte que tous les espaces réservés aux femmes s'adaptent à eux, et par la force s'il le faut ! Gynécologie, sports féminins, prisons pour femmes : nous devrions les accueillir avec le sourire ! Sinon attention, il y aura punition : nous serons taxés de transphobes, les plaintes tomberont et du harcèlement s'organisera.

**Si tu critiques l'idéologie transgenre, tu en subiras les conséquences. Mais si tu ne dis rien, tu en subiras les conséquences aussi.**

*Marguerite Stern et Dora Moutot*

Mais revenons au cas du docteur Victor Arachian. Ce mardi 12 septembre, il s'est expliqué sur Sud Radio tout en commençant par s'excuser: «*Permettez-moi de m'excuser auprès de la communauté trans qui a pu se sentir offensée, blessée et heurtée par mes propos*».

Sa déclaration rappelle, hélas, le cas de Martina Navratilova, championne de tennis, qui avait affirmé en 2021 que les hommes transféminins qui concourraient contre des femmes étaient des «tricheurs». Après avoir été menacée et harcelée, elle aussi avait fini par s'excuser (NBC News, 04/03/2019). Mais s'excuser de quoi au juste ? De dire la vérité ?

La terreur transgenriste fonctionne à merveille. Tout le monde s'auto-censure, prend des pincettes, s'excuse par peur des représailles. La vraie leçon de cette polémique se trouve là: si vous critiquez

l'idéologie transgenre, vous en subirez les conséquences. Mais si vous ne dites rien, vous en subirez les conséquences aussi.

Car on ne peut vivre librement si on ne peut parler librement.

Car notre fille, notre nièce ou notre voisine reviendra peut-être un jour de l'école en disant que finalement elle est non-binaire et qu'elle veut se faire couper les seins.

Car, qui sait, la France suivra peut-être le même chemin que des États comme la Californie qui prévoit désormais de retirer la garde de leurs enfants aux parents qui refusent d'affirmer le délire trans de leur enfant (CNBC, 09/09/2023).

Car c'est avec nos cotisations à la sécurité sociale que les hommes transféminins se gavent d'hormones femelles, se font poser des faux seins et creuser un «néo-vagin».

Car c'est avec nos impôts que l'Assemblée nationale vote des lois, choquantes, et que le gouvernement met en place des circulaires pour faire la promotion de l'idéologie transgenre dans les écoles.

Alors autant parler, sans s'excuser de dire la vérité, non ?

13 septembre 2023 (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/09/13/le-protectionnisme-fait-son-retour-dans-le-debat-francais\\_6189123\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/09/13/le-protectionnisme-fait-son-retour-dans-le-debat-francais_6189123_823448.html)

## Le protectionnisme fait son retour dans le débat français

[Analyse](#)

[Elsa Conesa](#)

Bercy doit publier dans les prochains jours un décret pour protéger les véhicules électriques produits en Europe. S'il s'agit d'une réponse claire et inédite aux grandes politiques de subventions américaine et chinoise, le camp macroniste reste mal à l'aise avec ce terme.

Publié aujourd'hui à 06h00, modifié à 09h58 Temps de Lecture 7 min.



Le président de la Fédération française du bâtiment, Olivier Salleron, le président du Medef, Patrick Martin, et le ministre de l'économie, Bruno Le Maire, lors de la Rencontre des entrepreneurs de France à l'hippodrome de Longchamp, à Paris, le 29 août 2023. OLIVIER LABAN-MATTEI / MYOP POUR « LE MONDE »

Subventionner les voitures électriques françaises et européennes plutôt que chinoises, cela ne relève pas du protectionnisme mais d'un « *solide bon sens* ». « *Pourquoi on serait le seul espace au monde qui aime ce qui est fait chez les concurrents ?* », interrogeait Emmanuel Macron, le 11 mai, en présentant son plan pour la « *reconquête industrielle* » dans la salle des fêtes de l'Élysée, devant 300 chefs d'entreprise et élus tout acquis à la cause.

La transition écologique est le théâtre d'un nouvel affrontement commercial entre puissances, dont la bataille pour la voiture électrique est la spectaculaire illustration. Il y a un an, le président américain, Joe Biden, présentait son [Inflation Reduction Act](#) (IRA), qui mobilise près de 400 milliards de dollars (374 milliards d'euros) d'argent public en dix ans pour inciter à la production aux Etats-Unis, auquel l'Europe a répondu par un élargissement massif du cadre des aides d'Etat. La Chine a pour sa part consacré près de 100 milliards de dollars à la création d'une filière de production de véhicules électriques depuis 2009.

Dans ce contexte, Bercy doit publier dans les prochains jours un décret très attendu, qui privera de facto les voitures électriques produites loin de l'Hexagone du bonus de 5 000 euros à l'achat. Une « *petite révolution* » pour le chef de l'Etat, qui a aussitôt précisé : « *Ça ne veut pas dire qu'on fait du protectionnisme.* »

### « Un changement de philosophie économique »

Y penser toujours, n'en parler jamais. Dans le débat public comme chez les économistes, le mot même demeure radioactif. Les politiques l'associent à l'idée de repli, les économistes craignent son effet sur les prix, surtout en période d'inflation. Pourtant, le ministre de l'économie, Bruno Le Maire, ne s'en cache pas, il assumerait volontiers de « *parler de préférence européenne* ». « *Je veux qu'on réserve les aides publiques à des produits*

européens, il y a 1,2 milliard d'euros en jeu », affirme-t-il à propos du bonus écologique. C'est d'ailleurs ce que font les Etats-Unis, qui ont conditionné les aides de l'IRA à un critère explicite de « contenu local », dans la droite ligne des taxes aux frontières appliquées par l'administration Trump. Lequel a déjà fait du protectionnisme le cœur de son futur grand retour sur la scène politique en 2024.

En principe, ni les règles de l'Organisation mondiale du commerce (OMC), ni les traités européens, qui excluent les critères de localisation, ne permettent à la France d'en faire autant, en tout cas pas sans l'accord de ses partenaires européens. La fameuse « préférence communautaire » sur laquelle s'est fondé le projet européen après-guerre est en effet non pas un principe juridique, mais un objectif politique. « C'est un combat que la France doit mener à Bruxelles », poursuit le ministre de l'économie. En attendant, la France ruse en utilisant la voie normative, sans attendre Bruxelles ou Berlin : le bonus ira aux véhicules dont la fabrication génère le moins de CO<sub>2</sub>. « On passe par la voie environnementale là où nous devrions passer par la voie politique, plaide Bruno Le Maire. Pas de contenu européen, pas de bonus ! »

Ce futur décret, dont nombre d'élus français n'ont même pas entendu parler, signale pourtant, de l'aveu même de l'exécutif, une évolution idéologique dans l'Hexagone, après la sidération provoquée par l'offensive américaine à l'été 2022. « Il faut se rappeler que quand Joe Biden a présenté l'IRA, la réponse européenne, c'était d'obtenir une dérogation, comme le Mexique, alors même que les Etats-Unis nous disaient "faites la même chose !" », souligne-t-on à Bercy, où l'on confirme « un changement de philosophie économique ».

## « Les Français sont sensibles au patriotisme économique »

L'objectif est, bien sûr, de réduire l'empreinte carbone de la filière. Mais aussi de créer de l'emploi et des usines, vues comme un antidote au vote extrême qui prospère sur la désindustrialisation. « Les gens attendent qu'on protège leurs intérêts », euphémise Bruno Le Maire, pour qui il s'agit là d'un bon sujet pour les élections européennes de 2024. « La plupart des Français n'ont pas entendu parler du décret, mais l'exécutif aura intérêt à en faire la publicité, cela ne peut que plaire », analyse Frédéric Dabi, directeur général de l'IFOP. Les études menées par l'institut pendant la campagne présidentielle de 2012 montraient que les Français étaient très favorables au protectionnisme, relève-t-il. « Le terme est dépassé, mais il a été remplacé par celui de relocalisation. Les Français sont sensibles au patriotisme économique, aux usines qui ouvrent. »

Le protectionnisme a longtemps été l'apanage des extrêmes, si bien que les politiques s'en méfient. « Il faut laisser les partis extrêmes défendre cette idée », avait rétorqué Jean-François Copé, alors secrétaire général de l'UMP (l'ancêtre du parti Les Républicains), à Laurent Wauquiez, alors ministre de l'enseignement supérieur, qui plaidait pour un « protectionnisme moderne » européen en 2012. Le numéro deux du parti, Hervé Novelli, y voyait, lui, « un oxymore : on accole deux termes apparemment modernes pour faire un effet. Le protectionnisme n'est pas moderne ». Quant au secrétaire d'Etat au commerce extérieur de l'époque, Pierre Lellouche, il estimait carrément que « le protectionnisme amène tout droit au conflit, à la guerre ».

Même méfiance historique à gauche, y compris lorsque Arnaud Montebourg, devenu ministre de l'économie et du redressement productif de François Hollande en 2012, s'est emparé du sujet pour faire du « made in France » une cause nationale. « Une partie de la gauche socialiste et écologiste a longtemps été fâchée avec la nation, associée à l'idée du repli, décrypte le président « insoumis » de la commission des finances de l'Assemblée nationale, Eric Coquerel, qui observe une évolution globale du monde politique sur le sujet. La mondialisation, c'est tout sauf l'entraide entre les peuples. Et le grand déménagement du monde, ça n'est pas tenable écologiquement. » En 2022, La France insoumise proposait de mettre en place une « taxe kilométrique » pour renchérir les produits importés.

Bien que brièvement tenté par le souverainisme de Jean-Pierre Chevènement dans sa jeunesse, Emmanuel Macron est aussi mal à l'aise avec l'idée de protectionnisme, lui préférant, en particulier depuis la crise du Covid-19, le terme de « souveraineté européenne ». Ses partisans sont sur la même ligne. « Je n'aime pas trop ce mot de protectionnisme, explique Loïc Signor, porte-parole de Renaissance. Ce décret n'interdit pas les véhicules chinois, on se contente de ne pas les subventionner. Mais c'est un système de protection, on peut le dire. On protège notre modèle, nos emplois, notre indépendance. »

## Un débat très ancien

Le débat idéologique et politique autour du protectionnisme est très ancien en France, puissance terrienne et colbertiste historiquement moins libre-échangiste que ses voisins. *« Il y a eu dans l'histoire de la pensée économique des moments de très sérieuse controverse sur le sujet, explique l'ancien directeur général de l'OMC Pascal Lamy, citant [les lois Méline](#), venues protéger les agriculteurs français du blé nord-américain qui commençait à inonder l'Europe, à la fin du XIX<sup>e</sup> siècle. Mais la grande nouveauté, c'est le changement de posture des Etats-Unis à partir de 2008, dans un contexte de montée de la rivalité avec la Chine. Celle-ci a utilisé à son avantage les règles de l'OMC, très disciplinée sur les droits de douane, mais pas sur les subventions. »*

A mesure qu'ils reculaient dans les échanges, les droits de douane ont été remplacés par d'autres mesures de protection comme les aides publiques, les normes, les crédits d'impôts divers, qui pèsent aujourd'hui beaucoup plus lourd que des taxes aux frontières dont le montant moyen pondéré est tombé à 5 % au niveau mondial, observe-t-il.

*« A chaque crise, la tentation protectionniste revient », relativise Ali Laïdi, chercheur et auteur d'une *Histoire mondiale du protectionnisme* (Passés composés, 2022). En 2012, Nicolas Sarkozy plaidait déjà pour un « Buy European Act » – une idée reprise par Emmanuel Macron à la fin de 2022, tandis que François Hollande parlait de « juste échange ». Depuis 1970, *Le Monde* a d'ailleurs consacré pas moins d'une vingtaine d'articles au retour du protectionnisme dans le débat public. « Mais dans les faits, ce retour ne s'est presque jamais traduit par des changements structurels, poursuit le chercheur. Le protectionnisme reste utilisé comme un outil défensif, jamais au service d'une vision stratégique de ce que doit être la puissance européenne dans une mondialisation qui a construit des rapports de force. L'Europe a peur de la puissance. »*

## Le tournant du Covid

Si le mot demeure connoté, l'idée fait en revanche davantage consensus dans le débat public en France depuis la pandémie de Covid-19, y compris dans le monde des affaires, d'ordinaire acquis au libre-échange. *« Il faut qu'on se protège si on veut réindustrialiser, tempête Nicolas Dufourcq, le patron de Bpifrance, qui explore cette question dans son ouvrage, *La Désindustrialisation de la France, 1995-2015* (Odile Jacob, 2022). Il va falloir réapprendre le conflit. Les entreprises chinoises sont aidées à 90 %, pas à 50 %. Les voitures électriques chinoises sont 40 % moins chères quand elles arrivent à Rotterdam (Pays-Bas). Des subventions ne vont pas suffire, la seule façon d'en sortir, ce sont des droits de douane au niveau européen. »*

Le monde politique applaudit aujourd'hui des deux mains ce qu'il aurait sans doute fustigé hier. *« L'idiot du village planétaire commence enfin à en avoir marre d'être ridicule, ironise le chef de file des députés du parti Les Républicains, Olivier Marleix, à propos du décret. Qui peut croire aujourd'hui que la Chine et les Etats-Unis ne sont pas protectionnistes ? La face non heureuse de la mondialisation ne peut plus être cachée. Il y a un consensus très fort là-dessus pour les élections européennes. Le protectionnisme n'est plus un mot tabou à droite. »*

Même si quelques rares figures historiques de la droite s'en alarment, comme l'ancien premier ministre Alain Juppé dernièrement. *« Nous avons profondément profité de la mondialisation, estimait ce dernier [sur France Inter](#), lundi 11 septembre. On découvre aujourd'hui qu'il y a de l'inflation tout simplement parce que ça coûte plus cher de fabriquer un certain nombre de produits chez nous, que de les faire fabriquer ailleurs. Donc vous ne pouvez pas avoir le beurre et l'argent du beurre. »*

Reste la question de l'effet de ces mesures sur les prix, difficile à écarter d'un revers de la main alors que le pouvoir d'achat et l'inflation dominent toutes les études d'opinion en France. Les producteurs ainsi protégés en profiteront-ils pour rançonner un consommateur captif ? Ou bien feront-ils un effort pour mettre sur le marché des citadines électriques d'entrée de gamme à des prix abordables, tout aussi nécessaires à l'objectif de réduction des émissions ?



13 septembre 2023 (Le Figaro)

[«La France, l'Allemagne en mieux»: l'étonnant compliment de la presse allemande \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## «La France, l'Allemagne en mieux»: l'étonnant compliment de la presse allemande

Par [Thomas Engrand](#)

Publié le 06/09/2023 à 13:01, mis à jour le 06/09/2023 à 17:13



Pour le journal de Hambourg, la comparaison entre les leaders allemand et français ne tourne à l'avantage du premier. *Francois BOUCHON / Le Figaro*

### **DÉCRYPTAGE - Après des décennies de leadership allemand, Paris s'impose de plus en plus comme «l'homme fort» de l'Europe, note l'influent hebdomadaire *Der Spiegel*.**

Toujours aussi peu populaire en France, la politique menée par le chef de l'État, suscite l'admiration de nos voisins allemands. Cette fois c'est l'influent hebdomadaire hambourgeois *Der Spiegel*, qui n'hésite pas à titrer de façon provocatrice : «*La France : l'Allemagne en mieux*» (*Frankreich – das bessere Deutschland*). Un virage à 180 degrés, comme le reconnaît le journaliste Michael Sauga lui-même.

---

«*Emmanuel Macron n'a pas été épargné par les éditorialistes allemands récemment*», souligne-t-il d'entrée. Ni récemment, ni les années précédentes. Dès 2017, celui qui n'était encore qu'un jeune chef d'État avait ainsi accordé une interview au journal, titrée : «*Je ne suis pas arrogant*». La réélection difficile de 2022, suivie de la perte de majorité à l'Assemblée nationale et de la très conflictuelle réforme des retraites avait fini de faire pâlir l'étoile du leader européen, sur lequel nombre de pro-européens avaient placé beaucoup (trop?) d'espoirs.

Pourtant si l'on se concentre sur les grands indicateurs économiques, le bilan change radicalement, souligne le journaliste qui cite pêle-mêle des prévisions «*de croissance plus de deux fois plus élevée pour le pays cette année et l'année prochaine par rapport à l'Allemagne*», selon le FMI et un prix de l'électricité plus de deux fois inférieur ou encore une compétitivité qui se redresse pendant que «*l'Allemagne recule depuis des années dans les classements mondiaux*». À la clef, des investissements qui se multiplient dans l'Hexagone, y compris sur des secteurs habituellement chasse gardée de Berlin comme la construction automobile. Conclusion sans appel de l'auteur : «*La France est actuellement meilleure que l'Allemagne*» écrit-il en reprenant une analyse du cabinet d'audit EY.

Un retournement de situation dû avant tout à «*un mélange fatal d'arrogance et de complaisance*», selon Michael Sauga. Après les bons succès des réformes passées sous le chancelier SPD Gerhard Schröder -de gauche comme l'actuel chef du gouvernement Olaf Scholz - l'Allemagne a un peu vite cru à la prospérité éternelle et s'est reposée sur ses lauriers, estime-t-il.

## Un nouveau leadership européen

Ces divergences de trajectoire sur le plan économique n'ont pas tardé à avoir des répercussions par-delà les frontières et notamment au sein de l'Union européenne. À Bruxelles, la France se saisit progressivement de la casquette de capitaine longtemps vissée sur la tête des Allemands. Une situation que Berlin n'accepte pas sans se battre. Les deux capitales se sont ainsi livrées à plusieurs passes d'armes ces dernières années, mais dans chacune, ou presque, Paris semble sortir victorieux. L'auteur cite plusieurs exemples comme la volonté d'une plus grande intégration *«que l'appareil bureaucratique de Berlin a initialement rejetée avec condescendance avant de les accepter à contrecœur»*. C'est aussi Emmanuel Macron qui fait nommer Ursula von der Leyen à la présidence de la Commission européenne ou encore a été à l'initiative d'une réponse européenne au conflit *«froid»* entre Chine et États-Unis, mettant sur le devant de la scène le concept très français *«d'autonomie stratégique»*, ajoute-t-il.

Mais s'il y a un dossier qui cristallise le décrochage allemand, c'est celui du nucléaire. Angela Merkel a certes pu compter sur une large coalition de pays prêts à sortir de l'atome après l'accident de Fukushima, mais la guerre en Ukraine est venue complètement rebattre les cartes. Aujourd'hui il ne semble rester pratiquement qu'un dirigeant européen majeur, Olaf Scholz, qui s'entête à considérer le sujet comme un *«cheval mort»*. À la longue, ce glissement du centre de gravité vers Paris pourrait considérablement infléchir la politique économique européenne. Hier farouchement libre-échangiste, sous l'influence du géant commercial allemand, il pourrait demain privilégier une approche *«Europe first»*, plus dans la lignée française.

Une hirondelle ne fait toutefois pas le printemps et les Français auraient tort de se voir comme le nouvel homme fort de l'Europe. *«Les rapports de force économiques en Europe sont encore clairement établis»*, pointe *Der Spiegel*, qui rappelle que *«le produit intérieur brut allemand dépasse de plus de 40 % celui de la France»*. Sans même parler de l'état respectif des finances publiques.

13 septembre 2023 (The Economist)

[Is Germany once again the sick man of Europe? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Economic malaise

## Is Germany once again the sick man of Europe?

Its ills are different from 1999. But another stiff dose of reform is still needed



image: ricardo rey

Aug 17th 2023

Nearly twenty-five years ago this newspaper called Germany the sick man of the euro. The combination of reunification, a sclerotic job market and slowing export demand all plagued the economy, forcing unemployment into double digits. Then a series of reforms in the early 2000s ushered in a golden age. Germany became the envy of its peers. Not only did the trains run on time but, with its world-beating engineering, the country also stood out as an exporting powerhouse. However, while Germany has prospered, the world has kept on turning. As a result, Germany has once again started to fall behind.

Europe's biggest economy has gone from a growth leader to a laggard. Between 2006 and 2017 it outperformed its large counterparts and kept pace with America. Yet today it has just experienced its third quarter of contraction or stagnation and may end up being the only big economy to shrink in 2023. The problems lie not only in the here and now. According to the imf, Germany will [grow more slowly](#) than America, Britain, France and Spain over the next five years, too.

To be sure, things are not as alarming as they were in 1999. Unemployment today is around 3%; the country is richer and more open. But Germans increasingly complain that their country is not working as well as it should. Four out of five tell pollsters that Germany is not a fair place to live. Trains now run so serially behind the clock that Switzerland has barred late ones from its network. After being stranded abroad for the second time this summer as her ageing official plane malfunctioned, Annalena Baerbock, the foreign minister, has aborted a trip to Australia.

For years Germany's outperformance in old industries papered over its lack of investment in new ones. Complacency and an obsession with fiscal prudence led to too little public investment, and not just in Deutsche Bahn and the Bundeswehr. Overall, the country's investment in information technology as a share of gdp is less than half that in America and France. Bureaucratic conservatism also gets in the way. Obtaining a licence to operate a business takes 120 days—twice as long as the oecd average. Added to this are worsening geopolitics, the difficulty of eliminating carbon emissions and the travails of an ageing population.

The geopolitics mean that manufacturing may no longer be the cash cow it used to be. Of all the large Western economies, Germany is the most exposed to China. Last year trade between the two amounted to \$314bn. That relationship was once governed by the profit motive; now things are more complicated.

In China German carmakers are losing the battle for market share against home-grown competitors. And in more sensitive areas, as the West “de-risks” its ties with China, some may be severed altogether. Meanwhile, a scramble for advanced manufacturing and robust supply chains is unleashing a torrent of subsidies to foster home-grown industry that will either threaten German firms or demand subsidies inside the European Union.

Another difficulty comes from the energy transition. Germany’s industrial sector uses nearly twice as much energy as the next-biggest in Europe, and its consumers have a much bigger carbon footprint than those in France or Italy. Cheap Russian gas is no longer an option and the country has, in a [spectacular own goal](#), turned away from nuclear power (see Europe section). A lack of investment in grids and a sluggardly permit system are hobbling the transition to cheap renewable energy, threatening to make manufacturers less competitive.

Increasingly, too, Germany lacks the talent it needs. A baby boom after the second world war means that 2m workers, on net, will retire over the next five years. Although the country has attracted almost 1.1m Ukrainian refugees, many are children and non-working women who may soon return home. Already, two-fifths of employers say they are struggling to find skilled workers. That is not just grumbling: the state of Berlin cannot fill even half of its teaching vacancies with qualified staff.

For Germany to thrive in a more fragmented, greener and ageing world, its economic model will need to adapt. Yet whereas high unemployment forced Gerhard Schröder’s coalition into action in the 1990s, the alarm bells are easier to ignore this time. Few in today’s government, made up of the Social Democrats, the liberal Free Democrats and the Greens, admit to the scale of the task. Even if they did, the coalition is so fractious that the parties would struggle to agree on a remedy. Moreover, Alternative für Deutschland, a far-right populist party, is polling at 20% nationally and may win some state elections next year. Few in government will propose radical change for fear of playing into its hands.

The temptation may therefore be to stick with the old ways of doing things. But that would not bring back Germany’s heyday. Nor would it quell the onrush of challenges to the status quo. China will continue to develop and compete, and de-risking, decarbonisation and demography cannot simply be wished away.

Instead of running scared, politicians must look ahead, by fostering new firms, infrastructure and talent. Embracing technology would be a gift to new firms and industries. A digitised bureaucracy would do wonders for smaller firms that lack the capacity to fill out reams of paperwork. Further permit reform would help ensure that infrastructure gets built speedily and to budget. Money also matters. Too often infrastructure has suffered as the government has made a fetish of its balanced-budget rules. Although Germany cannot spend as freely as it might have in the 2010s, when interest rates were low, forgoing investment as a way of reining in excess spending is a false economy.

## Agenda 2030

Just as important will be attracting new talent. Germany has liberalised its immigration rules, but the visa process is still glacial and Germany is better at welcoming refugees than professionals. Attracting more skilled immigrants could even nurture home-grown talent, if it helped deal with the chronic shortage of teachers. In a country of coalition governments and cautious bureaucrats, none of this will be easy. Yet two decades ago, Germany pulled off a remarkable transformation to extraordinary effect. It is time for another visit to the health farm.

13 septembre 2023 (FAZ)

[Währung und Mythos: Eine realistische Geschichte der D-Mark \(faz.net\)](#)

WÄHRUNGSGESCHICHTE:

## Mythos Deutsche Mark

VON [MARTIN HOCK](#)

-AKTUALISIERT AM 12.09.2023-13:36



Die D-Mark wird in Deutschland oft fast schon kultisch verklärt. Wie es dazu kam.

Das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation war immer etwas schwierig. Nach der Zeit des Nationalsozialismus, im geteilten deutschen Staat, fand sich ein Band, das nicht nur die alte Bundesrepublik in sich, sondern auch mit den Bürgern der DDR verband: die **D-Mark**. Geboren vor 75 Jahren, verstorben vor mehr als zwanzig, sehen auch heute noch besonders über Vierzigjährige darin ein nationales Symbol.

Anlässlich des 75. Jubiläums der Währungsreform hat Frank Stocker, Wirtschafts- und Finanzredakteur der „Welt“, der Geschichte der D-Mark ein gelungenes Buch gewidmet. Der Politologe und Historiker hat mit „Die Deutsche Mark“ nicht nur ein äußerst gut lesbares Werk mit einer gerade richtigen Seitenzahl von netto 312 Seiten verfasst. Vielmehr setzt sich Stocker unter dem treffenden Untertitel „Wie aus einer Währung ein Mythos wurde“ gezielt just mit den Mythen und Narrativen auseinander, die die D-Mark eben zu jenem nationalen Symbol haben werden lassen, dessen Verklärung bisweilen messianische Züge annimmt.

In 20 Kapiteln und zwei Exkursen dekliniert Stocker die rund 54 Jahre durch, in der diese zur europäischen De-facto-Leitwährung aufstieg. Und schon das sind zwei Punkte, in denen sich Stocker als neudeutsch „Mythbuster“ betätigt. Vieles davon ist bekannt, oft aber nur Experten. So etwa, dass die Währungsreform kein deutsches Projekt war, sondern eines der Besatzungsmacht USA.

FRANK STOCKER

# DIE DEUTSCHE MARK

Wie aus einer Währung  
ein Mythos wurde

Zum 75. Geburtstag  
der D-Mark

FBV



Bild: FAZ

Ludwig Erhard habe sich zwar immer als Vater der D-Mark geriert, war aber an der Reform gar nicht beteiligt, schreibt Stocker. Spiritus Rector war viel mehr der amerikanische konom Edward Tenenbaum. berhaupt holt Stocker die deutsche Wirtschaftsikone vom Thron. Erhard sei zunächst ein „mittelmäßig begabter konom“ gewesen, dessen Selbstbewusstsein groß, „wenn nicht gar übersteigert“ gewesen sei. Den Professorentitel habe er quasi zu seinem Vornamen gemacht, zitiert er den früheren Mainzer Wirtschaftshistoriker Volker Hentschel, obwohl Erhard nur Honorarprofessor war und nie als solcher tätig.

Darüber versäumt es Stocker aber nicht, Erhards Verdienste herauszustreichen: die Aufhebung der Preiskontrollen etwa, die er als Direktor für Wirtschaft der Bizone ohne Zustimmung und zum Missfallen der Alliierten im Radio verkünden ließ und ohne die die Währungsreform erfolglos gewesen wäre.



Ludwig Erhard :Bild: dpa

Auch das beliebte Narrativ „Währungsreform – Läden voll – Wirtschaftswunder – alle reich“ wird demontiert. Den vollen Geschäften folgte bei weiter geltendem Lohnstopp eine rasante Inflation. Und so kam es im Oktober 1948 zu gewalttätigen Ausschreitungen, im November dann zum einzigen Generalstreik in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands. So mancher Deutsche hätte den die Währungsreform verteidigenden Erhard damals wohl am liebsten hängen gesehen.

Ihr Fett weg bekommt auch die Deutsche Bundesbank. Nicht nur habe diese diverse schwere geldpolitische Fehler begangen. Stocker bescheinigt ihr auch ein bisweilen „fast schon autistisches und rücksichtsloses“ Agieren. Bis zuletzt habe sie ihre Verantwortung als Hüterin der in den Achtzigern

zweitwichtigsten Reservewährung der Welt ignoriert. Und Stocker macht klar: Dies war ein wesentlicher Grund, dass die europäischen Partnerländer die D-Mark gern loswurden. Dass man in der Bundesbank oft genug recht hatte, ist für Stocker dabei unbenommen. Sein Ziel ist nicht der Bildersturm, sondern die Bedeutung der oft überhöhten D-Mark realistisch einzuordnen.



Die Deutsche Bundesbank in Frankfurt :Bild: Bundesbank

Das gelingt dem Historiker und Politologen Stocker sehr gut, auch wenn Nostalgiker dies sicher nicht gern lesen. Zu kurz kommen an mancher Stelle die Ökonomen. Zwar stellt Stocker wirtschaftliche Zusammenhänge in gebotener Kürze dar. Doch manchmal möchte man ausführlicher diskutieren – etwa über die Rolle der D-Mark beim Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods, als sich Deutschland und die Bundesbank gegen eine Aufwertung sperrten. Dabei war die D-Mark 1949 abgewertet worden, um ihren vorzeitigen Kollaps abzuwenden, was auch die Geschichte vom Exportweltmeister in ein anderes Licht rückt.

Die Studie einer Rechtsanwaltskanzlei sagt, der Bund der Steuerzahler verstoße gegen das Gebot des Verzichts auf „Beeinflussung der politischen Willensbildung im Sinne eigener Auffassungen“. Das ist eine Voraussetzung für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Natürlich kann man noch Kleinigkeiten kritisieren. Etwa die gerade in den ersten Kapiteln oft überlangen Zitate, die sich nicht in den Lesefluss einfügen wollen. Auch kommen die Achtzigerjahre etwas dürftig weg. Stockers Buch empfiehlt sich für alle, die gern wüssten, wie es wirklich war. Stocker demontiert Mythen, nicht die D-Mark. Daher ist die Lektüre auch Nostalgikern zu empfehlen. Mit dieser Nostalgie befasst sich der Autor im Schlusskapitel. Die Ursache seien nicht Defizite des Euro, sondern die Sehnsucht nach der einfacheren Welt vor den Neunzigerjahren.

Mit den Veränderungen habe der Euro überhaupt nichts zu tun und so macht Stocker auch klar: Eine Rückkehr zur D-Mark wäre keine Rückkehr in eine goldene Vergangenheit. Vielmehr wäre diese „heute eine europäische Leitwährung, die der Bundesbank eine völlig andere Rolle verleihen würde (...) Durch eine . . . Rückkehr zur D-Mark würde die Bundesrepublik nicht harmonischer oder gerechter, sie würde aber zu einem geldpolitischen Hegemonen in Europa, mit vielerlei Konsequenzen, meist nicht angenehmen.“ Das Trachten der Deutschen solle vielmehr dahin gehen, den Euro stark und stabil zu halten – aber ohne Besserwisserei und Oberlehrergehabe.

*Frank Stocker: Die Deutsche Mark – Wie aus einer Währung ein Mythos wurde. Finanzbuch Verlag, München 2023, 360 Seiten, 27 Euro.*

13 septembre 2023 (FAZ)

[Nach Putsch in Niger: Geht Frankreich das Uran aus? \(faz.net\)](#)

VERSORGUNGSENGPÄSSE IN NIGER:

## Geht Frankreich das Uran aus?

VON [NIKLAS ZÁBOJI](#), PARIS

-AKTUALISIERT AM 12.09.2023-21:26



Die Uranmine von Somair in Niger (Archivbild) Bild: REUTERS

Niger ist für Frankreichs Nuklearindustrie von großer Bedeutung. Der Putsch nährt Sorgen vor Versorgungsengpässen. Und nun?

Der Staatsstreich in [Niger](#) bleibt für die französische Nuklearindustrie nicht ohne Folgen. So hat der Bergbaukonzern Orano knapp anderthalb Monate, nachdem das Militär in dem westafrikanischen Land die Macht übernommen hat, Ende vergangener Woche erstmals Versorgungsengpässe für seine lokale Uranproduktion vermeldet. Sie stehen in Zusammenhang mit den Sanktionen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas gegen das Land, die zur Schließung der für den Handel wichtigen Grenzen zu den Nachbarstaaten Benin und Nigeria geführt haben.

Betroffen ist eine Fabrik zur Weiterverarbeitung des vor Ort abgebauten Urans, aus dem später die Brennelemente für Kernkraftwerke hergestellt werden. „Vor dem Hintergrund der anhaltenden Schließung des wichtigsten Versorgungskorridors in Niger und aufgrund der schwindenden Vorräte an Chemikalien“ habe man ursprünglich erst für 2024 geplante Wartungsarbeiten am Standort von Somair vorgezogen, teilte Orano mit.

Der Konzern, 2017 hervorgegangen aus [Areva](#) und zu rund 90 Prozent in den Händen des französischen Staates, ist ein zentraler Akteur in Nigers Bergbauwirtschaft. Schon in den 1970er Jahren begann der Uranabbau in der einstigen französischen Kolonie. Die zu diesem Zweck gegründeten Aktiengesellschaften nach nigrischem Recht, Cominak und Somair, betreiben unter Beteiligung des nigrischen Staatsunternehmens Sopamin Anlagen nahe den Wüstenstädten Akokan und Arlit im Nordwesten des Landes.

„Kurzfristig nicht in einer Notsituation“

Während die Förderung in der Cominak-Mine unter Tage 2021 beendet wurde, will Orano im Tagebau von Somair noch über das Jahr 2035 hinaus Uran abbauen. Künftig als dritter Standort in Niger hinzukommen soll die Imouraren-Mine etwa 80 Kilometer weiter südlich.

Orano betont, dass einzig die Fabrik am Standort von Somair auf einen vorgezogenen Wartungsbetrieb umgestellt worden sei. „Die Mine ist weiterhin voll in Betrieb“, sagte ein Sprecher. Allgemein sei die



Versorgungssicherheit der Kunden durch die geografische Diversifizierung der Betriebsstätten gewährleistet.



Bild: F.A.Z.

Vier bis sechs Schiffe im Jahr exportierten Uran aus Niger nach Frankreich oder Kanada; als zentraler Versorgungskorridor fungiert traditionell eine Route durch den Binnenstaat und das südlich gelegene Nachbarland Benin hindurch bis zum Hafen von Cotonou, auch „Uranstraße“ genannt.

„Wir befinden uns kurzfristig nicht in einer Notsituation“, so der Orano-Sprecher weiter. Die nun vorgenommene Umstellung von Arbeitsabläufen verschaffe eine „Sichtbarkeit bis zum Jahresende“. Orano behalte seine Angestellten von Somaïr und „einen Teil“ seiner Subunternehmer in Betrieb.

Der Umsturz in Niger hat Sorgen vor einem versiegenden Uranbezug und Preissteigerungen oder gar einer Versorgungskrise für die französische Nuklearindustrie genährt. Auch wird befürchtet, dass die Russen Zugriff auf die Bodenschätze in dem afrikanischen Land erhalten könnten, nachdem unter Beteiligung des chinesischen Staatskonzerns CNNC schon vor einigen Jahren eine weitere Uranmine eröffnet wurde.

Bislang hatten sich derlei Sorgen als unbegründet erwiesen. Die Putschisten haben keine Aufkündigung der Verträge und keinen Exportstopp für Uran verhängt. Orano gibt an, auch die Neugestaltung der stillgelegten Cominak-Mine, an der in der Vergangenheit auch die Japaner und nach wie vor auch die Spanier beteiligt sind, wie geplant fortzusetzen. Selbiges gelte für die in der Vergangenheit wiederholt verschobene Umsetzung des Imouraren-Projekts.

Nach Angaben der EU-Versorgungsagentur Euratom stammte rund 25 Prozent des im vergangenen Jahr nach Europa importierten Uran aus Niger, wobei sich für Frankreich nach Angaben der Tageszeitung „Le Monde“ ein etwas niedrigerer Wert von rund 20 Prozent ergibt. Orano verfügt durch Minen in Kasachstan und Kanada über weitere Bezugsquellen; in Frankreich selbst wurde die letzte Mine in den 2000er Jahren geschlossen.

Ein Wegfall der nigrischen Uraneinfuhr gilt als handhabbar für die europäische Nuklearindustrie, da es eine Reihe weiterer Förderländer und Vorräte gibt. Nach Angaben der World Nuclear Association war Niger im vergangenen Jahr die siebtgrößte Uranförderung der Welt mit einem Marktanteil von etwa 4 Prozent (siehe Grafik).

An der französischen Strombörse war in den vergangenen Wochen keine Nervosität feststellbar und ist der Preis tendenziell eher gesunken. Nach Preisspitzen von mehr als 1000 Euro im vergangenen Sommer kostet die Megawattstunde am Spotmarkt aktuell rund 140 Euro.

Die Wartung und Reparatur der französischen Kernkraftwerke schritt zuletzt planmäßig voran. Sie produzierten nach Angaben des Betreiberkonzerns EDF im August 23,9 Terawattstunden, rund ein Drittel mehr als im Vorjahresmonat. Der Stromexport nach Deutschland hat in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen.

13 septembre 2023 (FAZ)

[Klimaschutz: Nur eine internationale Kooperation kann das Problem lösen \(faz.net\)](#)

KLIMA-DEBATTE:

## Womit Hans-Werner Sinn recht hat

VON JOACHIM WEIMANN

-AKTUALISIERT AM 13.09.2023-06:21



Nur eine internationale Kooperation kann das Klimaproblem lösen. Das zu ignorieren ist naiv und gefährlich. Ein Gastbeitrag.

Hans-Werner Sinn hat in der F.A.Z. eine durchaus scharfe Kritik an der deutschen [Klimapolitik](#) veröffentlicht, die vor allem den deutschen Alleingang als falsch und kontraproduktiv geißelt. Der Energieökonom Lion Hirth unterzieht diese Kritik, ebenfalls in der F.A.Z., einem „Realitätscheck“, der zum Ergebnis hat, Sinns Analyse sei falsch und die Klimapolitik Deutschlands richtig. Er gelangt zu diesem Urteil allerdings nicht, indem er Fakten anführt, die Sinn widersprechen, er stellt ihm lediglich Behauptungen entgegen. Zeit, sich die Fakten einmal anzusehen.

Beginnen wir mit der Kontroverse um den Alleingang. Hirth bezeichnet die Forderung Sinns nach internationalen Abkommen als „naiv“, weil die sowieso nicht zustande kommen und weil sich auch ohne ein solches Abkommen schon sehr viel tue auf der Welt. Um zu überprüfen, ob dem wirklich so ist, kann man sich die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen ansehen, die in der Grafik abgetragen sind.

Die obere Linie zeigt die globalen Emissionen, die untere die Emissionsmengen, die sich ergeben, wenn die Deutschlands abgezogen werden. Die Grafik zeigt, dass erstens die globalen Emissionen ungebrochen steigen, zweitens eine rein nationale Klimaneutralität Deutschlands darauf überhaupt keinen Einfluss hätte und drittens, dass der einzige Rückgang der Emissionen durch die Corona-Pandemie verursacht wurde. Die Pandemie hat eine (wenn auch unfreiwillige) global koordinierte Reduktion des Einsatzes fossiler Brennstoffe bewirkt, und nur eine solche hilft gegen den Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

### Wir haben keine ausreichenden Großspeicher

Hirth verweist als Beleg dafür, dass sich auch ohne internationale Koordination so viel tue, darauf, dass [China](#) inzwischen um ein Vielfaches mehr Solarinstallationen vornimmt als Deutschland. Er vergisst aber die Größe des Landes zu berücksichtigen, die Tatsache zu erwähnen, dass der Anteil erneuerbarer Energien in China immer noch unter einem Prozent liegt, und auch darauf hinzuweisen, dass die chinesische Regierung nach wie vor daran festhält, frühestens 2030 mit einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu beginnen.

Die Daten zeigen sehr deutlich, dass nationale Alleingänge keinen Einfluss auf die zukünftigen Temperaturen haben können und dass nur eine internationale Kooperation das Klimaproblem lösen

kann. Das zu ignorieren ist naiv und gefährlich. Dabei sind internationale Kooperationen möglich. Die EU beweist, dass ein Emissionshandel funktionieren kann und zu massiven CO<sub>2</sub>-Senkungen bei vergleichsweise geringen Kosten fähig ist.



Der Anteil erneuerbarer Energien in China liegt trotz der großen Zahl seiner Solarinstallationen immer noch unter einem Prozent. :Bild: dpa

Dieses Modell zu erweitern, indem neue Länder aufgenommen werden, wäre einen Versuch wert. Leider reist Minister Habeck nicht durch die Welt, um dafür zu werben, sondern konzentriert sich ausschließlich darauf, im Inland kostspielige Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Übrigens auch solche, die gar keine CO<sub>2</sub>-Einsparung bewirken, weil die Interaktion mit dem Emissionshandel übersehen wird (wie bei der Stahlproduktion mit Wasserstoff).

Auch Sinns Aussage, dass ein allein auf erneuerbaren Energien basiertes Energiesystem nicht funktionieren kann, weil die Energieeinspeisung zu volatil ist, lässt Hirth nicht gelten.

Er verweist auf die vielen Studien, die zeigen, dass diese Behauptung falsch sei, und die beweisen, dass die Erneuerbaren sehr wohl in der Lage sind, allein unseren Energiebedarf zu decken. Leider vergisst er die Voraussetzungen zu nennen, die in diesen Studien gemacht werden. Die wichtigste ist, dass ausreichend Speicher für elektrische Energie zur Verfügung stehen. Das ist nicht der Fall, auch wenn einzelne Aktivisten das Gegenteil behaupten.

### Mit eingesetzten Ressourcen ein Maximum an CO<sub>2</sub>-Einsparung erreichen

Wir haben keine Großspeicher, die in der Lage sind, Dunkelflauten auszugleichen. Und dass wir sie nicht haben, ist kein politisches Versäumnis, sondern schlicht darauf zurückzuführen, dass Strom, der aus solchen Speichern kommen würde, viel zu teuer wäre. Das liegt vor allem an den hohen Energieverlusten, die bei der Umwandlung von Strom in speicherbaren Wasserstoff entstehen und denen, die bei der Rückumwandlung in Strom anfallen.

Deutschland hat schon die weltweit höchsten Strompreise. Speicherung würde den Preis noch einmal stark in die Höhe treiben. Die Studien, die Hirth meint, kommen aber mit der Speicherung von Strom nicht aus. Sie brauchen auch noch die Annahme, dass die Stromverbraucher „optimal“ mitspielen und ihr Verhalten an die Verfügbarkeit von Wind- und Solarstrom anpassen. Dass damit massive Wohlfahrtseffekte verbunden wären, berücksichtigen dieses Studien natürlich nicht.

Auch Hirths Behauptung, dass Wärmepumpen selbst dann noch eine bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz haben als eine Gasheizung, wenn der gesamte Strom aus Kohlekraftwerken stammt, stimmt nur dann, wenn man die geringen Wirkungsgrade von Kohlekraftwerken außer Acht lässt. Die sorgen dafür, dass sich die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Wärmepumpen, die fossilen Strom benutzen, im Vergleich zu Gasheizungen, bei denen der Umweg über die Stromerzeugung entfällt, deutlich verschlechtern.

Aber nicht nur das. Hirth verzichtet vollständig darauf, die Kosten, die bei der Vermeidung von CO<sub>2</sub> entstehen, zu berücksichtigen. Damit befindet er sich zwar in guter Gesellschaft, aber eine rationale Klimapolitik verlangt nun einmal, dass wir CO<sub>2</sub>-Vermeidung so betreiben, dass wir mit den eingesetzten Ressourcen ein Maximum an CO<sub>2</sub>-Einsparung erreichen. Das geht nur, wenn wir dort einsparen, wo die Vermeidungskosten minimal sind – und das sind sie ganz sicher nicht bei Wärmepumpen und E-Autos.

Natürlich darf auch bei Hirth das momentan beliebte Bashing der deutschen Automobilindustrie nicht fehlen. Wie auch schon Monika Schnitzer, die Vorsitzende des Sachverständigenrates, macht auch Hirth den Niedergang dieser Industrie am Versagen ihrer Manager fest, die nicht rechtzeitig auf Elektromobilität gesetzt hätten.

## Letztlich profitiert auch China

Aber auch an dieser Stelle sollte man ein paar Fakten berücksichtigen. Die Bedingungen dafür, Elektroautos zu verkaufen, sind in Deutschland gänzlich anders als etwa in China. Das beginnt damit, dass der Strompreis, den die Fahrer von E-Autos zahlen müssen, bei uns um den Faktor 5 höher ist als in China. Dafür ist die Ladeinfrastruktur in Deutschland deutlich schlechter und die Produktionskosten erheblich höher (Löhne und Energiekosten).

Elektroautos sind deshalb bei uns nur dann zu verkaufen, wenn sie vom Staat massiv subventioniert werden. Bei den Verbrennern konnten die Kostennachteile der deutschen Automobilindustrie durch den technischen Vorsprung deutscher Hersteller ausgeglichen werden. Das gelingt bei den E-Autos nicht mehr, weil die Technik viel leichter beherrschbar ist.

Die deutsche Politik hätte diesen Vorsprung retten können, wenn sie statt auf E-Autos auf Treibstoffe gesetzt hätte, die aus Wasserstoffderivaten gewonnen werden und die im Sonnengürtel der Erde zu wettbewerbsfähigen Preisen aus erneuerbaren Energien herstellbar sind. Das hätte auch dem Klima gedient, denn diese Treibstoffe sind schon jetzt komplett CO<sub>2</sub>-frei, was E-Autos erst dann sein werden, wenn der gesamte Strom CO<sub>2</sub>-frei produziert wird – also in ferner Zukunft.

Hirth plädiert dafür, die gegenwärtige Politik fortzusetzen. Trotz ihrer offensichtlichen Erfolglosigkeit und trotz der extremen Belastung, die sie für die deutsche Bevölkerung bedeutet. Eine an den Fakten orientierte Betrachtung muss zu einem anderen Schluss kommen. Wenn eine internationale Kooperation nicht gelingt, dann wird es zum Klimawandel kommen, und dann sollten wir unsere Ressourcen eher dafür einsetzen, uns an die veränderten Bedingungen anzupassen, anstatt völlig sinnlose Alleingänge zu unternehmen.

Aber noch ist es nicht so weit. Noch wäre Zeit, auf Kooperation hinzuarbeiten. So aussichtslos ist das nicht, denn letztlich profitieren alle Länder, auch China und Indien, von einem globalen Klimaschutz, der sich kosteneffizienter Instrumente bedient und damit die Lasten der Klimapolitik erträglich macht. Die Industrieländer werden einen großen Teil dieser Lasten tragen müssen. Das werden wir nicht schaffen, wenn wir unsere Ressourcen weiter in nutzlosem nationalen Klimaaktivismus vergeuden.

*Joachim Weimann ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.*

9 septembre 2023 (FAZ)

[Klimapolitik: Hans-Werner Sinn über einen rationalen Diskurs \(faz.net\)](#)

HANS-WERNER SINN:

## Für einen rationalen Klima-Diskurs

VON HANS-WERNER SINN

-AKTUALISIERT AM 09.09.2023-09:34



Der frühere Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn sprach sich in einem F.A.Z.-Gastbeitrag gegen Alleingänge in der Klimapolitik aus. Darauf schrieb der Energieökonom Lion Hirth eine Entgegnung. Nun antwortet abermals Sinn.

Zu den Reaktionen auf die in dem Artikel [„Ein Plädoyer gegen Alleingänge in der Klimapolitik“](#) vorgelegten Argumente: [Lion Hirth hat einen flotten Artikel geschrieben \(„Hans-Werner Sinns Klima-Thesen im Realitätscheck“\)](#), der die gängigen Narrative der europäischen Klimabewegung wiederholt. Sein Artikel schwebt aber leider an den von mir vorgetragenen Fakten vorbei. Es ging mir doch darum, die [Klimapolitik](#) vom Kopf auf die Füße zu stellen, indem ich den Blick von unseren verzweifelten Einsparbemühungen beim Öl auf das Extraktionsgebaren der OPEC lenkte.

Wenn wir uns kasteien, unseren Lebensstandard durch Verbrennerverbote senken und zudem noch eine extrem wettbewerbsfähige Autoindustrie durch staatliche Produktionsverbote kaputt machen, sollte man hoffen, dass dabei für das Klima wenigstens ein bisschen herauspringt. Das ist aber nicht so.

Vier Jahrzehnte lang fuhren bei Nachfrageeinbrüchen von Teilen der Welt die Tanker einfach nur anderswohin, wo das Öl zu fallenden Preisen vollständig verbrannt wurde. Erst die Coronakrise wirkte wie ein Gegenkartell, das die [OPEC](#) in die Knie zwang, weil alle Nachfrageländer von der Pandemie erfasst waren. Also ist ein klimapolitischer Alleingang beim Öl sinnlos, sofern er sich der Nachfragekürzung bedient, während ein Klimaklub wirken würde. Was sagt Lion Hirth dazu? So gut wie nichts.

### Das grüne Glaubensbekenntnis

Sein Hinweis, dass sich weltweit im Bereich grüner Technologien einiges tue, „während es im ökonomischen Lehrbuch Klimapolitik gar nicht geben dürfte“ unterstellt mir Positionen, die ich nicht habe, und suggeriert Erfolge, die es für den von mir betrachteten Ölmarkt nicht gibt. Wo zeigt sich denn bei der Grafik zur Ölextraktion, dass sich weltweit im Bereich grüner Technologien etwas tut? Tatsächlich hinterließ lediglich Corona in der Grafik Spuren!

Lion Hirth nennt meine Forderung nach einer internationalen Kooperation, die, wie Reiner Schmidt ([„Die Dimension des Klimaschutzes“](#)) betont, auch das Verfassungsgericht erhebt, „fast naiv“ und meine empirische Analyse „theoretisch“. Zudem ergeht er sich in abenteuerlichen Rechnungen zur

klimapolitischen Vorteilhaftigkeit mit Braunkohlestrom betriebener Wärmepumpen im Vergleich zur Gasverbrennung, die, ob richtig oder falsch, nichts mit meinem Argument zu tun haben, dass der Zusatzstrom, den die Elektromotoren in den Autos und Wärmepumpen benötigen, „auch“ aus der Braunkohleverbrennung stammt und wegen des fehlenden Welthandels mit Braunkohle den weltweiten Gesamtausstoß an CO<sub>2</sub> vergrößert.

Sein Artikel ist voller Unterstellungen über meine angebliche Ablehnung grüner Energien und elektrischer Motoren, obwohl ich doch im Kern nur den Unilateralismus und die damit verbundenen Totalverbote kritisiere. Man kommt sich vor wie der Ketzer, der es, bevor er sein Argument darlegt, versäumt, zuvor das grüne Glaubensbekenntnis herunterzubeten.

## Ohne Russland und die USA

Es freut mich, dass andere Kommentatoren, unter ihnen Axel Ockenfels, der neue Direktor des Max-Planck-Instituts für die Erforschung von Gemeinschaftsgütern und die Klimaexpertin des deutschen Sachverständigenrates, [Veronika Grimm](#), meine Skepsis bezüglich des eingeschlagenen europäischen Weges weitgehend zu teilen scheinen. Sie arbeiten unter anderem an der wichtigen Frage, was konkret geschehen muss, um einen Klimaklub auf den Weg zu bringen. Von der Lösung dieser Frage hängt das Schicksal der Menschheit in entscheidendem Maße ab.

Dankbar bin ich auch für die meisten anderen Beiträge, allen voran jenen des Lesers Christian Meyer-Laurin („Und wenn die Ölnachfrage sinkt?“, F.A.Z. vom 31. August), der zeigt, warum auch ein unvollständiger Klimaklub nützlich sein kann, der nur eine Teilgruppe von Ländern umfasst. Auch ein unvollständiger Klub würde verhindern, dass die Klubmitglieder opportunistisch auf mögliche Nachfrageeinbrüche im Rest der Welt reagieren.

Doch müssen es schon viele wichtige Länder sein, damit die Kompensation von konjunkturellen Nachfrageeinbrüchen nicht bereits innerhalb der Restgruppe stattfinden kann. Im Übrigen kann man ja Klimapolitik nicht darauf beschränken, auf Konjunktureinbrüche zu warten. Viele Länder braucht man im Klimaklub vor allem deshalb, damit man die anderen durch eine Handelsdiskriminierung zum Mitmachen zwingen kann.

Ohne Russland und die USA, die aus verschiedenen Gründen nicht wirklich beim Pariser Abkommen dabei sind, sind durch das Abkommen gerade mal 17 Prozent des weltweiten CO-Ausstoßes gedeckelt. Dahinter stehen alle EU-Länder und noch ein paar andere grün gesinnte Länder wie beispielsweise Kanada oder Japan. Die Macht dieser Länder reicht bei weitem nicht. Nach meiner Einschätzung, die ich vielfach vertreten habe, müsste ein wirksamer Klimaklub neben den Europäern mindestens noch die USA, China und Indien umfassen. Brasilien ist mittlerweile so groß geworden, dass es ebenfalls mitmachen sollte. Noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass jenseits der klimapolitischen Utopien, die medial immer weiter hochgeschraubt werden, ein rationaler Diskurs möglich wird, der unserem Land einen wirksamen Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels ermöglicht.

*Professor Dr. Dr. [Hans-Werner Sinn](#) war Präsident des Ifo-Instituts in München.*

8 septembre 2023 (NZZ)

[Raymond Geuss: Schattenboxen gegen den Liberalismus \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Wer wie ein Liberaler denke, schaffe nie eine gerechte Gesellschaft, sagt Raymond Geuss – und läuft Sturm gegen einen Liberalismus, den er sich selbst konstruiert

Der Liberalismus? Eine Fehlkonstruktion, sagt der britisch-amerikanische Philosoph Raymond Geuss. Schon das sich selbst verstehende Individuum, von dem Liberale ausgehen, gebe es nicht.

Otfried Höffe 08.09.2023, 05.30 Uhr 4 min



Das Denken steht nie für sich allein, sondern ist immer eingebettet in soziale und biografische Zusammenhänge: Besucherin in der Kunstinstallation «You, Me and The Balloons» der japanischen Künstlerin Yayoi Kusama.

Phil Noble / Reuters

Der Titel des Buchs «Nicht wie ein Liberaler denken» ist so gemeint, wie er klingt: als Provokation. Der Cambridger Philosoph Raymond Geuss greift den Liberalismus frontal an – die Verbindung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems mit einer liberalen Form der parlamentarischen Demokratie, ergänzt um die Idee eines souveränen, sich selbst völlig durchsichtigen Individuums. Weil er ihm vorwirft, auf raffinierte Weise «universalistische Ansprüche mit nüchtern kalkuliertem Eigennutz» zu verbinden.

Geuss entfaltet seine These als intellektuelle Autobiografie. Damit entlastet er nicht nur den Geltungsanspruch des Buchs, sondern bringt auch persönliche Erfahrungen ein – ein Element, das seiner Ansicht nach in der Philosophie generell mehr berücksichtigt werden müsste. Denn das Denken sei immer in soziale und biografische Zusammenhänge eingebettet. So beschreibt Geuss an sich selbst die intellektuelle Entwicklung eines «aufmüpfigen Temperaments», das zu angeblich alternativlosen Ansichten plausible Alternativen entdeckt.

Der Grundstein zu dieser Auflehnung gegen den politischen und philosophischen Mainstream wird früh gelegt: Der Sohn eines streng katholischen Stahlarbeiters in einer Stadt im Mittleren Westen der USA geht statt auf die katholische Quartierschule auf das Internat des aus Ungarn vor dem Kommunismus geflohenen Piaristenordens. Dort lernt er bei den etwas querköpfigen Lehrern die Grundlagen seines geistigen Lebensweges, die er später erweitern und vertiefen, aber mehr als ein halbes Jahrhundert nicht mehr aufgeben wird.





## Entweder Liberalismus oder Autoritarismus? Das sei die falsche Alternative, sagt Raymond Geuss.

Hilary Garkin / Suhrkamp-Verlag

Entscheidend ist für den jungen Raymond Geuss allerdings nicht die «katholische Ideologie», der Inbegriff kirchlicher Dogmen. Sie verwirft er von Grund auf. Die «wirklich schändliche Handlung», eine «himmelschreiende Sünde», so lernt er von den Patres, sei «das Ausnutzen von Schwächeren». Und er lernt, die Alternative «Liberalismus oder Autoritarismus» als «falsche Dichotomie» einzuschätzen.

### Eine tiefe, dauerhafte Aversion

Seine Lehrer kritisieren den repressiven Kommunismus, dem sie aus Ungarn entflohen sind, genauso wie den «geistlosen liberalen Kapitalismus», der ihrer Ansicht nach in den USA herrscht. Zu den Vorstellungen, die als pure Illusionen entlarvt werden müssten, gehört für sie der Gedanke, der Mensch könne eine selbstgenügsame, von den Mitmenschen unabhängige Person sein.

Die Idee, die Vernunft könne «von den tatsächlichen Bedingungen, unter denen Diskussion und Reflexion stattfinden», abstrahieren, sei verfehlt, lernt Geuss von den Patres. Deshalb ist er später gegenüber Habermas' Diskurstheorie skeptisch. Schliesslich lernt er auch, man müsse nicht gegen jede Art von Autorität Sturm laufen. Weder gegen die Autorität «als ein hohes Mass epistemischer Kompetenz auf einem bestimmten Gebiet» noch gegen jene «natürliche Autorität», die Max Webers Verständnis von Charisma entspreche.

Kritikwürdig werde Autorität erst, wenn sie sich mit irgendeiner Art von «Sollen» verbinde. Darüber hinaus wurden die Schüler ermutigt, «von Normen und Erwartungen abzuweichen». Das prägt Geuss. Er erwirbt «eine tiefe, dauerhafte und im Laufe der Jahre zunehmend reflektierte Aversion gegen bestimmte Begriffe, Theorien, Argumente, Sichtweisen auf die Welt und Formen der Sensibilität».

Ziemlich spät im Buch tauchen die philosophischen Lehrer auf, die Geuss im Studium an der Columbia University prägten. Robert Paul Wolff etwa, der Kant-Forscher, der sich früh gegen John Rawls' Konzept des Liberalismus wandte: Eine Gesellschaft, kritisierte er, sei nicht schon dann gerecht, wenn in ihr die wirtschaftlich Schlechtestgestellten besser dastünden als in jeder anderen Gesellschaft. Den grössten Einfluss übte freilich der amerikanische Philosoph Sidney Morgenbesser aus. In den Gesprächen mit ihm habe der Liberalismus überhaupt keine Rolle gespielt, erinnert sich Geuss. Das sei «die stärkste antiliberalen Botschaft» gewesen, die er mitbekommen habe.

## Wo bleibt Europa?

Auch Geuss bestreitet nicht, dass die Welt sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Besseren gewandelt hat – und dies auch unter dem Einfluss liberaler Politik. Doch die Veränderungen sind nicht tiefgreifend genug, um ihn zu einer Änderung seiner Haltung zu veranlassen. Und selbstverständlich ist die Bilanz nicht nur positiv: der internationale Terrorismus, die Umweltkrise, die Bankenkrise, Flüchtlingsströme und der Ukraine-Krieg – die Liste der ungelösten Probleme ist lang.

Das lässt sich nicht beschönigen. Auch die Kritik am liberalen Menschenbild ist nicht unberechtigt. Trotzdem seien Rückfragen erlaubt. Warum knüpft Geuss statt an die grosse Idee des souveränen Individuums, die sich sehr leicht kritisieren lässt, nicht an die einfachere und vermutlich unabdingbare Idee der zurechnungsfähigen Person an? Sie dürfte für jedes Konzept von Verantwortungsfähigkeit und für die Grammatik jeder Gesellschaft unabdingbar sein. Sie lässt sich auch nicht mit dem Hinweis auf den angelsächsischen Liberalismus diskreditieren. Gewiss verquickt dieses Modell universalistische Elemente mit Eigennutz. Aber warum löst man dann nicht die universalistischen Elemente heraus und sucht für sie eine Verteidigung?

Sie liegen auf der Hand. Die Menschenwürde etwa, die Grundrechte, die Gewaltenteilung, eine korruptionsfreie Justiz. Bezeichnenderweise blendet Geuss bei seinen Betrachtungen die kontinentaleuropäischen Demokratien völlig aus. Wohl weil sie einem verteidigungswürdigen Liberalismus wesentlich näher kommen als die USA. Zum Beispiel durch das hohe Mass an Sozialstaatlichkeit, ein der gesamten Bevölkerung zugängliches Gesundheitswesen und Schulen und Hochschulen, die anders als in den USA allen Schichten offenstehen. Nicht zuletzt spielen in Europa bei Wahlen die Superreichen nicht die Rolle, die ihnen die USA beim Einwerben von Wahlspenden bieten. In der Verbindung dieser Elemente darf man durchaus einen aufgeklärten Liberalismus sehen, der es erlaubt, «wie ein Liberaler zu denken».

Raymond Geuss: Nicht wie ein Liberaler denken. Suhrkamp, Berlin 2023. 267 S., Fr. 41.90.

6 septembre 2023 (FAZ)

[Rezension von Bov Bjergs neuem Roman „Der Vorweiner“ \(faz.net\)](#)

ROMAN VON BOV BJERG:

## Die Berufsfähigkeit zu trauern

VON TINA HARTMANN

-AKTUALISIERT AM 06.09.2023-21:39



Bov Bjerg, aufgenommen 2020 Bild: Lucas Bäuml

Die Niederlande unter Wasser, Neuschwanstein als Auffanglager: Bov Bjergs neuer Roman „Der Vorweiner“ führt in eine beklemmend bekannt erscheinende resteuropäische Zukunftsgesellschaft.

Bov Bjergs neuer Roman ist visionär. Am Ende eines Augusts, in dem Deutschland zur Hauptferienzeit in sintflutartigem Regen versank, während weite Teile Südeuropas in Flammen standen, teilt „Der Vorweiner“ ein klimagewandeltes Deutschland am Ende des 21. Jahrhunderts in eine Westhälfte unter Dauerregen und einen wüsten Osten mit Gürteltieren, Nandus, Wald- und Steppenbränden. Deutschland ist aber nicht mehr Deutschland, sondern Resteuropa.

Alle Staaten ringsum sind buchstäblich den Bach heruntergegangen. Österreich am eigenen Nationalismus, die Schweiz an einem mysteriösen Goldpilz, der die Depots in Humus verwandelt hat – „die Champignonzucht macht die Verluste nicht wett“. In England wütet die Pest; Italien sowie die Nord- und Ostseeanrainerstaaten versanken im steigenden Meeresspiegel. Mitverursacht durch den dicken Betondamm, mit dem sich Resteuropa alias Deutschland eindeichte und alles außerhalb gnadenlos versenkte.

Wer in dieser auf Deutschland verkleinerten Frontex-Realität aus dem Rest der Welt via Schlauchboot in die Festung Resteuropa gelangt, ohne von Torpedos zerfetzt oder wachsamem Spaziergängern in den Tod getreten zu werden, landet beispielsweise in Neuschwanstein – mangels Tourismus nun Auffanglager. So auch der vom über den ehemaligen Niederlanden schwimmenden Floß stammende Jan. Er ist Vorweiner und somit Angehöriger eines neuen Berufsstands.

### Es wird zu viel gestorben, als dass man selbst noch trauern könnte

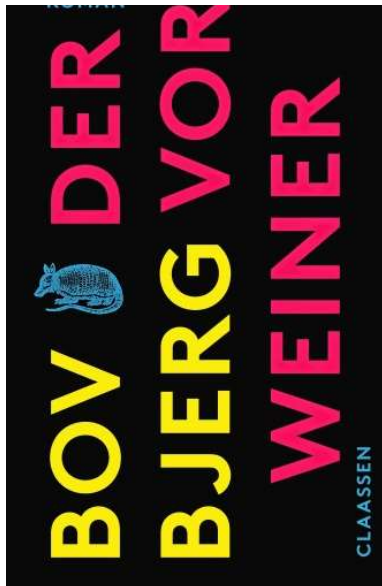
Angesichts des Sterbens ringsum hat Resteuropa das Trauern kurzerhand abgeschafft. Für A wie Anna ist dies ein revolutionärer Akt geistiger Hygiene, für ihre Tochter B wie Berta Ausdruck kollektiver Konzentrationsschwäche. Begräbnisse sind ebenso verboten wie Friedhöfe. In doppelsinnigen Zerstreuungsfeiern wird vor wenigen physisch Anwesenden die Asche der Verstorbenen ausgestreut, während alle anderen sich via Internet mit blinder Kamera zuschalten und parallel Hausarbeiten

erledigen. Niemand will sich die Blöße des Trauerns geben, gleichwohl jeder formvollendet betrauert werden. Wer also nicht von einer amtlich zugeteilten Nachbarin beschluchzt werden will, legt sich bei-zeiten einen persönlichen Vorweiner zu, so wie A es mit Jan tut.

Nur die perfekte Performance der Vorweiner sorgt für ein Nachleben via Klicks. Dialektisch kehrt die abgeschaffte Trauer wieder als Luxusgut, das die Oberschicht hartnäckig gegen Begehrlichkeiten der Niederschicht verteidigt. Die Klageweiber traditioneller Gesellschaften haben das Geschlecht gewechselt. Das passt zu einer Geschichte, die vor allem unter Frauen spielt, die den patriarchalen Kapitalismus verinnerlicht haben. Zwischen ihnen und ihren stets aus dem Ausland stammenden Vorweinern herrscht eine Beziehung asexueller, pseudokindlicher Hingabe. Hündisch abgerichtet auf die für Trauer notwendige „Bindung“ – und zu diesem Zweck regelmäßig mit ihren untergegangenen Nationalgerichten gefüttert –, investieren die Vorweiner ihr Leben als leeres Warten auf den fremden Tod. In der Hoffnung, vor dem eigenen noch einen Rest Leben in Wohlstand führen zu können. Bis dahin bleiben sie, wie Jan, eine Leerstelle.

### Was eine „Klickbeuterin“ so anstellt

Das verdrängte Sterben bestimmt das gesamte „resteuropäische“ Leben. Alle Nachrichten, die A im Autoradio hastig wegdrückt, berichten über Tode und enden mit Schreien der Hinterbliebenen. Die meisten stammen von ihrer Tochter B., einer studierten Meisterin des *modern journalism*. In einem vom Dauerregen gefluteten Neuhamburger Kellerappartement entwirft die angeblich viel gebuchte, tatsächlich aber unter dem Existenzminimum lebende Klickbeuterin die Meldungen aus dem Kopf nach wiederkehrender Systematik. Dass sie sich dabei als letzte Quelle für „seriöse Nachrichten“ definiert, ist eine Warnung, denn sie erzählt die vorliegende Geschichte. Aus räumlicher Froschperspektive, aber dem Blickwinkel der herrschenden Klasse betrachtet sie kühl ihren Niederschichten-Lover „Pizza-Pete“ und beseitigt ihn am Ende genauso wie ehemals A ihren gewalttätigen Mann, B's Vater.



Bov Bjerg: „Der Vorweiner“. Roman. :Bild: Claassen Verlag

In der Niederschicht – sonst bei Bjerg mitunter Hoffnungsschimmer – sind die Oberschichtlichen Verhaltenslehren der Kälte lediglich um ein Grad Körpertemperatur zu stumpfer Brutalität erhitzt. Und nun beehrt die aus Sicht der Oberschicht stumpfe, mit eigens für sie produziertem Bier stillgehaltene Masse auch noch die vermeintlich lukrativen Vorweinerstellen: „Die Niederschicht glaubt tatsächlich, sie könne diese Arbeit so gut machen wie die Ausländer. Sie verstehen nicht, dass sie gar nicht verzweifelt genug sind.“

Brandaktuell und hochpolitisch ist dieser Roman

Im Vorweinen erkennt man unschwer eine Poetik der Wahrhaftigkeit und kunstvollen Überformung. Vieles in diesem pandemieversehrten brandaktuellen und hochpolitischen Roman mit seiner mehrfach geschichteten Zeitstruktur ist so fulminant, witzig und bitterböse erzählt wie die Zerstreungsfeier einer „ewigen Kanzlerin“, exquisit beweint von einem Vorweiner-Chor „lauter Staatsbeamte im Offiziersrang . . . sämtlich aufgewachsen in Kamerun und Nigeria“, dessen Lebensgrundlage ihre Politik zerstört hat.

Ein raffiniertes Vexierspiel spiegelt unsere Gegenwart als unferne Zukunft einer barocken Vergangenheit und langt dabei ordentlich zu – von Sex mit einem Pizzakarton über diverse Morde an Menschen, Schnecken und einem Schwein. Nicht zufällig evozieren die den Kapiteln vorangestellten Inhaltsangaben sowohl Grimmelshausen als auch Döblin. Barockmusik berieselt die rokokohafte Bootsfahrt der alphabetisch aufgereihten Freundinnen von A, Kirchenlieder Paul Gerhards die Zerstreungsfeiern, und A redet ihren Vorweiner Jan mit „er“ an, wie die Herrinnen des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts ihre Domestiken. Die winzigen Kartoffeln, nach denen A in verzweifelter Suche nach der authentischen Erfahrung ihrer kleinbürgerlichen Datschen-Vergangenheit im ausgedörrten märkischen Boden gräbt, mit dem Vorweiner schält und isst, evozieren nicht nur den ebenso kartoffel- wie barockseligen Günter Grass. Als dicke Supermarktware holen sie B schließlich am heimischen Herd ein, lassen sie ihr Picaro-Dasein abschließen und das Erbe der Mutter antreten.

„Die zerfransten Bilder und Gedanken, die Anna in Zeitlupe erlebte, gehörten nicht zusammen und passten nicht aneinander“, heißt es am Ende, und tatsächlich bleibt nicht nur das Verhältnis zwischen Memento mori und emotionaler Verweigerung rätselhaft. Womit prosperiert dieses verewigte Deutschland als einsame Insel einer fast vollständig untergegangenen Welt? Woher stammen angesichts eines Klimas, in dem nichts mehr wachsen oder reifen kann, die exquisiten Lebensmittel, die A und B sich von ihrer Köchin zubereiten lassen? Ist die Niederschicht ausgehaltene oder doch ausgebeutete Masse? Bjergs „hohe Kunst der Verknappung“ (Jan Wiele) wird angesichts der thematischen Fülle einer dystopischen Welt zum Hemmschuh, und dem barocken Text fehlt eine ebenbürtige Fabulierlust. Oft gerinnt die Lakonie zum Aperçu, und die satirischen Skizzen im letzten Drittel bremsen den Text dabei aus, von der hellsichtigen, aber auch durchsichtigen Allegorie auf unsere Gegenwart zu einem seiner Poetik ebenbürtigen Menetekel zu werden.

*Bov Bjerg: „Der Vorweiner“. Roman.  
Claassen Verlag, München 2023. 240 S., geb., 24,- €.*

5 septembre 2023 (Der Spiegel)

Wirtschaftsstandort Frankreich – das bessere Deutschland - DER SPIEGEL

Wettbewerbsfähigkeit im Nachbarland

## Frankreich – das bessere Deutschland

Eine Kolumne von Michael Sauga

Präsident Macron ist unpopulär, aber erfolgreich. Seine Reformen haben jenen Aufschwung gebracht, der hierzulande schmerzlich vermisst wird.

05.09.2023, 13.06 Uhr



Frankreichs Präsident Macron (r.) und Kanzler Scholz

Foto: Andrew Caballero-Reynolds / AFP

Zu Emmanuel Macron fiel Deutschlands Leitartiklern zuletzt wenig Schmeichelhaftes ein. Die einen beschrieben den französischen Präsidenten als eine Art Mischung aus Ludwig dem XIV. und Margaret Thatcher, als abgehobenen Arroganzling, der sich mit seiner Rentenreform endgültig vom französischen Volk entfremdet hat. Die anderen betrauten einen gescheiterten Hoffnungsträger, der seine politische Mehrheit verloren hat und bei der nächsten Wahl nicht mehr antreten kann. Eine »lahme Ente« also, die dem »Ende ihrer Dienstzeit entgegenwatschelt«, wie es die »taz« formulierte.

### **Macron hat »bemerkenswerte Dynamik« entfacht**

Kaum bemerkt wurde dagegen, dass Finanzorganisationen und Konzerne eine gänzlich andere Bilanz aufmachen, wenn sie auf Macrons Frankreich blicken. Der Internationale Währungsfonds traut dem Land in diesem und im nächsten Jahr ein mehr als doppelt so hohes Wachstum zu wie der Bundesrepublik. Industriefirmen zahlen in Frankreich nicht einmal halb so hohe Strompreise wie in Deutschland. Die Bundesrepublik fällt seit Jahren in den weltweiten Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit zurück, während das Nachbarland aufholt.

Kein Wunder, dass internationale Unternehmen derzeit weitaus häufiger westlich des Rheins investieren, selbst in jenen Branchen, die bis vor Kurzem als deutsche Domäne galten wie die Autoindustrie oder der Maschinenbau. Macron habe eine »bemerkenswerte Dynamik« entfacht, geht aus einer Analyse der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst &

Young hervor, die sich in einem Satz zusammenfassen lässt: Frankreich ist derzeit das bessere Deutschland.

Dabei ist es noch nicht lange her, dass die Bundesrepublik als unumstrittene ökonomische Führungsmacht Europas galt. Nach den Reformen der Schröder-Jahre waren Industrieproduktion, Exporte und Beschäftigung in der wiedervereinigten Republik derart stürmisch gewachsen, dass Experten von einem zweiten Wirtschaftswunder und von Deutschland als Hegemon Europas sprachen. Ein Urteil, aus dem in Paris und [Berlin](#) freilich höchst unterschiedliche Schlüsse gezogen wurden.

In der Großen Koalition unter [Angela Merkel](#) setzte sich die Auffassung durch, dass die Republik seit Anfang des Jahrtausends eine Art Abonnement auf ewigen Aufschwung abgeschlossen hatte. Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, so lautete die These, und die Regierung könne sich darauf konzentrieren, die Früchte des Booms möglichst gleichmäßig unter der Wählerklientel von Union und [SPD](#) zu verteilen, vor allem unter jener im Seniorenalter. »Gut leben in Deutschland« lautete das Merkel-Motto, das jene fatale Mischung aus Hochmut und Bräsigkeit spiegelte, in der die Republik die Wende zur Elektromobilität genauso verschlief wie den Ausbau ihres Stromnetzes und die Digitalisierung der Staatsverwaltung.

Macron dagegen hatte gleich nach der Amtsübernahme begonnen, seinen Landsleuten Arzneien zu verabreichen, die bitter, aber heilsam waren. Er senkte die Unternehmensteuern, lockerte den Kündigungsschutz und teilte den Franzosen unverblümt mit, dass sie künftig mehr arbeiten müssten. Macron kündigte nicht nur eine Rentenreform an, er setzte sie auch durch. Seine Popularitätswerte stürzten in den Keller, aber die Attraktivität des Standortes stieg. Frankreich galt plötzlich als Land, in dem die Politik handelt, wie sie redet.

Zugleich übernahm der Präsident die Initiative in [Europa](#). Er zündete ein Feuerwerk von Vorschlägen für mehr Integration in der EU, die der Beamtenapparat in Berlin erst einmal hochnäsiger abzuwehren pflegte, bevor er sich ihnen zögernd anschloss. Es war Macron, der [Ursula von der Leyen](#) zur Präsidentin der EU-Kommission machte und eine europäische Antwort auf das neue geoökonomische Zeitalter des chinesisch-amerikanischen Supermacht Konflikts einforderte. Vom deutschen Konzept der sozialen Marktwirtschaft war in Brüssel bald kaum noch etwas zu hören, dafür umso mehr von »strategischer Autonomie«. Eine Wortschöpfung Macrons, hinter der sich nichts anderes verbarg als die traditionelle französische Industriepolitik. Der Staat soll den Unternehmen die Richtung vorgeben und nationale Champions fördern, dafür plädierten bald auch deutsche Ressortchefs wie [Peter Altmaier](#) (CDU) und [Robert Habeck](#) (Grüne).

## **In Sachen Kernenergie sind die Deutschen Geisterfahrer**

In der Energiepolitik war das Atomland Frankreich zunächst hoffnungslos ins Abseits geraten, als nach der Fukushima-Katastrophe fast alle so schnell wie möglich rauswollten aus der Kernenergie. Spätestens seit dem Ukrainekrieg indes wird in einer wachsenden Zahl europäischer Hauptstädte anders kalkuliert: Gut möglich, dass Wind und Sonne langfristig die sicheren und billigeren Energielieferanten sind. In der Übergangsphase jedoch wäre es töricht, auf eine verlässliche, weitgehend heimische Stromquelle vollständig zu verzichten,

so argumentieren heute auch einstige Ausstieg befürworter wie Schweden oder die Niederlande. In Europa ist nun [Olaf Scholz](#) der Geisterfahrer, der die Kernenergie in typisch deutscher Besserwisser-Attitüde zum »toten Pferd« erklärt, obwohl es im restlichen Kontinent ziemlich munter herumhüpft.

In Berlin wird viel über »Zeitenwende« geredet, konzipiert wird sie in Paris. Nachdem US-Präsident Joe Biden mit seinem Inflation Reduction Act EU-Unternehmen ziemlich rüden amerikanischen Markt versperrt hat, forderte Macron umgehend Gegenmaßnahmen, auch in Form einer »Buy-European«-Verordnung. Deutschland ist dagegen. Weil die Ampelkoalition aber keine Alternative anzubieten hat, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die europäische Politik auch in dieser Frage auf die Pariser Linie einschwenken wird. Schon ist auch in Berlin die Auffassung zu hören, dass in der Ära der Deglobalisierung ein bisschen Protektionismus nicht schaden kann.

Noch sind die ökonomischen Kräfteverhältnisse in Europa klar verteilt. Die deutsche Wirtschaftsleistung liegt um mehr als 40 Prozent über der französischen. Doch der Abstand schrumpft, und das dürfte so bleiben, solange sich die Ampelregierung weiter im Gesundbeten erschöpft. Deutschland ist ein Sanierungsfall, aber der Kanzler und seine wichtigsten Minister erwecken den Eindruck, dass es mit ein paar Pinselstrichen getan ist. So lautete die Botschaft auch beim jüngsten Koalitionstreffen in Meseberg.

»Politik beginnt mit der Betrachtung der Realität.« Der Satz könnte von Macron stammen, er kommt aber von Kurt Schumacher, dem ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD.



4 septembre 2023 (NZZ)

[Konservatismus und Naturschutz sind nur scheinbar ein Widerspruch \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

GASTKOMMENTAR

## Konservatismus und Naturschutz sind nur scheinbar Gegensätze

Dass Umweltschutz fast durchweg als links-progressives Anliegen daherkommt, ist nicht unmittelbar einsichtig. «Conservare» bedeutet «bewahren, erhalten, schonen». Von daher müsste den Konservativen Ökologie ein Kernanliegen sein. Doch sie denken zu eng und zu kurz.

Edward Kanterian 71 Kommentare 04.09.2023, 05.30 Uhr 6 min



«Das überhandnehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich», heisst es in Goethes «Wilhelm Meister». – Philip James de Loutherbourg: «Coalbrookdale bei Nacht», Gemälde 1801.

SSPL / Getty

Mitte Juli kam es zum Showdown im Europäischen Parlament. Zur Abstimmung stand die Verordnung zur «Wiederherstellung der Natur», der erste gesamteuropäische Versuch, der fortschreitenden Schädigung der Ökosysteme Einhalt zu gebieten. An die zweitausend Wissenschaftler unterstützten die Initiative. Laut Studien befinden sich 81 Prozent der Lebensräume und 70 Prozent der Ackerböden in der EU in einem ungesunden Zustand.

Mit Romantik hat das wenig zu tun. Gesunde Ökosysteme sind ertragreicher. 5 Milliarden Euro landwirtschaftlicher Produktion gehen allein auf Bestäuberinsekten zurück, deren Populationen immer weiter abnehmen. In Deutschland allein büssten 2018 Landwirte bis zu 8 Milliarden Euro durch dürrebedingte Ernteauffälle ein.

Doch die Abstimmung geriet zur Zitterpartie. Mit knapper Mehrheit wurde die Verordnung, in abgeschwächter Form, schliesslich angenommen. Fast alle Vertreter der konservativen Parteien Europas, von der CDU und der AfD bis hin zu Forza Italia, Fidesz und der Finnenpartei, hatten gegen die «Wiederherstellung der Natur» gestimmt.

## Erhaltung des Altbewährten

Kein Einzelfall. Wohin man blickt: Konservative haben wenig mit Umweltschutz am Hut, nicht nur in der EU. Unter Bolsonaros Präsidentschaft erreichte die Abholzung des brasilianischen Regenwaldes

neue Rekorde. In England führt die konservative Presse eine Kampagne gegen die Umweltbehörde Natural England, die für die Erhaltung der Nationalparks und der Wasserqualität der Flüsse zuständig ist. Die Schwächung der Umweltschutzgesetze unter der Administration Trump ist allseits bekannt.

«Gibt es denn keinen Winkel mehr in diesem Land, / der sicher ist vor unbedachten Übergriffen?»  
(Wordsworth)

Konservatismus und Naturschutz sind heute antagonistische Begriffe. Zwingend ist das nicht. Das lateinische «conservare» bedeutet «bewahren, erhalten, schonen». Im Kern geht es dem Konservatismus um die Erhaltung des Altbewährten, der Traditionen einer Gemeinschaft, ihrer Verwurzelung in einer bestimmten, oft religiösen Überlieferung, auch in einem bestimmten Boden, einer Landschaft. Gesunde Wurzeln brauchen aber einen gesunden Boden. Wenn man das nicht nur metaphorisch versteht, kommt man schnell vom Konservatismus zum Naturschutz.

Der Konservatismus des 18. und 19. Jahrhunderts war dem schnellen Fortschritt abhold, er vertraute nicht dem prometheisch aus seiner Umgebung oder gar aus der Natur ausbrechenden Individuum. Er war risikoscheu und misstraute der Industrialisierung. In «Wilhelm Meisters Lehrjahren» fürchtet sich die Besitzerin einer Spinnerei vor der Mechanisierung ihres Betriebs. «Das überhandnehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich, es wälzt sich heran wie ein Gewitter.» Die Maschinen würden die Weberinnen ersetzen und «das hübsche, frohe Leben» in den Bergen, über Jahrhunderte entstanden, absterben lassen.

Zwei Jahrzehnte später erhoffte sich William Wordsworth, als kirchentreuer Tory um einiges konservativer als Goethe, dass wenigstens sein geliebter Lake District von der qualmenden, lärmenden, die Landschaft «zerschneidenden» Eisenbahn verschont bleibe. «Gibt es denn keinen Winkel mehr in diesem Land, / der sicher ist vor unbedachten Übergriffen?», heisst es in seinem Protestgedicht.

Ein J. R. R. Tolkien, Monarchist und tiefgläubiger Katholik, verlieh noch im 20. Jahrhundert dieser abwehrenden Haltung eine mächtige literarische Stimme. Denn was ist seine Mittel Erde, wenn nicht der ins Sagenhafte überhöhte Schauplatz des Kampfes zwischen den naturverbundenen Kräften des Guten und dem Hexer-Schmied Sauron?

## Prinzipielle Bedenken

Prinzipielle Bedenken gegen das sprunghafte und grenzenlose Wachstum erhoben zwei Klassiker des Konservatismus, Edmund Burke und Thomas Malthus. Sie wiesen auf die organische Einbettung des Einzelnen in die grösseren Gemeinschafts- bzw. Naturverbände hin.

Eine gesunde Gesellschaft basiert laut Burke auf der Landwirtschaft. Urbanisierung und Industrialisierung waren ihm dagegen ein Greuel, da sie zur sozialen Zersplitterung führen. Diese sah er in der Französischen Revolution am Werk, gegen die er seine berühmten «Betrachtungen» von 1790 richtete. Sein Argument: Wenn eine Generation vergisst, was sie den vorangegangenen schuldet, und sich wie ein allmächtiger Herr aufspielt, zerstört sie «das ursprüngliche Geflecht der Gesellschaft» und hinterlässt den Nachkommen «eine Ruine statt einer Wohnung». Mit dem sogenannten Vorsorgeprinzip, auf dem Ökologen heute insistieren, ist dies durchaus kompatibel.

Den Sozialutopien eines Condorcet oder Godwin, die die Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft durch rationale Planung propagierten, setzte Malthus 1798 sein «Bevölkerungsgesetz» entgegen. Da die Bevölkerungszahl grundsätzlich viel schneller wachse als der Bodenertrag, seien der menschlichen Entwicklung natürliche Grenzen gesetzt, die sich in periodischen Hungersnöten manifestierten. Unsere Geschichte sei notwendig tragisch, was für den Kirchenmann Malthus allerdings auch sein Gutes hatte, denn nur durch das Leiden könne der Mensch reifen und auf das ewige Leben nach dem Tod hoffen.

Diese theologische Wendung mag man heute belächeln, und sein Gesetz scheint durch die Fortschritte in der Landwirtschaft entkräftet. Zumindest vorerst. Denn seine zentrale These, die Begrenztheit natürlicher Ressourcen, bleibt bis heute gültig und hat zur Entstehung der Umweltökonomik geführt. So heisst es im einflussreichen Bericht des Club of Rome, «Grenzen des Wachstums»: «Die Erde ist endlich. Physisches Wachstum, einschliesslich der menschlichen Bevölkerung, ihrer Autos, Häuser und Fabriken, kann nicht unendlich andauern.»

Nur wenige Konservative nehmen solche Warnungen heute wirklich ernst. Konservativ sein bedeutet nun auf immer mehr Wachstum setzen, auf fossile Energien, auf nichtregenerative Landwirtschaft. Der konservative Denker Roger Scruton, ein Fan von Burke, war da ganz anderer Ansicht. In seinem Buch «Grüne Philosophie» (2012) argumentierte er, dass der Konservatismus im Kern viel ökologischer sei als der Liberalismus und die Linke. Denn effizienter Umweltschutz setze «Oikophilie» voraus, die Liebe zur lokalen Heimat. So hätten alteingesessene Gemeinschaften nicht nur ein Interesse am Erhalt ihrer Heimat, sondern wüssten auch am besten, wie man ihn erreiche, anders als die globalen Eliten des «Big Business» und «Big Government».

Der fruchtbarste Boden für die Oikophilie ist für Scruton aber der Nationalstaat. Auf gleicher Wellenlänge liegt der christliche Ökologe Paul Kingsnorth, der anlässlich der Wahl von Trump 2016 eine Chance für den grünen Nationalismus witterte: «Ihr wollt euer Heimatland beschützen und wachsen lassen – dann sicherlich auch seine Wälder und Flüsse, seine Dachse und Berglöwen. Was könnte patriotischer sein?»

## Ein planetares Problem

Die antiglobalistische Haltung dieser grünen Konservativen hat aber ihre Tücken. Scruton liess sich von Viktor Orban politisch einspannen und zu Ausfällen gegen die «kosmopolitische» EU und die jüdischen Intellektuellen des «Soros empire» hinreissen. Auch Kingsnorth ist kein Freund der EU, dafür aber Anhänger der rumänisch-orthodoxen Kirche. Pech nur, dass dieser wenig am Naturschutz liegt, dafür umso mehr an der ethnozentrischen Auslegung des Christentums, wie der Unsummen verschlingende Bau der «Kathedrale der Erlösung des rumänischen Volkes» im Herzen Bukarests beweist.

Eliten gibt es auch auf nationaler Ebene, und sie sind nicht unbedingt weniger korrupt. Vor allem verkennen Scruton und Kingsnorth, dass die Zerstörung der Biosphäre längst zum planetaren Problem geworden ist. Die Treibhausgase scheren sich nicht um die Grenzen irgendeines Nationalstaats. Globale Koordination, globale Akteure in Wissenschaft und Politik sind da geboten.

Ein Grundproblem des Konservatismus liegt in der Unbestimmtheit dessen, was bewahrt werden soll. In der langfristigen Perspektive müssten es, pathetisch formuliert, Mensch und Natur sein. Die meisten Konservativen denken heute aber viel kurzfristiger. Ihre Fürsorge gilt dem je aktuellen Status

quo, untrennbar verbunden mit den Tagesgeschäften der Wirtschaft. Schon die alte Tory-Partei sperrte sich nicht aus reiner Naturliebe gegen eine übereilte Industrialisierung, sondern weil sie, bis zirka 1834 (Tamworth Manifesto), auch den niederen englischen Landadel vertrat.

Doch die Agrarwirtschaft ist inzwischen überall industrialisiert. Diesen neuen Status quo gilt es nun zu erhalten, so scheint es. Die lukrative finnische Torfindustrie diene als Beispiel. Obwohl sie Ökosysteme zerstört und massiv Treibhausgase erzeugt, wird sie von der mitregierenden rechtsnationalen Finnenpartei protegiert. Ihre Anführerin ist Finanzministerin Riikka Purra, einst eine Wählerin der Grünen. Sie lehnt das Pariser Abkommen ab, weil es «katastrophal» für die finnische Wirtschaft sei.

Was der heutige Konservatismus konservieren will, ist etwas Massloses, Wurzelloses, Utopisches: das unbeschränkte Wirtschaftswachstum. Es ist an der Zeit, dass der Konservatismus sich auf seine skeptischen, pessimistischen Ursprünge besinnt. Denn: «Jeder Zustand kann durch das, was ihn hervorbringt, auch wieder zerstört werden, die Gesundheit etwa durch Nahrung, Sport und das Klima» (Aristoteles).

Edward Kanterian lehrt Philosophie an der University of Kent.

4 septembre 2023 (Le Figaro)

[Jean-Paul Brighelli: «Il faut mettre fin au collège unique» \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

## Jean-Paul Brighelli: «Il faut mettre fin au collège unique»

Par [Caroline Beyer](#)

Publié le 04/09/2023 à 06:00, mis à jour le 04/09/2023 à 10:17

### **ENTRETIEN - L'essayiste, dans un nouveau livre au style incisif, dénonce la politique de mixité sociale mise en place ces dernières années par l'Éducation nationale.**

Pédagogisme, collège unique, laïcité à géométrie variable, égalitarisme... En cette rentrée marquée par l'arrivée de Gabriel Attal au ministère de l'Éducation nationale, Jean-Paul Brighelli revient sur ses thèmes de prédilection. Dans son nouvel essai cinglant, *L'École à deux vitesses* (L'Archipel), il dénonce les hypocrisies de la mixité, et l'«*héritocratie*», qui «*laisse dans le fossé 90 % du potentiel du pays*». L'auteur de *La Fabrique du crétin* (2005) n'y épargne ni la jeune classe politique aux commandes - sa «*conformité aux codes*», sa «*superficialité brillante*» - ni les professeurs satisfaits de «*ronronner devant un public présélectionné*».

### **LE FIGARO. - Dans votre livre, vous parlez d'une politique de mixité sociale, «écran de fumée qui cache la pérennisation des élites». La tentative avortée de Pap Ndiaye sur ce terrain, l'an dernier, en est-elle la nouvelle démonstration?**

**Jean-Paul BRIGHELLI.** - Pap Ndiaye fut une erreur de casting, un gage d'Emmanuel Macron à son aile la plus woke. Il s'est suicidé lui-même, avec les abayas, avec la mixité. Sur le sujet de la mixité scolaire, il faut revenir à ce péché originel, pédagogue et politique, consistant à tout axer sur le quantitatif, sans se soucier du qualitatif. L'exemple type, c'est Valérie Pécresse, qui, ministre de l'Enseignement supérieur (de 2007 à 2011, NDLR), avait décrété qu'il fallait 20 % à 25 % de boursiers parmi les entrants en classes préparatoires. Sauf que les profs ont introduit du qualitatif, en regardant les lycées d'origine, et qu'ils ont gardé les élèves qui avaient entre 18 et 20 de moyenne... Faire de la mixité, ce n'est pas mettre 25 % de pauvres dans des classes de riches.

Quand la gauche et les syndicats se sont attaqués aux internats d'excellence mis en place sous Xavier Darcos, au motif qu'ils formaient une population restreinte de «privilegiés», ils étaient aussi dans le quantitatif! Pour avoir enseigné quinze ans en éducation prioritaire dans l'Essonne, mais aussi à Louis-le-Grand, je suis bien placé pour savoir qu'il y a des élèves remarquables partout. Et que ce n'est pas parce que l'on sort de la cuisse de Jupiter que l'on est Jupiter. Dans mes dernières années d'enseignement en prépa, au lycée Thiers, à Marseille, nous partions en mars faire de la «retape» dans des lycées d'éducation prioritaire. J'ai trop souvent entendu des profs dire: «*Non, ce n'est pas pour nos élèves.*» Tout le boulot d'un prof, c'est de réaliser au maximum les capacités de l'élève.

### **Que faire, alors?**

Si l'on veut sauver l'école et, derrière, la France, il faut se recentrer sur la qualité. Il ne faut pas se contenter des «IPS» (*indices de positionnement social, NDLR*), qui donnent une apparence de scientificité à la volonté de mixité. La mixité scolaire doit être obtenue par le croisement des bulletins et des capacités des élèves. Elle doit se décliner pédagogiquement, à tous les niveaux de la scolarité. Pour cela, il faut des classes de niveau, perméables, évidemment. Et ce n'est pas être d'extrême droite que de dire cela! C'est l'élitisme républicain, c'est Condorcet. Il faut cesser de donner le même aliment à tous. Il faut donner plus aux élèves performants. Ceux qui sont en difficulté doivent être surchargés de travail pour être remis à niveau. Ce n'est pas cette petite heure de soutien hebdomadaire de français en sixième (*mise en place en cette rentrée en français ou en maths pour chaque élève, NDLR*), avec une dictée par semaine, encadrée par ces mêmes enseignants qui ont trop souvent mal formé les élèves du primaire, qui va changer les choses!

## **Les programmes scolaires ne seraient donc pas les mêmes pour tous les élèves?**

Il faut les réécrire, en fixant un programme minimaliste et un programme maximaliste. En seconde, à Louis-le-Grand, les élèves font déjà une partie du programme de math spé. C'est tout à fait possible. Après tout, ils sont battus aux Olympiades de maths par des Chinois de 12 ans. Il faut donner plus de liberté aux établissements et ouvrir la carte scolaire. Nous sommes en France dans un système où l'on fait semblant d'être jacobin sans avoir les avantages du jacobinisme. Il faut enfin mettre fin au collège unique, dont les syndicats ont fait leur vache sacrée et qui, de fait, perpétue l'école à deux vitesses. Aujourd'hui, pour obtenir un bon lycée, il faut faire du japonais ou du coréen au collège! Ainsi, à Paris, Victor Duruy est le seul lycée à proposer du coréen en seconde.

Si l'on veut sauver l'école et, derrière, la France, il faut se recentrer sur la qualité. Il ne faut pas se contenter des « IPS » (indices de positionnement social), qui donnent une apparence de scientificité à la volonté de mixité

## **Que reste-t-il, aujourd'hui, de l'élitisme républicain?**

Ce que l'élitisme républicain a de mieux à proposer aujourd'hui, c'est l'ENA. Pauvres de nous! Les jurys de l'ENA sont depuis des années consternés du niveau des candidats et de leur conformisme. L'élitisme républicain a réellement existé avant 1914, car il fallait construire une élite française supérieure à l'élite prussienne. Après 1945, sous le poids de la commission Langevin-Wallon, on a joué la carte de l'égalitarisme. Et l'on a perdu l'ambition d'élitisme républicain. Je suis né en 1953. À mon époque, les devoirs étaient interdits pour que les parents ne puissent pas aider leurs enfants. En parallèle, le Mécanisme européen a mis au point, dès les années 1960, une école dont la destination finale est de pérenniser au pouvoir ceux qui l'occupent. L'Europe vise à amener 90 % des élèves au même niveau de compétence et 10 % à l'élite, en se moquant de savoir s'il s'agit d'une vraie élite.

## **Que dire des premiers pas de Gabriel Attal comme ministre de l'Éducation?**

Gabriel Attal vient de faire une très belle opération politique. Mais, du point de vue de l'école, cela ne change rien. L'abaya, c'est le petit doigt qui cache la forêt. Et cela va prendre des mois au Conseil d'État. LFI crie déjà au racisme et à l'islamophobie. Et l'on continue de se demander ce qu'est une abaya. Le web est inondé de commentaires sur des robes Gucci qu'il serait impossible de distinguer d'une abaya... Qu'ils aillent voir au lycée Victor-Hugo à Marseille, aux portes de la Belle de Mai, l'un des quartiers les plus pauvres de France: on leur expliquera ce qu'est une abaya!

Avec cette interdiction, toute la question est de savoir quel sera le pouvoir du chef d'établissement. Va-t-il devoir faire la police au portail, en ayant contre lui une partie des professeurs et des assistants d'éducation? Ces « pions », comme on disait par le passé, sont recrutés localement. À Marseille, ils sont maghrébins dans leur écrasante majorité. Pour le reste, j'ai entendu Gabriel Attal dire vouloir recréer les écoles normales pour former les maîtres. C'est très bien. Mais il faut recruter les étudiants à bac + 1 et les diplômés à bac + 3. Et, surtout, mettre fin au « pédagogisme » à l'œuvre dans les actuels instituts de formation.

3 septembre 2023 (Le Figaro)

[Islamisme, wokisme, émeutes dans les banlieues : les vérités de Gilles Kepel \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

# Islamisme, wokisme, émeutes dans les banlieues : les vérités de Gilles Kepel

Par [Gilles Kepel](#)



Publié le 03/09/2023 à 15:34, mis à jour le 04/09/2023 à 09:29

**EXTRAITS EXCLUSIFS - Dans son nouveau livre, *Prophète en son pays*, l'islamologue retrace quatre décennies durant lesquelles il a arpenté le monde arabe et musulman ainsi que les banlieues françaises.**

De l'assassinat de Sadate à la fatwa de Khomeyni, du 11 septembre 2001 à la tuerie de *Charlie Hebdo*, des émeutes de 2005 à celle de 2023, Kepel conjugue récit intimiste et grande histoire pour mieux montrer l'implacable progression de l'islamisme dans le monde arabe, mais aussi en France. En creux, l'auteur, visé par une condamnation à mort de Daech, livre aussi une critique féroce des élites, en particulier politiques et universitaires, qu'il juge aveugles à la menace. En exclusivité, *Le Figaro* publie les bonnes feuilles de ce livre événement. Le 10 octobre, Gilles Kepel est l'invité des Rencontres du Figaro, Salle Gaveau\*.

## 1980 : naissance d'un orientaliste

«Septembre 1980. Je vogue en direction d'Alexandrie, à bord d'un ferry italien qui a appareillé à Venise. Je vais rejoindre le poste de doctorant qui m'attend au Caire pour ma thèse sur les mouvements islamistes. J'ai 25 ans, et j'inaugure ma vocation. J'aimais l'odeur de l'Égypte – j'y avais déjà séjourné à quatre reprises, la première fois en 1974, voyageur étudiant muni d'un mince baluchon lesté d'un volume de la *Correspondance* de Flaubert parmi mon linge – : le parfum des goyaves dans le train omnibus des nuits sans électricité de la haute vallée où montaient en marche les paysans enturbannés portant sur la tête les cagettes de fruits mûrs. Mais aussi cette senteur indescriptible de la poussière de sable, où se mêlaient le baume des pharaons momifiés, l'antimite des pensions bon marché, la fragrance du Nil charriant ses îles flottantes, l'essence brûlée des taxis antédiluviens. J'en adorais le dialecte musical et vocalique, cataracte infinie de mots d'esprit tourbillonnants qui allègent la pesanteur de la vie. (...) Cette Égypte de la dolce vita a disparu. Agamy est devenu une banlieue de béton noyée dans les embouteillages, et les rares femmes qui osent encore le maillot de bain se sont regroupées dans un club privé entouré de barbelés et de gardes armés. La plage publique est le domaine des Belphégors voilées de noir de pied en cap qui se baignent tout habillées au milieu d'hommes barbus et de jeunes gens hâves, dans une mer polluée où flottent flacons et sacs en plastique parmi les rejets d'égouts et les étrons. L'émergence de ce que l'on n'appelait pas encore les «mouvements islamistes» allait bouleverser de fond en comble l'Égypte et toute la région, de même que - je m'en rendrai compte quelques années plus tard - l'Europe, à partir de ses banlieues populaires. L'explosion démographique et l'envolée des prix du pétrole, devenue une arme entre les mains des monarchies sunnites de la péninsule Arabique puis de leur rival iranien - Khomeyni avait conquis l'année précédente le pouvoir à Téhéran -, feraient plonger

des sociétés délabrées et tétanisées dans le chaos d'une régression intellectuelle, où prévaudraient les mots d'ordre religieux. L'aboutissement monstrueux de ce processus culminerait dans le "califat" autoproclamé de Daesh entre 2014 et 2017, avec sa débauche de violence terroriste morbide complaisamment affichée sur les réseaux sociaux, et dont je n'imaginai nullement alors que je serais personnellement la cible, scellant de la sorte ma destinée d'orientaliste. »

## 2001 : Ben Laden superstar dans le monde arabe

«J'effectue une tournée dans le monde arabe pour tâcher d'en "prendre la température" dans les lendemains du 11 Septembre. J'y sonderai les reins et les cœurs de mes interlocuteurs afin de comprendre leurs perceptions du phénomène, vues de la région dont il procède. Durant ces quelques semaines de déambulation au Levant, en Égypte et dans le Golfe, je suis frappé par l'ambivalence de la plupart de mes interlocuteurs arabes. Ils mêlent parfois dans le même raisonnement deux propos contradictoires. Le premier marque leur incrédulité quant à l'implication de musulmans dans l'attaque, et favorise l'incrimination d'Israël. Les juifs employés dans les tours jumelles du World Trade Center auraient reçu, selon la rumeur, un message matinal (toujours introuvable deux décennies plus tard...) leur enjoignant de ne pas se rendre au travail ce jour-là. Les attentats ne seraient ainsi qu'un complot sioniste afin de nuire à l'image de l'islam. Le second propos tire une immense fierté que Ben Laden ait héroïquement tenu tête à l'Occident. En Égypte, on me raconte une nokta, ces blagues qui tiennent lieu de sagesse populaire à valeur de véridicité, selon laquelle une dame, stoppée alors qu'elle pénètre dans les toilettes pour hommes, rétorque offusquée : "Pourquoi ? Ben Laden est-il là-dedans ? Car il n'y a plus d'autre homme qui vaille dans le monde arabe !" (...) Ces derniers désapprouvaient le "meurtre d'innocents" aux États-Unis, mais le relativisaient, voire le comprenaient, en comparaison avec les bombardements américains d'alors sur l'Afghanistan des talibans, la répression israélienne contre les Palestiniens, les "crimes du sionisme et de l'impérialisme", de la colonisation, etc. en général. Sans avoir la prétention de tirer des statistiques de l'échantillon fourni par mes interlocuteurs, cette présentation de la situation était dominante, avec diverses gradations, au travers des dizaines de conversations et entretiens que je menai durant mon séjour... »

## 2010 : extension du domaine du halal

«Notre enquête du ramadan 2005 est administrée en cinq langues : en français, arabe (et dialectes), turc, bambara et sarakolé. Parmi les thèmes portant sur la religion, la politique, le travail, l'éducation ou la vie quotidienne, l'une des consignes, à laquelle nous n'avions pas accordé d'importance particulière en la concevant, s'avérera la plus révélatrice par les réponses obtenues. En apparence, elle est fort simple : "*Accepteriez-vous que vous ou vos enfants soyez invités à manger chez un non-musulman ?*" Une petite minorité, exclusivement au sein des non-francophones, turcs ou africains sahétiens, le refuse en toutes circonstances. Un échantillon à peine plus important exige que la nourriture servie soit halal. La majorité se partage entre une acceptation sous condition de ne consommer ni porc ni alcool (cas le plus nombreux), et un acquiescement sans aucun préalable (ces personnes critiquant parfois la consigne comme raciste ou discriminante...).

En ramadan (août-septembre) 2010, je dirigerai une autre enquête comparable, avec le double de participants, dans l'agglomération de Clichy-Montfermeil, en Seine-Saint-Denis, où ont commencé les plus vastes émeutes des banlieues peuplées d'enfants de l'immigration, à l'automne 2005. Nous avons posé à nouveau cette même question. Les proportions se sont inversées dans les réponses. Si le refus absolu a peu progressé, l'exigence du halal a explosé, passant très largement en tête, distançant nettement le simple rejet du porc et de l'alcool, tandis que l'agrément inconditionnel a quasiment disparu. Toujours est-il qu'en un quart de siècle j'ai pu documenter, notamment dans la jeune génération née et éduquée en France et socialisée dans les zones reléguées, la montée en puissance d'une identité communautaire forte revendiquée comme telle dans certains territoires de la République – que Bernard Rougier qualifie, dans un volume qu'il dirige en 2020, de "conquis par l'islamisme". *Les Banlieues de l'islam* en avaient observé dès 1985 acteurs et dispositifs, lieux de pouvoir et signes faibles. Rien de tout cela n'a été jugé significatif par les autorités de l'État ni les élites mitterrandiennes comme chiraquiennes



engoncées dans le déni de réalité – jusqu'à l'attentat contre la rédaction de *Charlie Hebdo*, en 2015 : la prise de conscience s'effectuera dans la plus totale confusion et avec un retard. »

## 2015 : le prophète Houellebecq

«Teresa Cremisi, qui m'avait fait l'honneur de me publier et fut aussi l'éditrice de Michel Houellebecq, me communiqua en cette fin 2014 un jeu d'épreuves du roman à paraître de ce dernier, *Soumission*. Elle souhaitait que je m'assure que ce livre de fiction, dont l'auteur avait consulté mes ouvrages, n'eût pas commis d'erreurs d'interprétation quand il traitait de sujets islamiques et aussi – fatwa contre Salman Rushdie oblige – que je l'alerte s'il me semblait que le texte pût fournir prétexte à un anathème comparable. J'avais connu l'œuvre de Houellebecq en 2001, avec *Plateforme*, dont un hebdomadaire m'avait demandé un compte-rendu, car le roman s'achève par un attentat islamiste. Celui-ci ne fut jamais publié – il devait paraître dans la semaine du 11 Septembre... et on bouleversa la pagination pour la consacrer en totalité à la “double razzia bénie contre New York et Washington” d'Al-Qaïda. J'avais beaucoup apprécié *La Carte et le Territoire*, et intitulé l'un des chapitres de *Quatre-vingt-treize* «Extension du domaine du halal » en un clin d'œil à un autre de ses romans, *Extension du domaine de la lutte*. Je lus le manuscrit d'une traite, de la soirée aux petites heures, captivé par la capacité de l'écrivain à transcender par la littérature ce que j'avais moi-même observé et retranscrit sous forme d'essai. Je fis rapidement mon compte-rendu à Teresa Cremisi : rien à redire si ce n'est une ou deux inexactitudes sans importance. Et le roman n'incriminait pas, contrairement aux *Versets sataniques*, la sacralité de l'islam proprement dite. Il serait certainement autant critiqué qu'apprécié, mais ne fournissait nullement matière juridico-religieuse à fatwa mortifère – à ce que je pouvais en juger. L'auteur nous convia à dîner avec son éditrice en fin décembre 2014, alors que je revenais de la dernière mission pour le rapport, au Kurdistan autonome. Il était plutôt rassuré, et je n'entendis plus parler de lui jusqu'à la parution du livre, le 7 janvier suivant, où je l'écoutai à la radio me créditer aimablement pour lui avoir fourni par mes ouvrages de la documentation. Cela me valut la mise en demeure immédiate, par SMS, d'un collègue de me “désavouer d'avec lui” – comme auraient dit les salafistes – pour complicité de crime imaginaire d'islamophobie. Je me gardai bien évidemment d'obtempérer à cette objurgation grotesque. Plus tard dans la matinée, les locaux de *Charlie Hebdo* – qui avait fait sa une avec une caricature sur “les prédictions du mage Houellebecq” – connurent le carnage perpétré par les frères Kouachi. La stupéfiante mise en abyme littéraire de *Soumission* avait fait de nouveau coïncider, après *Plateforme*, mais au jour près désormais, la fiction anticipatrice contenue dans cette dystopie avec la réalité la plus atroce. »

## 2016 : soumission

«En mai 2016 je me rendis à une invitation du Bondy Blog, média audiovisuel qui avait été créé dans la suite des émeutes de 2005 avec le soutien de fondations suisses pour favoriser l'émergence de jeunes talents journalistiques dans les cités, une initiative que je trouvais tout à fait bienvenue. Bondy est une commune voisine de Clichy-Montfermeil, qui en jouxte la forêt. À ma surprise, me fut intenté sur cette antenne un procès en islamophobie pour avoir établi que le déclenchement des émeutes à l'échelle nationale faisait suite à l'incident grossi en “gazage de la mosquée”, et non point exclusivement au regrettable décès de Zyed et Bouna (notre analyse, qui a été recoupée ensuite par d'autres, fait désormais consensus). J'eus beau expliquer au journaliste fort militant qui m'incriminait que j'avais précisément recueilli puis vérifié la parole des témoins et acteurs des émeutes eux-mêmes, j'avais commis à ses yeux le crime politique de substituer à un mythe mobilisateur une mise en récit circonstanciée, et cela me valait l'opprobre.

Cette confusion entre journalisme et prosélytisme, étayant un faux procès, me déçut beaucoup car, outre qu'elle montrait le basculement dans le complotisme islamiste d'une rédaction sur laquelle avaient été fondés de nombreux espoirs pour favoriser l'ascension sociale de jeunes issus des quartiers défavorisés, je me retrouvais désormais ciblé comme une sorte d'ennemi du peuple pour avoir seulement fait mon

métier de sociologue... Je fus livré à la vindicte de la nébuleuse "islamo-gauchiste". Un mois après, je serai condamné à mort par Daesh. Je revins sur cette polémique lors d'un entretien paru dans l'hebdomadaire *L'Obs* en novembre suivant, alors que je vivais sous protection policière, pointant dans l'affaire du Bondy Blog une manifestation typique de cette idéologie. Cela me valut une volée de bois vert, désormais classé pour de bon dans la catégorie des ennemis d'Allah et de l'humanité sur un spectre d'entrepreneurs de colère à mon encontre s'étendant d'[Edwy Plenel](#) et Mediapart jusqu'à Larossi Abballa, le tueur de Daesh. "Soutien total aux consœurs et confrères du @LeBondyBlog face aux accusations délirantes et ignorantes de Gilles Kepel", posta sur son mur Facebook le ci-devant "camarade Krasny", ex-directeur de l'hebdomadaire trotskiste *Rouge* que je vendais à la criée lorsque j'étais lycéen... et dont la leçon de déontologie aurait été farcesque si elle n'avait fait écho à l'appel public à me tuer proféré six mois plus tôt par l'assassin du policier Jean-Baptiste Salvaing et sa jeune épouse, à Magnanville, dans les Yvelines. (...)

Mes tympans n'avaient pas été déchirés par les hurlements de désespoir de la plupart de mes collègues, ni par les slogans hostiles qu'ils auraient pu entonner contre ceux qui avaient appelé à tuer l'un d'entre eux. Ce silence d'or était d'autant plus remarquable par contraste avec les pétitions innombrables signées par ces mêmes collègues sans relâche, cris d'orfraie dénonçant l'islamophobie, exigeant l'usage de l'écriture inclusive, faisant du [burkini](#) l'horizon indépassable du bonheur de la musulmane actuelle, vilipendant la laïcité française comme l'aboutissement fascisant de l'universalisme des Lumières... Cette parole d'argent de soutien aux victimes de toutes les "microagressions" réelles, symboliques ou imaginaires – dont on a vu qu'elle s'accompagnait parfois de grasses subventions bruxelloises – m'avait été mesurée avec quelque harpagonnerie eu égard à la "macroagression" que j'avais subie... Fallait-il en comprendre que la sentence de mort à mon encontre entérinait simplement le destin funeste mais inéluctable d'un sexagénaire affligé de "blanchité", *dead white male* en sursis, déjà condamné en tout état de cause par l'Histoire, dont Larossi Abballa et Daesh n'auraient été que de simples accélérateurs, version islamiste du fléau de Dieu ? Ou, en termes plus prosaïques, la libération anticipée d'un poste de professeur titulaire liquidé par le djihad permettrait-elle, dans la lutte acharnée pour les emplois au sein d'une Université prolétarisée, de promouvoir plus rapidement un·e enseignant·e politiquement correct·e, qui introduirait dans l'École normale supérieure, institution révolutionnaire fondée par un décret de la Convention le 9 brumaire an III pour écraser l'infâme, la "religion woke" de notre temps déboussolé ? Il y avait en effet une congruence étonnante entre la marginalisation croissante à laquelle j'étais condamné par le monde académique et l'élimination physique prônée par les djihadistes. »

\* *Réservations sur le [Figaro Store](#) ou au 01.70.37.18.18.*

1 septembre 2023 (FAZ)

[Staatsausgaben der EU: Niemand muss für seine Politik haften \(faz.net\)](https://www.faz.net)

STAATSAUSGABEN:

## Niemand in der EU muss für seine Politik haften

EIN KOMMENTAR VON [WERNER MUSSLER](#)

-AKTUALISIERT AM 01.09.2023-09:27



Brüssel und die Mitgliedstaaten können Schulden machen, ohne wirksam kontrolliert zu werden. Die EU manövriert sich in die kollektive Verantwortungslosigkeit.

In einem öffentlich wenig beachteten Bericht hat die EU-Kommission kürzlich versucht, ihre vielen klima- und industriepolitischen Initiativen mit Preisschildern zu versehen. Demnach braucht es Investitionen von zusätzlich 620 Milliarden Euro im Jahr, um den Green Deal und das damit verbundene Programm Repower-EU zu finanzieren, das die EU unabhängig von fossilen Brennstoffen machen soll. Weder die im EU-Haushalt eingeplanten noch die Mittel aus dem schuldenfinanzierten EU-Aufbaufonds reichten dafür aus. Nötig seien ferner 125 Milliarden Euro, um die Investitionslücke für die digitale Transformation zu schließen.

Mehr Geld brauche die EU auch für ihre „neue Geopolitik“, also stetig steigende Rüstungsausgaben, hinzu kämen die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, die die Kommission mit 384 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren veranschlagt. Eher nebenbei erwähnt sie die erheblich steigenden Ausgaben zur Bewältigung des demographischen Wandels. Ihr ursprüngliches Vorhaben eines „Souveränitätsfonds“ verfolgt die EU-Behörde erst einmal nicht weiter. Die dahinter stehende Idee, die „Souveränität“ der eigenen Wirtschaft mit Staatsgeld zu subventionieren, spukt aber weiterhin in vielen Brüsseler Köpfen.

Spätestens seit der Finanzkrise 2008, als die Kommission die EU-Beihilferegeln aussetzte, um den Mitgliedstaaten zusätzliche Ausgaben für ein rasches Ende der damaligen Rezession zu ermöglichen, findet die Behörde als Ordnungsfaktor für die Kontrolle von Staatsausgaben nicht mehr statt. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten hat sie immer neue Gründe für die Abwendung oder Abfederung von Krisen in der EU gefunden – mit der Folge, dass immer unklarer ist, wer da mit welcher Begründung für welchen Zweck neues Geld ausgibt und auf welcher Rechtsgrundlage er das tut.

### Künftige Generationen müssen das schultern

Auf der einen Seite sind die EU-Regeln durchlöchert, die den Ausgaben der Mitgliedstaaten Grenzen setzen sollen. Die Beihilferegeln wurden in den vergangenen Krisen mit immer neuen Begründungen gedehnt oder verändert, sodass sie ihrem ursprünglichen Zweck – eine Verfälschung des Wettbewerbs im Binnenmarkt zu verhindern – längst nicht mehr gerecht werden. Die Mitgliedstaaten sollen jetzt in die Lage versetzt werden, möglichst viele angebliche und tatsächliche Krisen mit möglichst viel Geld zuzukleistern. Dabei hilft, dass der EU-Stabilitätspakt seit Längerem ausgesetzt ist. Die EU-Kommission möchte seine Anwendung noch stärker als ohnehin schon selbst übernehmen.

Auf der anderen Seite erlaubt der schuldenfinanzierte Corona-Aufbaufonds der Kommission erstmals in großem Umfang den Zugriff auf Geld, das nicht direkt von den Mitgliedstaaten kommt. Die Verwendung dieser Mittel ist jenseits von Parolen wie „grüner und digitaler Umbau“ nur verschwommen definiert, die Kontrolle besorgt die Kommission selbst.

Das daraus entstandene Muster bedeutet nicht nur, dass nun auf allen EU-Entscheidungsebenen Schulden gemacht werden können, deren Folgen künftige Generationen werden schultern müssen. Hinzu kommt eine neue kollektive Verantwortungslosigkeit: EU und Mitgliedstaaten werden in ihrer Ausgabenpolitik nicht mehr durch EU-Regeln eingeschränkt; weder die Kommission noch ein Staat werden für sein Budgetgebaren in Haftung genommen.

## Knappe Mittel klug und sorgsam ausgeben

Bisher war das zumindest ein wenig anders: Unsolide Haushaltspolitik der Staaten war dem Urteil der Finanzmärkte ausgesetzt (was sich indes schon mit den Rettungsaktionen von EZB und Euro-Krisenfonds geändert hat), und die EU-Kommission konnte sich nicht in größerem Umfang verschulden. Heute vertraut sie darauf, dass ihre Bonität jener der wichtigsten Mitgliedstaaten entspricht. Ob dieses Vertrauen auf Dauer trägt, steht in den Sternen. Fest steht nur, dass sich die Kommission lieber damit beschäftigt, dass und warum sie neues Geld für hehre europäische Zwecke braucht. Diese Vorliebe macht sie als Hüterin der EU-Schuldenregeln unglauwbüdig.

Dass der grüne und digitale Umbau der EU-Wirtschaft sehr viel Geld kosten wird, kann nicht ernsthaft infrage stehen. Gerade deshalb müssen die knappen staatlichen Mittel klug und sorgsam ausgegeben werden. Das muss sich nicht nur die Ampelkoalition angesichts ihrer industriepolitischen Stümpereien sagen lassen. Es gilt auch für die EU-Kommission. Deren finanzpolitische Wunschzettel sind nicht nur maß-, sondern auch einfallslos. Kaum ein ökonomisches Problem lässt sich mit Staatsgeld aus der Welt schaffen.

Werner Mussler

Wirtschaftskorrespondent in Brüssel.

1 septembre 2023 (FAZ)

[Gendern: Buch Studien zum genderneutralen Maskulinum von Eckhard Meineke \(faz.net\)](#)

GENDERGERECHTE SPRACHE:

## Grammatik als Motor der Weltverbesserung?

VON WOLFGANG KRISCHKE

-AKTUALISIERT AM 01.09.2023-06:54



Wie man die Wahrheit für eine geschlechtergerechte Sprache strapaziert: Eckhard Meineke zerlegt gängige Thesen und Argumente der Genderlinguistik.

Was vor mehr als vier Jahrzehnten als Protest gegen „Deutsch als Männersprache“ begann, präsentiert sich heute als „gendergerechter Sprachgebrauch“. Der argumentative Kern der Aktivitäten ist indes immer gleich geblieben: Es ist der Kampf gegen das generische Maskulinum durch die Leugnung seiner Geschlechtsneutralität. In Ausdrücke wie „Wähler“ oder „Arbeitnehmer“ ist nach Überzeugung der [Genderlinguisten](#) und ihrer Anhänger in Politik und Verwaltungen die Männlichkeit tief eingeschrieben. Sie streiten ab, dass die Bedeutung dieser Wörter in Formulierungen wie „Einkommensverluste der Arbeitnehmer“ oder „alle Wähler sollten ihr Stimmrecht nutzen“ nur die Rolle der Personen umfasst, aber ihr Geschlecht außen vor lässt.

Das generische Maskulinum gilt als Mogelpackung des Patriarchats, hinter der sich eine Wortform verbirgt, mit der Frauen und andere Geschlechtsidentitäten bestenfalls am Rande „mitgemeint“ werden. Der Sprachhistoriker Eckhard Meineke – bis zu seiner Emeritierung Professor an der [Universität Jena](#) – hat in einer fakten gesättigten Studie die Thesen und sprachlichen Eingriffe der Genderlinguistik und die ihnen zugrunde liegenden Argumentationsstrategien untersucht. Das Buch basiert auf einer umfassenden Kenntnis der relevanten Literatur, was angesichts der mittlerweile enormen Zahl wissenschaftlicher Arbeiten und publizistischer Stellungnahmen keine Selbstverständlichkeit ist. Der Autor nimmt die linguistischen, philosophischen und sprachpolitischen Aspekte gleichermaßen in den Blick, er verfolgt die Entwicklung des Genus zurück bis ins Indogermanische und die Geschichte des Genderns bis in seine Anfänge in den Siebzigerjahren.

An dessen Wiege stand neben den Gründungsmüttern der „feministischen Linguistik“ und linksalternativen Journalisten auch das sozialdemokratisch geführte Bundesbildungsministerium, das 1979 die Beidnennung der Geschlechter in den Berufsausbildungsordnungen einführte. Das Urteil über Theorie und Praxis des Genderns, zu dem Meineke gelangt, ist eindeutig: Genderlinguisten verbreiten wider besseres Wissen Halb- und Unwahrheiten, um die „geschlechtergerechte“ Sprache und ihre halbstaatlich und medial betriebene Durchsetzung im öffentlichen Sprachgebrauch zu legitimieren. In einem schlichten Konstruktivismus befangen, sehen sie die Grammatik als Motor der Weltverbesserung.

Seit zwölfhundert Jahren Teil des deutschen Sprachsystems

Am Beginn der Darstellung stehen nicht die generischen Maskulina, sondern Ausdrücke wie „Mensch“, „Person“ oder „Mitglied“. Auch diese sogenannten Epikoina sind, unabhängig von ihrem Genus, geschlechtsneutral. Allerdings gibt es für sie keine femininen Ableitungen – außer im Germanistenverband, der 2011 ein Rundschreiben an seine „Mitgliederinnen und Mitglieder“ schickte, oder im Online-Duden, der neuerdings die „Menschin“ verzeichnet, weil diese abseitige Gelegenheitsbildung ins genderpolitische Schema passt.



Eckhard Meineke: „Studien zum genderneutralen Maskulinum“. :Bild: Universitätsverlag Winter

Im unveränderlichen Genus der Epikoina liegt der entscheidende Unterschied zu Personenbezeichnungen wie „Arbeiter“ oder „Patient“, die als „generische Maskulina“ bekannt und zum Stein des Anstoßes geworden sind. Meineke meidet allerdings diesen Begriff und spricht stattdessen vom „geschlechtsübergreifenden“ oder „sexusneutralen Maskulinum“. Das ist keine terminologische Spitzfindigkeit, sondern führt ins Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen: „Generisch“ bezeichnet genau genommen keine feststehende Eigenschaft, sondern nur den fallweisen Gebrauch von Wörtern in einem allgemeinen gegenüber einem spezifischen Sinn: Wenn „die Schule wegen Sanierungsarbeiten geschlossen wird“, geht es um ein bestimmtes Gebäude, wenn „die Schule morgen wieder beginnt“ um die Gesamtheit aller Schulen in einer Region.

In diesem Sinne können auch feminine Substantive, die von Maskulina abgeleitet sind, generisch gebraucht werden: „Soldatinnen sind in der Bundeswehr keine Besonderheit mehr“. Der Begriff „generisch“ veranlasst deshalb Genderlinguisten zu der These, auch beim geschlechtsneutralen Maskulinum handle es sich nur um einen fakultativen, zudem historisch jungen Sprachgebrauch, bei dem willkürlich ein Teil – die Männer – für die Gesamtheit der Geschlechter gesetzt werde. Meineke hält dagegen: Bei den geschlechtsneutralen Maskulina geht es nicht nur um einen punktuellen Gebrauch, sondern um Eigenschaften, die den Wörtern selbst innewohnen und seit zwölfhundert Jahren Teil des deutschen Sprachsystems sind.

## Eine ideologisch motivierte Strategie

Zugrunde liegt eine semantische und grammatische Asymmetrie zwischen Maskulinum und Femininum: „Arbeiter“ ist in seiner Grundbedeutung sexusneutral und wird dort verwendet, wo es auf die Geschlechtszugehörigkeit nicht ankommt. Erst die Endung -in verleiht dem Mitglied der Arbeiterklasse ein Geschlechtsmerkmal und unterscheidet so die „Arbeiterin“ von ihrem männlichen Pendant: Ist zugleich von „Arbeiterinnen“ die Rede, schrumpfen die „Arbeiter“ zur Männergruppe. Das Allgemeinmenschliche am geschlechtsübergreifenden Maskulinum macht einen Satz wie „Frauen sind die besseren Polizisten“ sinnvoll im Gegensatz zu „Frauen sind die besseren Polizistinnen“.

Für das weibliche Geschlecht stehen mithin zwei Genera – ein allgemeines und ein spezifisches – zur Verfügung; Männer müssen sich mit einem Genus begnügen, das in seiner spezifischen Bedeutung nur sie

und in seiner allgemeinen auch sie bezeichnet. Diese Verhältnisse spiegeln sich in der Wortform: „Arbeiterin“ ist durch die Endung gegenüber „Arbeiter“ „markiert“, nämlich komplexer und spezifischer. Deshalb können solche femininen Substantive auch keine geschlechtsübergreifende Funktion übernehmen im Gegensatz zur „Person“, die zwar auch ein Femininum, aber grammatisch nicht abgeleitet ist.

Derartige Asymmetrien finden sich auch anderswo. So ist das Präsens gegenüber den anderen Tempora unmarkiert, denn es kann Gegenwart (Er kocht gerade das Essen), Zukunft (Übermorgen kocht er das Essen) oder auch Zeitlosigkeit (Wasser kocht bei hundert Grad) bezeichnen. Ein anderes Beispiel liefert der „Tag“. In seiner allgemeinen Bedeutung bezeichnet das Wort die Zeitspanne der Erdumdrehung, in seiner spezifischen aber nur den Zeitraum, in dem es hell ist.

## Künstlich ausgelöste Assoziationen

Die Opposition markierter und unmarkierter Formen gibt es in ganz unterschiedlichen Sprachen von der lautlichen Ebene bis zum Satzbau, wie die Linguisten Nikolai Trubetzkoy und Roman Jakobson bereits vor über neunzig Jahren herausfanden. Dass die Genderlinguistik diese Erkenntnisse ignoriert oder als irrelevant abtut, sieht Meineke als den Kernpunkt einer ideologisch motivierten Strategie. Sie zielt darauf ab, den genderneutralen Maskulina ihren sprachsystematischen Charakter abzuspüren, um sie zum Ausdruck männerdominierten Sprachgebrauchs erklären und politisch aufladen zu können. Auch gegen den Versuch, in das Neutrum und das Femininum anhand von Personenbezeichnungen wie „Weib“ oder „Memme“ eine gegenüber dem Maskulinum abwertende Bedeutung als Ausdruck „der alten Geschlechterordnung“ hineinzudeuteln, führt Meineke stichhaltige Argumente ein. MEHR ZUM THEMA

Großen Raum im Buch nimmt die genderlinguistische Berufung auf Assoziationstests ein, deren Ergebnisse belegen sollen, dass geschlechtsübergreifende Maskulina im Kopf der Hörer und Leser vornehmlich Bilder männlicher Personen erzeugen. Meineke bestreitet nicht, dass es solche Assoziationen gibt. Er sieht sie aber wesentlich beschränkt auf Personenbezeichnungen, die sich – vor allem im Singular – auf konkrete Individuen beziehen. Für den öffentlichen Sprachgebrauch viel wichtiger sind Substantive wie „Bürger“, „Wähler“, „Verbraucher“, die Gruppen von Menschen als Träger allgemeiner Tätigkeiten, Funktionen und sozialer Rollen erfassen. Bei ihnen tritt keine maskuline Schlagseite auf, sie rufen in der Regel gar keine inneren Bilder von konkreten, geschlechtlich gekennzeichneten Menschen hervor.

Meineke kritisiert zurecht, dass viele Tests diese Unterscheidungen nicht deutlich genug machen, sondern stattdessen maskuline Formen in Kontexte stellen, in denen sie typischerweise nicht sexusneutral verwendet werden, sodass geschlechtsspezifische Interpretationen programmiert sind. Hinzu kommt die mangelnde Repräsentativität vieler Probandengruppen und eine häufig zutage tretende Pro-Gender-Tendenz der Studienleiter.

Fraglich ist auch, welche Bedeutung für die reale Alltagskommunikation solche in künstlichen Laborsituationen erzeugten Assoziationen, die unterhalb der kognitiven Ebene des Sprechens und Verstehens angesiedelt sind, überhaupt haben. Die vergleichsweise wenigen Verständlichkeitstests zeigen, dass das genderneutrale Maskulinum keineswegs zu Fehlinterpretationen führt. Was Meineke nicht erwähnt, sind andererseits die Verständnisprobleme, die gegenderte Texte für Deutschlerner und Leichte-Sprache-Leser mit sich bringen.

Dass die Genderbefürworter künstlich ausgelöste Assoziationen statt des realen Sprachgebrauchs und Sprachbewusstseins der Sprecher in den Fokus stellen, liegt nicht nur an der Erwünschtheit der Ergebnisse. Es passt für Meineke auch zum dort gepflegten Bild der Sprachgemeinschaft als einer geistig trägen Masse von Laien, der eine aufgeklärte Elite den Weg in die Verbalgerechtigkeit weisen muss. Die Parallele zum Geist der Orthographiereform zieht der Autor nicht, sie liegt aber nahe.

Meinekes Werk glänzt immer wieder mit pointierten Formulierungen, aber leichtgängig ist die Lektüre nicht. Die Darstellung ist fachlich anspruchsvoll und verlangt dem linguistisch nicht vorgebildeten Leser

einiges ab. Zu hoffen ist jedenfalls, dass viele Germanisten das Buch lesen werden. Auch die Genderfreunde unter ihnen sollten hier Fakten und Argumente finden, die ihnen Anlass zum Nachdenken geben.

*Eckhard Meineke: „Studien zum genderneutralen Maskulinum“. Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2023. 358 S., geb., 36,- €.*



1 septembre 2023 (NZZ)

[Caspar David Friedrich und der Weg zur Romantik in Winterthur \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

## Caspar David Friedrich ebnete den Weg zur Romantik

Mit der Stimmungshaftigkeit seiner Werke bezog sich Friedrich auf ein künstlerisches Umfeld, das von Jacob van Ruisdael bis zu Claude Lorrain reicht. Sein komplexes Werk kann nun in Winterthur im Dialog mit hochkarätigen Leihgaben aus internationalen Sammlungen studiert werden.

Franz Zelger 01.09.2023, 05.30 Uhr 4 min



### Caspar David Friedrich: «Der Watzmann», Gemälde, 1824/25.

Kunst-Museum Winterthur

Für die einen war er ein religiöser Maler, dessen Schaffen von Jenseitsgedanken bestimmt war. Für die anderen war er in der Epoche der Freiheitskriege ein politischer Künstler. Seine Werke wurden unter spekulativ theoriefixierten Aspekten auch als Reflexionen über das Sehen an sich betrachtet. Man hat ihn zum Patrioten, zum Aufklärer, ja zum Mystiker, selbst zum Wegbereiter des Realismus und der gegenstandslosen Kunst stilisiert. Doch nach wie vor gilt das Statement des Kunsthistorikers Werner Hofmann: «Caspar David Friedrichs künstlerische Absichten sind komplex, um nicht zu sagen widersprüchlich, die Ergebnisse vieldeutig. Das sind die einzigen eindeutigen Aussagen, die wir machen können.»

Als Caspar David Friedrich starb, war er so gut wie vergessen. Bis zu seiner Wiederentdeckung vergingen rund fünfzig Jahre. Mit der Berliner Jahrtausendausstellung von 1906 war der Bann gebrochen. Friedrich galt plötzlich als einer der wichtigsten Maler des 19. Jahrhunderts, was für Oskar Reinhart, den grossen Winterthurer Sammler französischer Kunst, ein Schlüsselerlebnis bedeutete. War es doch sein Ziel, auch eine auserlesene Sammlung deutscher Kunst zusammenzutragen. So erstand er das Friedrich-Ensemble mit fünf Gemälden, einem Aquarell und einer Zeichnung, dominiert von den einzigartigen «Kreidefelsen auf Rügen».



## Caspar David Friedrich: «Kreidefelsen auf Rügen», Ölfarben auf Leinwand, um 1818.

Kunst-Museum Winterthur

Reinhart hätte sich sicher gefreut, sein Friedrich-Ensemble nun in der Schau «Caspar David Friedrich und die Vorboten der Romantik» im Kunstmuseum Winterthur am Stadtgarten in anregendem Dialog mit hochkarätigen Leihgaben aus internationalen und schweizerischen Sammlungen zu sehen. Mit der Stimmungshaftigkeit seiner Werke bezog sich Friedrich nämlich auf ein künstlerisches Umfeld, das von der Landschaftsmalerei Jacob van Ruisdaels bis zu den Idyllen Claude Lorrains reicht.

Friedrich ist also nicht vom Himmel gefallen. «Ein Bild muss nicht erfunden, sondern empfunden sein», war seine Devise: «Wenn ein Bild auf den Beschauer seelenvoll wirkt, wenn es sein Gemüt in eine schöne Stimmung versetzt, so hat es die erste Forderung eines Kunstwerks erfüllt.» An zahlreichen Beispielen konnte jedoch auch nachgewiesen werden, dass Friedrichs Kompositionen sich aus einer Reihe von exakten Naturstudien – seien es Bäume, Küsten oder Felsen – zusammensetzen, die oft nach Jahren aus dem Skizzenfundus für die Realisierung eines Bildgedankens herangezogen und in eine klar organisierte, kohärente Bildstruktur gefasst wurden.

## Berühmte Inspirationsquellen

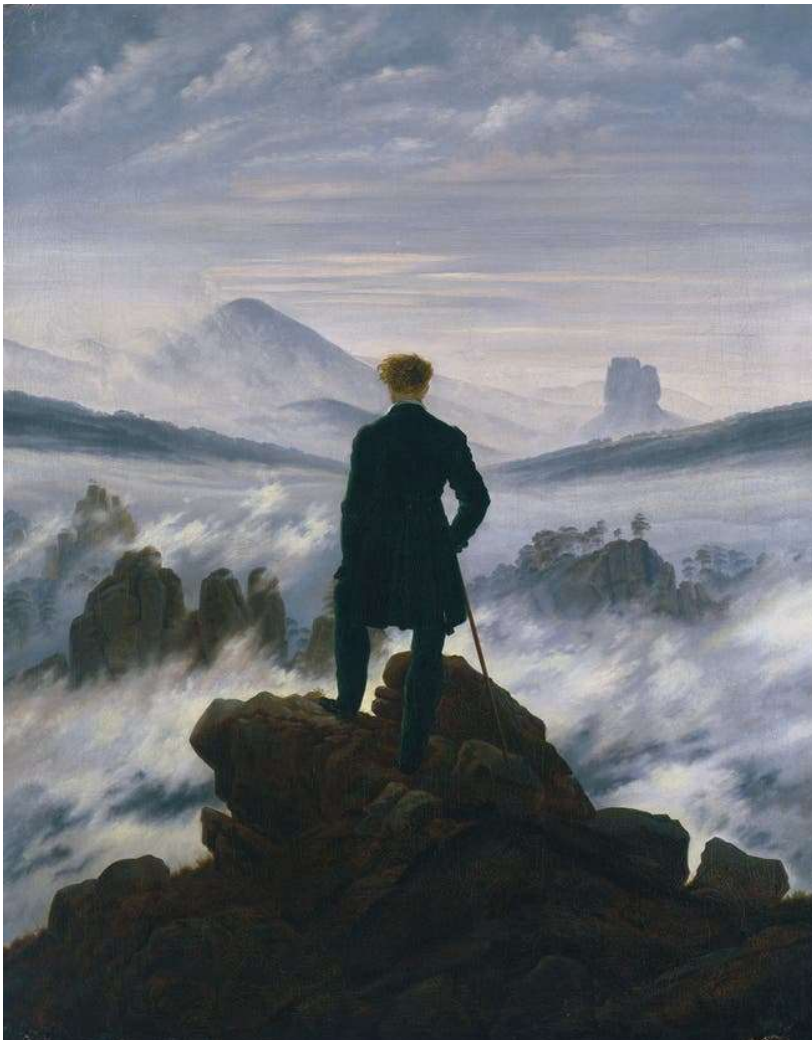
Der sächsische Hofmaler Christian Wilhelm Ernst Dietrich spezialisierte sich auf das Nachahmen grosser, insbesondere niederländischer Vorbilder aus dem 17. Jahrhundert. Friedrich folgte diesem

Trend, zum Beispiel in Bezug auf die Landschaften von Jacob van Ruisdael in der Dresdener Gemäldegalerie, die für ihn eine Inspirationsquelle waren. Bereits im «Journal des Luxus und der Moden» von 1812 wurde vermerkt, dass die «Landschaft mit Eichen und Jäger» unmittelbar von Ruisdaels «Jagd im Eichenwald» angeregt ist.

Und wie in dessen «Judenfriedhof» sind in Friedrichs «Abtei im Eichwald» Kirchenruine, Friedhof und abgestorbene Eichen als Vanitas-Motive vereint. Seine «Gräber gefallener Freiheitskrieger» weisen deutliche Parallelen zu Ruisdaels Grabmälern und Ruinen in einer düsteren Berglandschaft auf.

Auch die Landschaftsmaler des 18. Jahrhunderts regten Friedrichs romantische Naturauffassung an. Da ist der aus St. Gallen stammende, in der Kunstmetropole Dresden ansässig gewordene Adrian Zingg zu nennen, Leiter einer blühenden Werkstatt und künstlerischer Entdecker der Sächsischen Schweiz. Er beeinflusste eine ganze Künstlergeneration bis hin zu Friedrich, ja dieser verwendete zum Teil Motive, wie sie sich in Zingg's «Prebischkegel» (um 1770) finden, hob sie aber aus dem Pittoresken ins Symbolhafte.

In der Sächsischen Schweiz lässt sich Friedrichs «Wanderer über dem Nebelmeer» lokalisieren. Die Rückenfigur steht auf einem Felsvorsprung wie auf einem Postament, vor sich aus dem Nebeldunst auftauchende Gipfel des Elbsandsteingebirges. Wie bei den Küstenbildern hat der Maler die Fernsicht gesteigert. Die subjektive Wahrnehmung der Natur wurde zunehmend wichtiger. Hatte die ältere Landschaftsmalerei Ruinen als Zeugen der Vergangenheit und Vergänglichkeit ins Bild gesetzt, machte die Romantik mittelalterliche Kirchen und Burgruinen sowie Mondscheinlandschaften zu Stimmungsträgern.



# Caspar David Friedrich: «Wanderer über dem Nebelmeer», Öl auf Leinwand, um 1817.

Kunst-Museum Winterthur

## Natur als Projektionsfläche

Vom Mond beschienene Nachtlandschaften gehören zu den wichtigsten Bildfindungen des Niederländers Aert van der Neer. Es sind Gemälde voller Poesie, etwa die «Kanallandschaft mit Mondschein»: Die Beleuchtung durch den Mond, dessen Reflexe sich im Wasser spiegeln, ist atmosphärisch subtil wiedergegeben. Der dunkle Vordergrund evoziert nächtliche Stille, Bewegung herrscht nur am wolkgigen Himmel. Beliebte Stimmungsträger sind die Sonnenauf- und -untergänge, wie sie sich beim französischen Barockmaler Claude Lorrain in grosser Zahl finden.



# Caspar David Friedrich: «Mann und Frau in Betrachtung des Mondes», Öl auf Leinwand, um 1824.

Kunst-Museum Winterthur

Nach seinem Freund Carl Gustav Carus, Arzt, Naturphilosoph und Maler, sind Friedrichs Bilder Visualisierungen «einer gewissen Stimmung des Gemütslebens durch die Nachbildung einer entsprechenden Stimmung des Naturlebens». Das heisst, die Natur wird bei Friedrich zur Projektionsfläche menschlicher Empfindungen, ihre Darstellung geht über das Sichtbare hinaus.

Es gibt auch zahlreiche Berührungspunkte zwischen Friedrich und seinem ebenfalls in Dresden wirkenden norwegischen Zeitgenossen Johan Christian Dahl. Auch dieser gilt wie Friedrich als Protagonist der nordischen Landschaftsmalerei der Romantik. Dahl hat Stimmungen von Friedrichs Gemälden nachempfunden, deren Symbolgehalt aber nicht übernommen. Friedrich seinerseits nutzte Vorlagen von Dahl, um Gebirgsszenarien zu malen von Gegenden, in die er selber nicht gelangen konnte.



## Caspar David Friedrich: «Morgennebel im Gebirge», Öl auf Leinwand, 1808.

Kunst-Museum Winterthur

Indem die Winterthurer Ausstellung die Impulse, die Friedrich von den Wegbereitern und Zeitgenossen der Romantik erhielt, ausleuchtet, zeigt sie den Künstler in neuem Kontext. Die Vergleiche mit Vorläufern und Zeitgenossen verdeutlichen aber auch dessen unverwechselbare Eigenart: wie er die Realität durch expressive, bisweilen fast surreale Farbgebung und tiefe Horizonte, die den Blick in unendliche Fernen führen, ins Visionäre überhöhte. Zugleich spiegelt der Rundgang Friedrichs künstlerische Entwicklung von den Anfängen bis zur Reifezeit.

Caspar David Friedrich und die Vorboten der Romantik. Kunst-Museum Winterthur / Reinhart am Stadtgarten in Kooperation mit dem Museum Georg Schäfer, Schweinfurt. Kunst-Museum Winterthur, bis 19. 11. 2023. Katalog Hirmer-Verlag, München 2023. 248 S., zahlreiche Farbtafeln, Fr. 49.–.

1 septembre 2022 (The Economist)

[A new nuclear arms race looms \(economist.com\)](https://www.economist.com)

International | Oppenheimer's nightmares

## A new nuclear arms race looms

It will be harder to stop than the contest of the cold war



image: ben jones

Aug 29th 2023

From offices in America's State Department and Russia's Ministry of Defence, officials take turns "pinging" each other every couple of hours just to check the line is working. Then, almost always, silence follows. It is the dying heartbeat of global nuclear arms control.

Until March the direct link between the Nuclear Risk Reduction Centres (nrrcs) of the world's two biggest nuclear powers was alive with messages informing each other about the movement of missiles and bombers. Under New start, which came into force in 2011 and which includes caps on long-range nuclear weapons, there were 2,000-odd such notifications in 2022. No longer. The half-yearly updates on warhead numbers have stopped, too. And there have been no on-site inspections since March 2020.

For now, Russia and America still abide by the treaty's confines on warhead numbers. They also exchange notifications of upcoming ballistic-missile launches under a previous accord (they have swapped only a few such messages in recent months). And they still hear from each other through separate multilateral channels used for the dozen or so agreements requiring notification through nrrcs.

Nevertheless, the world is drifting towards a new nuclear arms race. It will probably be harder to stop than that of the cold war, not least because of the complexity of [three-sided deterrence](#) involving a rising China. The danger of "a chain reaction that would destroy the entire world"—the words spoken by Robert Oppenheimer, the father of the atomic bomb, at the end of Christopher Nolan's eponymous film—looms ever larger.



That humanity averted annihilation owes much to the many agreements between America and the Soviet Union, now Russia, that limited nuclear weapons and built trust even as each retained the means to destroy the other. They brought down the global nuclear stockpile from 70,400 warheads in 1986 to 12,500 today (see chart).

That era is ending, for four main reasons: America's abandonment of agreements, Russia's invasion of Ukraine, China's nuclear build-up and disruptive technology. Begin with America. In 2002 President George W. Bush withdrew from the Anti-Ballistic Missile Treaty (which limited anti-missile defences), pointing to the dangers from North Korea and Iran. And in 2019 another Republican president, Donald Trump, pulled out of the [Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty](#) (which eliminated that category of missiles), citing cheating by Russia and China's rise.

Democratic presidents have been keener on arms control. [New start](#) was negotiated by Barack Obama and then renewed for five years by Joe Biden in 2021. It limits each side's "strategic" nuclear weapons (long-distance arms with high destructive power) to 1,550 deployed warheads and 700 deployed intercontinental ballistic missiles (icbms), bombers and submarine-launched ballistic missiles.

But New start does not control "non-strategic" or "tactical" weapons, usually smaller ones for battlefield use. Russia is thought to have 1,800 of them and America just 200. Nor does it capture Russia's work on things such as nuclear-propelled cruise missiles and torpedoes. In turn, Russia complains that the nuclear arsenals of Britain and France, American allies with more than 200 warheads each, are excluded. New start is set to expire in February 2026, and there is little prospect of a follow-on deal. In less than three years, the last major restraint on the world's nuclear stockpile may well be removed.

For that blame Russia's invasion of Ukraine, and its [repeated threats](#) to use nuclear weapons. Western countries have armed Ukraine, but have not sent their own troops, in part for fear of "world war three". In February Russia said it would "suspend" New start, halting notifications. America [responded in kind](#) in March and June. Each side has since become ever less certain about the other's posture, magnifying the risk of nuclear brinkmanship—especially at a time when the Kremlin is at war. Poland says Russia has started moving tactical weapons to Belarus.

Then there is China, which is already racing to build up its [nuclear force](#). Unconstrained by treaties, it has long observed a “minimal deterrence” policy with a few hundred warheads. But the Pentagon estimates its stockpile will grow to perhaps 1,500 by 2035. That is close to New start’s deployed limit.

Nuclear tensions could spread further and unpredictably. India, which has an unresolved border dispute with China, may feel compelled to increase its stockpile, currently estimated at more than 160 warheads. That in turn may prompt Pakistan, with a similar number, to build up. North Korea, with perhaps 30 warheads, is intensively testing icbms. And Iran has become a threshold nuclear state.

New technologies could aggravate matters. Hypersonic missiles are harder to detect and shoot down than ballistic ones. Improvements in sensors and accuracy heighten worries about a disabling surprise attack. And the spread of artificial intelligence (ai) raises questions of how far nuclear war might be fought by computers.

In response, America has been flashing its nuclear sabre, if not quite rattling it. Its ballistic-missile submarines, which usually lurk unseen for months-long patrols, have been surfacing around the world of late. In July the *USS Kentucky* moored in the South Korean port of Busan, and the *USS Tennessee* called at Faslane in Scotland. In May naval commanders from Japan and South Korea embarked the *USS Maine* off Guam. Last October the *USS West Virginia* popped up in the Arabian Sea, in an apparent signal to Iran, for a visit by the head of America’s Central Command.

The “silent service” is no longer silent. “You can’t have a credible deterrent without communicating your capabilities,” Rear Admiral Jeffrey Jablon, commander of America’s submarine force in the Indo-Pacific, told *Breaking Defense*. “If the adversary doesn’t know anything about that specific deterrent, it’s not a deterrent.”

America wants to reassure allies that its “extended deterrence”—the promise to defend them from nuclear attack even if they eschew nuclear weapons—remains strong. Some in Poland and South Korea want America to store b61 nuclear gravity bombs in their countries. It has resisted. But showing “boomer” subs serves as warning to foes and reassurance to friends.

America is busy modernising all three legs of its nuclear “triad” with new ground, air and sea systems. An unspoken aim is to rev up the nuclear industrial base to be able to produce more weapons in future, should they be needed. Some want to go further. A paper in March by the Lawrence Livermore Laboratory, a government-funded institute that among other things designs nuclear warheads, said America’s current nuclear force is “only marginally sufficient”. America should expand it when New start expires by “expeditious uploading”, deploying weapons currently held in reserve, for instance as multiple warheads on icbms; before then, it should demonstrate the ability to do so.

America has a greater “upload capacity” than Russia. The Federation of American Scientists, which campaigns to minimise global risks, calculates that from the current total of about 1,670 deployed strategic warheads each (it uses different counting rules from those for New start), America could within a couple of years deploy 3,570 compared with 2,629 for Russia. Some experts worry that big powers might also resume testing nuclear weapons, an idea discussed in the Trump years.

Talking of an “inflection point” in the nuclear balance, Jake Sullivan, Mr Biden’s national security adviser, declared in June that America was ready to discuss arms control with Russia and China “without preconditions”. Neither is rushing to take up his offer. Given its heavy losses in Ukraine, Russia is either too aggrieved or too reliant on nuclear weapons to consider a new accord. China, for its part, seems uninterested in limits, possibly until it achieves parity with America.

Indeed, parity has been the basis of arms control between America and Russia. But it is harder to agree on when three powers are involved. America, in particular, worries that Russia and China might ally against it, given that they have declared a “friendship without limits” and conduct joint air and sea patrols. Mr Sullivan insists that America does not need “to outnumber the combined total of our



competitors” to deter them. Yet the pressure for America to increase its numbers may prove irresistible, says James Acton of the Carnegie Endowment for International Peace, an American think-tank. As long as America’s targeting policy rests on “counterforce”—aiming nuclear weapons at the other’s nuclear sites to neutralise them—more weapons in the hands of rivals will mean that America will need more, too.

## Destroyer of worlds

Eric Edelman, the Pentagon’s former under-secretary for policy under Mr Bush, puts it differently, recalling cold-war reckonings about the ability to absorb a first strike and still be able to inflict unacceptable damage on a foe: “If you’ve got two adversaries with 1,500 weapons each and one launched a strike and you ride it out, then retaliate: what reserve do you have left to deal with the other adversary?” He adds: “We don’t really know yet what the right number is, but it’s probably north of 1,550.”

Given the poor prospects for new treaties to limit nuclear weapons, America is exploring less formal arrangements with China to prevent crises turning into conflict. Mr Sullivan proposed, for instance, extending the system of hotlines and notifications with Russia to all five permanent members of the un Security Council. But the Chinese response has been dispiriting. He summarised it thus: “If you wear a seat belt in a car, you’re going to be incentivised to drive faster and more crazy, and then you’ll have a crash. So, in a way, better not to have the seat belt.”

Controlling the use of artificial intelligence is even harder, given that it cannot be seen and counted as icbms can. Even if ai can help decision-making, America, Britain and France have pushed for a norm requiring that there should always be “a man in the loop” when it comes to the use of nuclear weapons.

America’s nrrc remains fully staffed, with 40-odd people tending the lines, hoping for better times between Washington and Moscow. “Maintaining that line in times of good relations is important; it’s much more important when tensions rise, because the potential impact of miscalculations grows as other channels are strained,” says an American official. A Russian-speaker is always on hand. In a wiser world, there would be a Chinese-speaker, too. On screen [Oppenheimer](#) is told that he has given people “the power to destroy themselves”. The question now is whether humanity still has the power to save itself in the face of new nuclear nightmares.